

Erscheint täglich außer Montags.
Preis pränumerando: Viertel-
jährlich 3,30 Mark, monatlich
1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei
in's Haus. Einzelne Nummer
5 Pf. Sonntags-Nummer mit
Illustr. Sonntags-Beilage „Neue
Welt“ 10 Pf. Postabonnement:
3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuz-
band: Deutschland u. Österreich-
Ungarn 2 Mk. für das übrige
Ausland 2,50 Mk. pro Monat. Stuttgart.
in der Post-Zeitungs-Verwaltung
für 1895 unter Nr. 7123.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Straße 2.

Sonntagabend, den 9. Februar 1895.

Expedition: SW. 19, Bentz-Straße 3.

Herr Crispi und die italienische Oppositionsliga.

Die Schließung der Session des gesetzgebenden Körpers, — nach einer einzigen, höchst stürmischen Sitzungswache, erfolgte aus Anlaß der persönlichen Beschuldigungen gegen Crispi, wie sie das farnese Facitell's enthüllt, — und in weiterer Aussicht die bevorstehenden allgemeinen Wahlen, sie geben der augenblicklichen politischen und sozialen Lage in Italien ihre durchaus „kritische“ Bedeutung, eben im biologischen Fortschritt. Da stehen wir vor einem der entscheidenden Momente im Völkerverleben, wie es solche auch im Einzelorganismus giebt, wenn derselbe vom Fieber geplagt wird, daß sich zur mehr oder minder gefährlichen, sogar tödlichen Krise wendet, aber auch die Krankheitseinfälle überwinden und ihn somit zu frischem und kräftigen Leben befähigen mag.

Welche Richtung wird nun die jetzige politische und soziale Krise Italiens einschlagen?

Der Prophetengabe kann sich niemand rühmen; indessen glaube ich, nach ernster, objektiv-unparteiischer Prüfung sowohl der vorhergegangenen und gegenwärtigen Umstände, als auch einiger Vorzeichen, die sich bereits am Horizonte zeigen, eine immerhin wahrscheinliche Ansage versuchen zu dürfen. Ob diese Prognose nun wirklich zutrifft oder nicht, sicher bleibt jedenfalls, daß ein schlußfolgerndes Zusammenfassen recht nützlich sein wird, um schon von weitem den Nachrichten gleich ihren Platz anzuweisen, welche uns dieses Frühjahr bringen muß: seien es die allgemeinen Parlamentswahlen im April bezw. Mai, oder die späteren der Gemeinderäte. Denn letztere Wahlen sind ebenfalls bis Ende Juli unvermeidlich, weil das Gesetz neuerdings eine Revision der Wählerlisten anordnet. Der ins Auge gefaßte Zweck ist dabei, Unzulänglichkeiten zu beseitigen, allein die versteckte Absicht, sammt dem thätlichen Erfolge besteht darin, daß eine ziemliche Menge von Wählern gerade aus den sogenannten unteren Volksklassen in Wegfall kommt.

Dieser zwiesache Wahlkampf, für Parlament und Gemeinden, wird sich, mehr denn jemals in Italien geschah, um einen einzigen Mann bewegen: Francesco Crispi.

In Wirklichkeit haben wir schon vordem politische Wahlen erlebt, die im wesentlichen für oder wider einen einzelnen vor sich gingen, so ganz besonders 1882 und 1886 während Depretis' parlamentarischer Diktatur. Sieben Jahre hindurch unerschütterlicher Conseilpräsident, wick er endlich nur dem Rückschlag, welchen die afrikanische Niederlage der Italiener bei Dogali mit sich brachte, — deren nun siebenjähriges Jubiläum man der neuen Schlachten im verheerenden Stil halber mit Feiertlichkeit in unserer erdtrübschen Kolonie, der ebenso kognitiven wie unnützen, begeht.

Aber Depretis war ein Typus, der zu Crispi im allergrößten Gegensatz stand.

Ersterer, Piemontese von Geburt, besaß vollkommen die gleichmäßige Ruhe des Norditalieners. Seine taktische Geschicklichkeit verdiente Bewunderung, und so hielt der gründlich erfahrene Mann sieben Jahre die Macht fest, hauptsächlich weil er ein viel zu umfangreiches politisches Programm besaß, um Unklarheiten zuzulassen, und weil er durchaus niemand verletzete, sondern jedermann zu befriedigen verstand, die Radikalen

ausgenommen. Die öffentlichen Arbeiten wurden gegen der Regierung günstige Abstimmung vergeben, und die Verwischung der lebendigen Parteigrenzen wurde chronisch in der grauwogenden Masse eines „Parlamentes der Mollusken“.

Sehr im Gegenteil besaß Herr Crispi, — einer Albanesekolonie auf Sizilien entstammend und gänzlich von nichtromantischem Blute, — die ganze Impulsivität (welche mancher für Energie hält, obwohl sie eine bloße Krappe davon ist) eines Südländers barbarischer Kreuzung. Den Ausdruck „barbarisch“ benutze ich hier im physiologisch-psychologischen Sinne, aber ganz ohne persönliche Spitze, um einen urwüchsigen Menschen zu charakterisieren, welcher indessen, schon von ererbten Instinkten der Kultur angefaßt, der Fische entleibt ist. So verachtet er diplomatische Feinheiten, ist aber überaus und Anstößigen nachgebend, voll von aufrichtigem Vertrauen auf die Größe seines Vaterlandes und insonderheit noch zu derjenigen seiner Person.

Welcher dieser beiden Typen einem Volke gefährlicher werden kann, weiß ich nicht; vielleicht eher noch der Typus Depretis' als der Typus Crispi. Ist doch unter der Diktatur Depretis' der politische Volkscharakter Italiens gleichsam interniert, zerrüttert, durch fortwährende Apathie entnervt worden, wie ein Kranke, dessen Bluttemperatur nicht einmal unter Fieberinflüssen mehr steigen will. Die Diktatur Crispi, sowohl die gegenwärtige, als jene 1880—91, bewirkte das entgegengesetzte Symptom: ein fieberisches Aufwachen des politischen Lebens bis zum frampfhaften, Kampf ohne Pause zwischen Gegnern und Parteigängern seiner Politik. Herr Crispi fesselt mit seiner wirbelnden Impulsivität die öffentliche Meinung und Aufmerksamkeit täglich durch etwas Neues: das eine Mal zum Beispiel durch die Abhebung des römischen Bürgermeisters wegen eines Besuches beim Kardinalvikar, dann wieder durch seine auffällige Reise nach Friedrichsruh, während unsere Unterhändler in Paris den Handelsvertrag betreiben. Jetzt ist es der Kammereschluß am selben Tage, wo dort die alten und neuen Anklagen gegen ihn verhandelt werden sollen, welche das Facitell's wieder aufwirft; oder er beruft den Gefandten Nefmann aus Paris ab, befehlt dem Gouverneur von Genua bis Romala oder nach Tregio zu marschieren. Ein andermal erfolgt telegraphisch die Abberufung des Präfecten von Palermo, gleich am Morgen nach der Wahl des jungen Sozialisten Bosco, welcher zur Zeit (mit dem Deputierten De Felice, Dr. Barbet und anderen) im Gefängnis ist, auf grund übermäßig harter Verurteilung zu sechzehn Jahren Zuchthaus im Militärverwahran, und unter dem Vorwande umhüllender Konspiration. Dann feiert seine Tochter Hochzeit, und die Telegraphenbureaus sowie die Zeitungen geben ein blendendes Verzeichnis der fast eine halbe Million an Werth betragenden Geschenke; aber, zu guter Letzt, es erschallt die Kunde eines Attentats, mehr oder minder anachronistisch, gegen Herrn Crispi versucht aber entdeckt. Man versteht schon, daß er das erregt hat und befindet, wohingegen man auch an seine zweifelslos patriotisch verklärte Vergangenheit denken muß, als er noch Verschwörer war und sogar Orinibomben zu fabrizieren verstand: er, der verschiedene Helfer Garibaldi's bei dem fagenhaften „Juge der Tausend“ zur Befreiung der „beiden Sizilien“.

Die moderne Sozialwissenschaft hat erwiesen, daß der Einfluß großer Männer auf die geschichtliche Entwicklung der Völker unendlich viel geringer ist, als früher angenommen wurde, und daß besonders Carlyle den Fehler, die Geschichte der Mensch-

heit nur in „Helden-Biographien“ bestehen zu lassen, bis zum äußersten trieb. Nunmehr giebt man zu, daß es die Eigenschaften und Fähigkeiten der Masse in jedem Volke sind, mit den Bedingungen der Umgebung vereint, welche schließlich die historischen Wechselfälle jeder Gesellschaft bestimmen, indem sie wieder spezielle ökonomische Bedingungen hervorruft, die alle sonstigen Manifestationen des Gesamtlebens überwinden, sie seien moralischer, juristischer, oder politischer Natur.

Freilich muß man sich auch vor dem entgegengesetzten Extrem hüten, und nicht, wie Herbert Spencer, schließen, daß der Einfluß der „Helden“ oder großen Männer vollkommen Null sei.

Gewiß ist, daß der Held nichts vermag, wenn nicht mit ihm und für ihn der soziale Verlauf bestimmter Bestrebungen und Nothwendigkeiten wirkt, die er selbst personifizieren wird. Aber ebenso sicher ist, daß diese gemeinsamen Bedürfnisse und Tendenzen todt und machtlos bleiben müßten, wenn nicht doch der Held erscheint, sie auf die Fahne schreibt und so zum realen Leben erweckt, vom allgemeinen Vertrauen gefüllt.

Beispielsweise sieht es sehr, daß die altägyptische Wirkung einer kunstvollen Symphonie, von einem tüchtig befehlten Orchester getragen, sich aus der Kollektivwirksamkeit aller und jedes der Spielenden vermöge ihrer unterschiedlichen Instrumente zusammensetzt, was doch nicht ein Effect des Orchesterdirigenten ist. Wiederum ist klar, daß ohne das individuelle Walten dieses Leiters weder der Zusammenklang noch die Einheitlichkeit des musikalischen Werkes zur Geltung käme. Und wie mit ungeheurer Mühen selbst ein vortrefflicher Kapellmeister wie ein einflussminderndes Ensemble erzielen würde, so bewirkt andererseits jenes gute Orchester eine verschieden geartete Ausföhrung derselben Symphonie, mehr oder weniger lebhaft und einschmeichelnd, je nach dem künstlerischen Temperament ihres Dirigenten, der hier mildern oder beschleunigen, dort heben und senken lassen kann, bis durch diese individuellen Hilfen sich schließlich ein nuancirtes Tongebilde aufbaut.

Nicht minder wird in der Politik ein Staatsmann, so genial er immer sei, von einem südländischen Volke, wie das italienische ist, ein Verhalten und eine politische Thätigkeit erzielen, welche der eines nordländischen, z. B. des englischen, gleiche. Die physischen und seelischen Unterschiede der Stammeigentümlichkeiten sowie der tellurischen und sozialen Umgebung sind nicht zu unterschätzen. Thatsache bleibt jedoch, daß dasselbe Volk seine Randgebungen in ganz verschiedenartiger Betonung leisten kann, je nach der Directive, welche seinem politischen Leben vom — Kapellmeister erteilt wird.

Hier sehen wir zugleich, weshalb die impulsive und seelisch fast konvulsivische Natur Crispi's der parlamentarischen Opposition eine so außerordentliche Hitze und Aufregung mitzutheilen vermochte.

Bekanntlich rekrutiert sich die Opposition gegen Crispi's Politik und sogar seine Persönlichkeit augenblicklich aus hervorragenden Männern aller Parteien in der Kammer. Soweit sich die Konservativen im gegnerischen Lager zusammenfinden, vertritt sie der Marquis de Rudini. Gleichfalls Sizilianer, Grandseigneur, früherer Conseilpräsident und von guter moderner Bildung, ist er im Grunde kein Uebereifriger in der politischen Arena, sondern beschränkt sich vorwiegend auf die Rolle des Leiters seiner Partei. Die Fortschrittler (Progressisten) oder mittelparteilichen Liberalen vertritt Herr Brin, ein Piemontese, welcher mehrmals Marineminister, einmal auch der des Meubers gewesen ist. Als nautischer Ingenieur bedeutet er eine tüchtige Autorität, wie er denn ein

Feuilleton.

(Nachdruck verboten.)

Skizzen aus dem südamerikanischen Hinterlande.

Ein Blatt

südamerikanischer Geschichte.

„Gobin, der brasilianische Minister, ein Kenner des Staatsrechts ersten Ranges, und ich muß Dir gestehen, daß auch ich selber einen Theil der Schuld trage. Sieh, es kommt manchmal eine Muthlosigkeit über einen und dann auf einmal wieder ein unermeßlicher Jörn, daß man überall, wo man nur das Beste gewünscht hat, überall auf Widerstand und Schwierigkeiten stoßen muß. auf Verleumdung, auf Gefährlichkeit und auf Niedertracht. So rein wie der Himmel über uns blaut, so rein ist mein Herz von allen unredlichen Absichten geblieben; ich wollte und will das Beste meiner armen Nation. und immer und immer muß man kämpfen mit der Brutalität und dem Stumpfsinn. In einem solchen Augenblick des Jörns und des Ueberdrusses schide ich die Leute zum Teufel. Ein Fehler ist es vielleicht auch von mir gewesen, daß ich hoffte, man werde die Triebfedern meiner Handlungsweise erkennen und sie würdigen. und ich glaube es noch heute, daß ich wenigstens bei der knappen Mehrzahl der Abgeordneten das voraussetzen kann. drum hoffe ich es wagen zu können, meine Abhandlung einreichen zu können, falls der oberste Gerichtshof wirklich mein Vorgehen als illegal aufassen wird. Ich bin der Meinung, daß man die Abhandlung nicht annehmen wird. und dann wird ein Weg des Kompromisses sich finden lassen. Will war derselben Meinung. und außerdem versicherte mir Falcon vor wenigen Tagen, daß eine Auflösung überhaupt nach

seiner Auffassung statthalt sei und Du weißt, daß Falcon das Sprachrohr unseres obersten Gerichtshofs ist.“

„Du denkst immer noch zu gut von unsern Landsleuten, Cirilo; und das ist Dein Fehler. Dein großer Fehler. Worte von Falcon. einem der Feinde von Lopez. Doch deshalb bin ich hier. mag es kommen, wie es will. ich habe für alles geforgt. magst Du abhandeln, mögen sie es annehmen oder nicht. man haßt Dich. der Vizepräsident ist eine Null. man kann mit ihm machen was man will, und wozu man Lust hat. auch ist er krank. Höre, ich bin gekommen, Dir zu sagen, daß von morgen Abend zehn Leute aus unserm Heimathsort in der Vorstadt Recoleta stehen werden mit Fesseln und Waffen. es sind lauter brave Kerle und Du kannst Dich ihnen anvertrauen, wenn es nöthig sein sollte. Du gehst mit ihnen.“

„Ich glaube, es ist unnöthige Mühe gewesen. so viel respektirt man mich doch immerhin, daß man mir nicht ans Leben gehen wird.“

„Mag's sein, mag es nicht sein. doch ist es besser, sich vorzusehen, wenn es noch Zeit ist und mehr habe ich nicht gethan. in Barrero Grande bist Du immer am sichersten aufgehoben.“

„Drei Herren vom Gericht“, rief im selben Augenblick der kleine Diener von außen, „die sich nicht abweisen lassen wollen.“

„Gut, schon, die Herren haben es eilig mit der Sache. laß sie eintreten. guten Abend, meine Herren. was führt Sie zu mir. mein Freund Goboy wird uns nicht stören. er mag hören, was Sie mir zu sagen haben.“

Die drei Eingetretenen waren die Mitglieder des höchsten Gerichtshofs. Ihr Anführer ergriff sofort das Wort:

„Es kann auch nichts schaden, Excellenz, daß Herr Goboy dabei ist, da wir Ihnen eine öffentliche Zustellung

zu machen haben, und diese sowieso zur Stunde schon in Asuncion bekannt sein wird. Wir sind in unserer amtlichen Eigenschaft als Mitglieder des höchsten Tribunals hier. Erkennen Sie dieses Schriftstück an?“

Rivarola warf einen flüchtigen Blick darauf.

„Mein Dekret, daß die Kammern aufgelöst sind. und was weiter.“

„Eine Anzahl der Vertreter der Nation hat sofort nach der Auflösung an uns appellirt und ich glaube, daß Euer Excellenz unsere Autorität in dieser Sache anerkennen werden. Sollten Sie sich weigern, uns hierin als kompetent zu erklären, so ist es unsere Pflicht, uns deswegen an das ganze Volk zu wenden. In diesem Fall ziehen wir uns zurück, ohne Ihnen die weitere Mittheilung zu machen, zu der wir hier erschienen sind.“

Rivarola schwannte einen Augenblick, dann sagte er bestimmt:

„Ich respektire das Gesetz wie jeder Bürger. also lesen Sie.“

Der Sprecher entfaltete ein Dokument und begann:

„Heute präsentirten sich vor dem unterzeichneten obersten Gerichtshof der paraguayischen Republik die folgenden Herren Senatoren und Deputirten. folgen die Namen und sagten wie folgt: Daß unter dem heutigen Datum seine Excellenz der Bürgerpräsident Cirilo Rivarola durch ein einfaches Dekret mit Gegenzeichnung der Minister die beiden Kammern der Volksvertretung aufgelöst und eine Neuwahl ausgeschrieben habe; folgere aus dem angeschlossenen Dekret im Original. Sagten weiter, daß dieser Akt eine flagrante Nichtverletzung der Konstitution in ihrer Gesamtheit und insbesondere der §§ 14 und 15 darstelle. Infolge dessen erachteten sie das bezügliche Dekret für null und nichtig, und ersuchten den höchsten Gerichtshof, in diesem Sinne zu bestimmen, unbeschadet des künftigen Actes gegen die Person des Bürgerpräsidenten, dessen Willensmachung sie sich für gelegene Zeit ausdrücklich vorbehalten.“

Sauptstücker der neuen italienischen Flotte ist; als Deputierter zeigt er sich kühl und gewandt, nach dem Typus Depetis. Der linksliberale Flügel wird von Zanardelli, dem lombardischen Anwalt, vertreten. Mehrfach früher Justizminister, stellt dieser Herr einen hochberedeten Redner vor. Cavallotti, ebenfalls Lombard und ein politischer Garibaldianer, kommt für die Radikalen in Anspruch. Trotz seiner 52 Jahre beweist dieser geniale Dichter und Dramatiker stets Jugendkraft und gilt, die sozialistische Gruppe ausgeschlossen, für das Haupt der äußersten Linken.

Die marxistische Sozialistengruppe nun, welche sich November 1893 in die italienische Kammer einführte, zählt fünf Abgeordnete und schloß sich der vereinigten Opposition am Tage nach dem erwarteten Kammerbeschluss an, nämlich am 20. Dezember 1894 bei der berühmten Versammlung im roten Saale Monte Citorio (Parlamentpalast). Jedoch nimmt die sozialistische Partei nicht schlechtere an dem parlamentarischen Feldzuge teil, den jetzt die Rudini-Brin-Zanardelli-Cavallotti ordnen.

Herr Crispi hat die sozialistische Partei recht hart angepackt: erstens mit Ausnahmegeetzen, die gegen die Anarchisten etiquettiert wurden, welche aber ziemlich durchweg den Sozialisten zu Leibe gingen, trotz ihrer offenkundigen und schon alten Trennung von jener Fraktion, — zweitens durch die allgemeine Auflösung der sozialistischen Partei, von ihm selbst am 22. Oktober dekretiert, als einer seiner üblichen Gewaltstreichs. Allein die Partei weiß, daß Crispi als Reaktionär in dieser Hinsicht bloß das Werkzeug der größten und mächtigsten Partei ist, die politisch in Italien existiert: der großen Grundherren. Denn hier, insbesondere in den Südpromingen, ist die kapitalistische und industrielle Bourgeoisie kaum vorhanden. Somit ist der Sozialismus völlig informiert.

Ob der Zatschlager gewechselt wird, vielleicht selbst der Ton im antisozialistischen Konzert, wie es heute geblasen wird, sich ändert, — die roten bleiben im wesentlichen doch dieselben, gleichviel ob Rudini, Brin oder Zanardelli Premierminister würde. Von einem Ministerium Cavallotti zu reden, ist unnütz; sein Erscheinen könnte wohl in etlichen Jahren möglich werden, heute aber ganz gewiß nicht. Und das Vorgehen wider den Sozialismus würde minder sprunghaft und gewaltsam sein, aber das Wesen bliebe bestehen, denn in ihm liegt nun einmal das historische Fatum der gegenwärtigen Phase sozial-politischer Entwicklung.

Die Oppositionsreihen haben mittlerweile eine Tonart zur Polemik gewählt, deren Festigkeit außerordentlich ist, aber genau in Rückwirkung des erispischen Temperamentes.

Jeder der vier gegnerischen Hauptlinge hat einen Brief an seine Wähler veröffentlicht, und zwar kurz nach der Kammerauflösung. Brin's Schreiben ausgenommen, das sich in der kühlen Form eines Prolog-Altentüdes bewegt, klingen sie crescendo, was ihre fufenweise Festigkeit andeutet. Während aber der radikale Cavallotti am schärfsten vorgeht, — sein Brief ist ein wahres Personalinquisitionarium Crispi's, voll alter und neuer Beschuldigungen — ist der konservative Rudini doch noch nicht der gemäßigteste. Seine Mittheilung geht weit genug, um die von Crispi vorgeschlagene und durchgesetzte Kammerauflösung „des Parlamentes und des Königs unwürdig“ zu nennen; ferner giebt sie zu verstehen, daß die Maßregel nicht verfassungsgemäß war. Zanardelli hat statt der Form einer Zuschrift die einer Unterredung gewählt, übrigens ein wunderschönes Stück politischer Beredsamkeit, trotz der akademischen Fäße darin. Sie hält sich jedoch im allgemeinen an die „konstitutionellen Garantien“ und „öffentlichen Freiheiten“, die Crispi unterdrückt und vergewaltigt hat.

Prof. Enrico Ferri.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. Februar.

In der heutigen Reichstags-Sitzung wurde zunächst die Debatte über die Dize-Lieber'sche Interpellation zu Ende geführt. Unsererseits sprach Genosse Legien, der die Stumm'sche Progris der offiziellen Sozialreform nochmals gebührend beleuchtete, die Wichtigkeit des vorhandenen Arbeiterkampfes darlegte, und, nach einer scharfen Kritik der gestrigen Rede des nationalliberalen Großkapitalisten Möller, die Thorheit derjenigen verpörrtete, die aus Diskussionen innerhalb der sozialdemokratischen Partei einen Schluß auf den Bersall derselben ziehen.

Es folgte dann die Behandlung von Wahlprüfungen. Von Interesse waren nur die Wahlen von Vennep-Mettmann (Meist, Soz.), Köln I (Greif, Zentrum) und 14. Württemberg (Bantleon, nationalliberal). In den beiden ersten Fällen hatte die Wahlprüfungs-Kommission Ungültigkeit beschlossen, weil durch ein Versehen der Behörden gewisse Distrikte zu Unrecht bei der vorigen Wahl mit dem Wahlkreis verbunden worden waren. Dem Antrage Auer's, beide Fälle, weil prinzipiell ganz gleich liegend, zusammen zu behandeln, widersetzte sich das Zentrum, das — mit bekannter christlicher Nächstenliebe — den Sozial-

Es konstituierte sich zu diesem Zwecke der erwähnte Gerichtshof und beschloß mit Stimmeneinheit wie folgt, daß das Dekret der Auflösung, wie es bei den Akten liegt, durch Zeugenerklärung und außerdem durch amtliche Registrierung mit Nummer 321 in den Akten der Verhandlungen beider Kammern als authentisch festgestellt ist, und daß dieses Dekret gegen die ganze Konstitution und im besonderen gegen die §§ 14 und 15 verstoße, die die Kammern, durch allgemeine Volksabstimmung erwählt, für unauflöslich erklären. In Hinsicht hierauf erachten die unterfertigten Mitglieder des obersten Gerichtshofs das Dekret seiner Exzellenz des Bürger's Präsidenten in sich selber für null und nichtig und überlassen den Interessierten oder den es angehenden Behörden, den eventuellen kriminellen Refurs zu gelegener Zeit und am gelegenen Ort zu betreten.

Erkennen Sie gefälligst unsere Unterschriften und die des Sekretärs an . . . und wollen Sie Ihre Unterschrift darunter setzen, daß Ihnen der Inhalt des höchsten Beschlusses zu wissen gethan ist.“ Damit schloß der Redner. „Ich danke Ihnen, meine Herren,“ sagte Rivarola, nachdem er unterschrieben, „haben Sie sonst noch etwas mitzutheilen?“

„Nichts weiter . . . drum gestatten Sie, daß wir uns zurückziehen.“

„Und was wirst Du nun thun, Cirilo?“ fragte Goboy, als beide wieder allein waren.

„Es bleiben mir zwei Wege, Freund . . . der eine ist der schimpfliche . . . ich regiere weiter mit derselben Kammer und handle in ihrem Sinne . . . oder ich reiche meine Abdankung ein.“

„Wäre noch ein dritter“ sagte Goboy, ihn scharf ansehend.

„Ich kenne keinen anderen.“

„Doch Rivarola, die Gewalt der Waffen . . . Du kannst das ganze Pack zum Teufel schicken. . . Außer-gewöhnliche Lagen erfordern eben solche Mittel. . . und wenn Du Deinen Soldaten nicht traust, in wenig Tagen hast Du ebensoviel aus unserem Heimathsort.“

(Fortsetzung folgt.)

demokraten Meist hinauswerfen, den Zentrumsgenossen Greif aber im Reichstag behalten wollte. Es hatte jedoch kein Glück — der Reichstag erklärte beide Wahlen für ungültig.

In einer längeren Debatte gab die Wahl des national-liberalen Herrn Bantleon Anlaß. Dieser Herr hat bloß eine Majorität von 8 Stimmen und diese winzige Majorität wurde durch den ärgsten Polizei- und Fabrikantenbruch erwirkt. Unter anderem wurden zwei sozialdemokratische Stimmzettelträger am Tage der Wahl als Landstreicher verhaftet, weil sie — arbeitslos waren; und der Direktor der größten Fabrik im Wahlkreis erklärte jeden Arbeiter u. s. w., der nicht für den Bantleon stimme, in feierlichem Akt für seinen persönlichen Feind, und übte auch sonst die schamloseste Beeinflussung. Die Nationalliberalen Bassermann und Enneccerus machten die verzweifeltsten Angstsprünge und Beweis-Kunststücke, um ihren Bantleon zu retten, allein umsonst hüllten sie sich in die Toga prinzipienwärtigster Augenboldigkeit, umsonst tauchten sie ihre Partei-rakulstereien in den schmelzendsten Bruston nationaler Ueberzeugungstreue — die Mehrheit lächelte verständnisvoll und summtte für sich: Stiefel muß sterben. Nicht einmal eine 24 stündige Galgenfrist ward bewilligt. Bantleon ist mandattoß nach Hause geschickt worden und muß nun, wenn er den Muth hat wieder zu kandidiren, als „Landstreicher“ und Agitator den 14. württembergischen Reichstags-Wahlkreis durchwandern, um das Vergnügen eines Durchfalls zu genießen. — Nächste Sitzung: Sonntag 2 Uhr. Interpellation der Konservativen, betreffend Verhütung von Schiffsunfällen u. s. w. Montag soll mit der zweiten Berathung des Etats begonnen werden (Reichstag, Reichsanzeiger, Inneres). —

„Bei den Wahlprüfungen im Reichstag am Freitag“, so schreibt die „Freisinnige Zeitung“, „versuchte einerseits die Sozialdemokratie, andererseits die Zentrumspartei unter Verleugnung ihrer bisherigen Grundsätze den in Vennep-Mettmann bezw. Köln gewählten Parteigenossen gegenüber dem Antrag der Wahlprüfungs-Kommission zu retten.“

Der Chefredakteur der „Freisinnigen Zeitung“, der Abg. Richter, weiß ganz genau, daß die Sozialdemokraten für die Ungültigkeit der Wahl des Genossen Meist stimmen wollten und zu ihrer geänderten Stellungnahme lediglich durch das nicht allzu loyale Vorgehen des Abg. Vachem und der Zentrumspartei gezwungen wurden. Keinem Leber des Reichstagsberichtes kann die Lage der Sache verborgen bleiben. —

Im Abgeordnetenhause wurde heute noch die Eisenbahn-Debatte fortgesetzt. Viel Neues wurde nicht vorgebracht, dagegen von verschiedenen Rednern die alten Klagen wiederholt, daß sich die preussische Eisenbahn-Verwaltung immer noch nicht zu zeitgemäßen Reformen, namentlich des Personentaris, habe aufraffen können, aus Furcht, daß dann die Eisenbahnen vielleicht einen nicht ganz so hohen Ueberschuß bringen würden, wie gegenwärtig. Der eigentlich Verursacher, der Eisenbahn-Minister von Tzielen, brachte darauf nur Unwesentliches vor, und die Verteidigung der bedrängten Position übernahm im wesentlichen der Herr Finanzminister, der, gewandt wie er ist, dem Hause zu beweisen wußte, daß ja allen modernen Reformen eigentlich keiner geneigter sein könne, wie eben er; daß aber leider gerade im gegenwärtigen Augenblick die preussischen Finanzen zu schlecht ständen, um die von ihm so heiß ersehnte Reform durchzuführen zu können. Sollte aber der Landtag bereit sein, für die nach des Herrn Finanzministers Behauptung ent-stehenden Ausfälle anderweite Steuern zu bewilligen, dann habe er natürlich nichts gegen die Reform. Man sieht, dem Guten müssen alle Dinge zum Besten dienen, und dem preussischen Finanzminister dient alles zur Begründung neuer Steuern. Nächste Sitzung mit der Fortsetzung der Debatte ist Sonnabend Vormittag. —

Der Bundesrath hat in seiner am 7. d. M. abgehaltenen Plenarsitzung den in der Vorlage vom 4. v. M. enthaltenen Anträgen, betreffend den Entwurf einer neuen deutsch-österreichischen ungarischen Vereinbarung für den wechselseitigen Eisenbahnverkehr, und betreffend den Entwurf einer neuen Fassung der Anlage B zur Eisenbahn-Verkehrsordnung, die Zustimmung erteilt. Außerdem wurde von der Uebersicht der Geschäfte des Reichsgerichts im Jahre 1894 Kenntnis genommen und über eine größere Anzahl von Eingaben Beschluß gefaßt.

Der kaiserliche Erlass, den wir in der letzten Nummer an der Spitze des Blattes veröffentlichten konnten, hat wieder das größte Aufsehen erregt. Die meisten Blätter drucken ihn ab, einige fügen demselben Glossen an. So schreibt z. B. die „Nordd. Allg. Ztg.“:

„Der „Vorwärts“ begleitet die Wiedergabe dieses Schriftstücks, das übrigens nie sekret behandelt ist, weil es in keiner Weise das Licht der Oeffentlichkeit zu scheuen hatte. . .“

Die arme „Norddeutsche“ will doch damit nicht sagen, daß die zahlreichen von uns veröffentlichten ganz sekretierten Aktenstücke das Licht der Oeffentlichkeit zu scheuen hatten?

Die „Germania“ schließt ihre Betrachtungen mit dem folgenden Satze:

„Es könnte freilich nicht schaden, wenn von Zeit zu Zeit diese kaiserliche Ordre in der Armee wieder in Erinnerung gebracht wird.“

Was also vom „Vorwärts“ geschehen ist. —

Die Erklärung gegen die Umsturzvorlage, von der seit einiger Zeit gesprochen wurde, lautet:

Auf grund ihrer Beschäftigung mit der sozialen Frage, sehen sich die Unterzeichneten veranlaßt, folgende Erklärung abzugeben:

Die materielle und moralische Lage der unteren Klassen in Deutschland bedarf dringend einer durchgreifenden Verbesserung. Diese Verbesserung liegt gleichzeitig im Interesse einer friedlichen und geistigen Entwicklung des Vaterlandes in der Zukunft. Angesichts der großen Privilegien, deren sich die oberen Klassen bei uns erfreuen, ist es anzustreben auf dem Wege gleichender Gerechtigkeit, die den oberen Klassen Opfer auferlegt zu gunsten der unteren.

Um eine entsprechende Haltung des Staates und der Gesellschaft herbeizuführen, ist politische Freiheit, ist vor allem Freiheit in der Kritik des Bestehenden notwendig. Die dem Reichstag gegenwärtig vorliegende sogenannte Umsturzvorlage beschränkt diese Freiheit auf das empfindlichste.

Es kommen insbesondere in betracht die §§ 111 a, 126, 130, 131 und Artikel III des Regierungsentwurfes. Diese Bestimmungen geben dem Staatsanwalt und Strafrichter Befugnisse in die Hand, mittels deren nicht bloß die verwerflichen Ausschreitungen der politischen Agitation, sondern auch das, was an ihr durchaus notwendig und segensreich ist, in weitem Umfange getroffen werden kann. Die

Befürchtung, daß dies wirklich geschehen würde, läßt sich angesichts der mit dem Sozialistengesetz und mannigfachen Gerichts-urtheilen der letzten Jahre gemachten Erfahrungen nicht abweisen. Es kommt hinzu, daß jeder soziale Fortschritt unvermeidlich verbunden ist mit der Entwicklung eines gewissen Klassengegensatzes. Dieser Klassengegensatz bringt es leicht mit sich, daß die Justizorgane, die sich im wesentlichen aus den oberen Klassen rekrutiren, trotz des besten Willens von einer gewissen Voreingenommenheit gegen die Vorkämpfer der unteren Klassen beherrscht und daher geneigt sind, debatable Paragraphen zu deren Ungunsten auszulegen.

Werden aber nicht bloß die verwerflichen Ausschreitungen der politischen Agitation, sondern die notwendige freie Kritik und Ansprache selber getroffen, so ist eine bedauerliche Hemmung des sozialen Fortschritts die notwendige Folge. In den letzten Jahren, seit dem Fall des Sozialistengesetzes, hat die Einsicht von der Nothwendigkeit sozialer Reformen in den oberen Klassen bedeutend zugenommen, während sich gleichzeitig in den unteren die Zahl der gemäßigten und besonnenen Elemente stark vermehrt hat. So ist einer Verständigung und friedlichem Fortschritt in erfreulicher Weise der Weg gebahnt. Es ist zu befürchten, daß, wenn die erwähnten Bestimmungen der Umsturzvorlage Gesetz werden, die oberen Klassen in ihrem Reformeifer wieder erkalten, die unteren wieder revolutionärer und positiver Mitarbeit abgeneigter werden.

So würden wir von der Bahn langsamen sicheren Fortschritts abgedrängt und vielleicht zu völliger sozialpolitischer Stagnation, vielleicht auch zu wilden revolutionären Ausbrüchen geführt werden.

Die Unterzeichneten hegen gleich der ganz überwiegenden Mehrzahl unseres Volkes den Wunsch, daß politische Verbrechen und verwerfliche Ausschreitungen der politischen Agitation nach Möglichkeit hintangehalten werden möchten. Sie verkennen auch nicht, daß die anarchistische und sozialdemokratische Agitation nicht selten die hergebrachten Ideale der Bevölkerung in ver-lehender Weise in den Staub zieht, den Gegner beschimpft und verächtigt, die Wahrheit entstellt und verdröhrt. Aber sie glauben, daß alle diese Uebelstände durch Strafbestimmungen, wie die der Umsturzvorlage, eher vermehrt als vermindert werden. Die Verzeigerung, auf friedlichem Wege einen Fortschritt zu erzielen, ist der eigentliche Nährboden für die anarchistischen Theorien und Thaten der Gewalt; die Ausschreitungen der in der politischen Agitation stehenden Männer entstammen zum nicht geringen Theile der Erbitterung, die erzeugt wird durch den hartnäckigen Widerstand, den sie finden, und die Strafen und Verfolgungen, die sie sich zuziehen, bei dem an und für sich löblichen Bestreben, das Gland und seine Ursachen zu bekämpfen.

Es ist zu befürchten, daß die Umsturzvorlage jene Ver-zweiflung und diese Erbitterung, zunächst in dem ausgedehnten Kreise der anarchistischen und sozialdemokratischen Führer, dann aber auch in den breiten Massen der Bevölkerung noch bedeutend vermehren wird. Es mag ihr bestensfalls gelingen, die Formen der öffentlichen Agitation etwas zu mildern, aber die nicht öffent-liche wird dafür um so erbitterter und gefährlicher werden. Gründliche soziale Reformen sind das einzig wirksame Mittel, um verbrecherischen Ausschreitungen auf die Dauer vor-zubugen und Sitte und Ordnung aufrecht zu erhalten: der Gegner muß durch stillliche Größe, die ihm den Grund zu seinen Anklagen nimmt, überwunden werden, dann wird man auch von ihm nicht mehr vergebens eine stilllichere Haltung verlangen. Die oben zitierten Bestimmungen der Umsturzvorlage aber, indem sie die soziale Reform zu hemmen und Strafen und Verfolgungen selbst auf durchaus gerechtfertigte Bestrebungen zu bringen drohen, befördern geradezu die Ausschreitungen, die sie bekämpfen wollen.

Aus allen diesen Gründen glauben die Unterzeichneten im Namen der guten und gerechten Sache des sozialen Fortschritts,

im Namen der Wiederannäherung der sich schroff gegen-überstehenden Klassen unseres Volkes,

im Namen einer friedlichen und geblühenden Zukunft unseres Vaterlandes,

gegen die zitierten Bestimmungen der Umsturzvorlage Einspruch erheben zu müssen.

Oberlieutenant a. D. M. v. Egidy in Berlin; Geh. Re-gierungsrath Professor Dr. W. J. J. in Berlin, Vorsitzender der deutschen Gesellschaft für ethische Kultur; Fabrikbesitzer Heinrich Freese in Berlin, Vorsitzender des deutschen Bundes für Bodenbesitzreform; Redakteur Professor a. D. H. v. Gerlach in Berlin; Professor G. v. Sigel in Berlin, Herausgeber der „Ethischen Kultur“; Pastor Paul Goehre in Frankfurt a. O.; Professor Dr. Heinrich Hertner in Karlsruhe; Dr. E. Hirschberg, Direktorialassistent am Statistischen Amt der Stadt Berlin; Karl Jentsch in Reife; Landgerichtsrath Kulemann in Braunschweig; Dr. Friedr. Lange in Berlin, Herausgeber der „Täglichen Rundschau“ und der „Volkswirtschaft“; Professor Lehmann-Hohenberg in Kiel; Prof. Dr. v. Sigt in Halle a. S.; Pastor Dr. Lorenz in Erfurt; Dr. Karl v. Mangoldt in Dresden; Pfarrer Friedrich Raumann in Frankfurt a. M.; Chefredakteur Oberwinder in Berlin; Pastor Dr. theol. Kade in Frank-furt a. M.; Professor Dr. Werner Sombart in Breslau; Eisenbahndirektor de Terra in Frankfurt a. M.; Professor Dr. Trommerhausen in Frankfurt a. M.; Geh. Rath Professor Dr. Adolf Wagner in Berlin; Pfarrer Julius Werner in Wedendorf bei Odersleben.

Weitere Zustimmungserklärungen nimmt entgegen:

Dr. Karl v. Mangoldt, Dresden, Lindengasse 16.

Wir drucken diese Erklärung als interessantes Akten-stück ab. Daß die Unterzeichner Gegner unserer Partei sind, geht aus dem ganzen Gedankengange der Erklärung hervor. Mit ihnen zu polemisieren haben wir im Augenblicke keine Veranlassung. Die Anzahl der Unterschriften ist vorläufig nicht gerade imponirend. Interessant ist die Parteistellung einiger der Unterzeichner. Professor Ad. Wagner war öfters, so auch bei den letzten Wahlen, konservativer Kandidat, Professor v. Gerlach ist Chefredakteur des „Ethischen Volkes“, Landgerichtsrath Kulemann war nationalliberaler Reichstags-Abgeordneter, Professor v. Sigt ist politisch bekannt dadurch, daß er in Marburg aus einem konservativen Vereine austrat, weil er ihm zu wenig bismärkisch war, fünf von den 23 Unterzeichneten sind Pastoren. —

Das Material des Geheimraths Seiden Spinner.

Aus Stendal wird uns geschrieben: Nach der letzten Erklärung des Geheimraths Seiden Spinner in der Umsturzkommission, soll ich in einer Versammlung auf-gefordert haben, die Broschüre, „O welche Lust, Soldat zu sein“, an die Rekruten zu vertheilen. Ich bestritt auch diese Be-hauptung. In der betreffenden Versammlung vor 2 Jahren habe ich die Broschüre den Anwesenden zur Anschaffung und weitesten Verbreitung empfohlen, aber von Rekruten habe ich kein Wort gesagt.

Otto Götze.

Material für die Umsturzvorlage braucht die Re-gierung wie das tägliche Brot. Sie arbeitet mit Dampf-kraft, um es sich im letzten Augenblick noch zu beschaffen. So wurden jedenfalls zu diesem Zwecke, wie die „Färther Bürgerzeitung“ meldet, in Färth i. B. die Kasernen noch sozialistischen Trudsachen genau durchsucht. Es scheint aber gar nichts gefunden worden zu sein. —

Das neue preussische Vereinsgesetz wirft seine Schatten voraus, wie folgende der „Freisinnigen Zeitung“ entnommene Mittheilung zeigt:

Der Landrath des Kreises York in der Provinz Hannover hat einem unpolitischen Verein gegenüber, dem er in dem Verdacht weislicher Gefinnung hat, den Grundfah ausgesprochen, daß es zu den Obliegenheiten der Polizei gehört, jederzeit von jedem Verein das Mitglieder-Verzeichniß, wenn die Kenntniß desselben für sie erforderlich ist, zu verlangen, auch über das Mitglieder-Verzeichniß so zu verfügen, wie es ihr nach Lage des Falles notwendig erscheint.

Sonntagsruhe im Zeitungswesen. Unsere gestrige Notiz unter dieser Ueberschrift ist mehrfach mißverstanden worden. Selbstverständlich werden von der Nothwendigkeit, mit der Herstellung der Sonntagszeitungen Sonnabend nachts 12 Uhr fertig sein zu müssen, nur diejenigen Zeitungskapitalisten betroffen, die aus ihrem Personal in den sechs Wochentagen noch nicht genügend Gewinn herauszuschlagen glauben, und deren redaktionelle und technische Arbeiter auch am Sonntag Nachmittag und in der Sonntagsnacht noch an der Herstellung einer Montagsausgabe arbeiten müssen. Eben diese Zeitungsherausgeber sind durch die neuen, am 1. April in Kraft tretenden Paragraphen der Gewerbe-Ordnung gezwungen — sofern sie nicht auf die Herausgabe einer Montagsausgabe verzichten wollen — am Sonnabend Nacht um 12 Uhr ausgedruckt zu haben, damit sie Sonntag Nacht 12 Uhr wieder mit der Herstellung der Montagszeitung beginnen können. Denn 24 Stunden Sonntagsruhe müssen den Arbeitern nach der Gewerbe-Ordnung nun einmal gewährt werden. — Im übrigen gestattet ja der § 105 b der Gewerbe-Ordnung für Betriebe mit regelmäßiger Tag- und Nachtschicht, daß der Beginn der 24 stündigen Ruhezeit spätestens Sonntag früh 6 Uhr erfolgt, wonach die Arbeit dann frühestens wieder Montag Morgen 6 Uhr aufgenommen werden darf.

Gegen die Beschränkung des Kolportage-Buchhandels. Uns geht die folgende Resolution zum Ausdruck:

Die am 5. Februar 1895 in No. 2 Bierhäuser, Berlin, Straßenerstr. 2a, tagende Versammlung von Verlags- und Kolportage-Buchhändlern erklärt hiermit wiederholt:

Der Antrag Gröber und Gen. Nr. 69 der Druckschriften der III. Session der 9. Legislaturperiode des Deutschen Reichstages ist vom Zentrum eingebracht und bedroht und beunruhigt mit seinen die Erleichterung des Hausbuchhandels beabsichtigenden Vorschlägen von neuem den deutschen Buchhandel mit all seinen zahlreichen Nebengewerben, darunter in erster Linie den Kolportage-Buchhandel. Das Jahr 1895 hat diese Beunruhigung aber aufs höchste gesteigert, da seitens des Herrn Reichstagskanzlers der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Abänderung der Gewerbe-Ordnung unter dem 5. Januar 1895 eingebracht worden ist, welcher in Artikel 7 den gesamten Kolportage- und Reisebuchhandel zu vernichten droht, indem er das Aufsuchen von Bestellungen auf Waaren bei Privatleuten verbietet und nur die Zulassung von Ausnahmen durch den Bundesrath vorsieht, somit also diesen wichtigen Industriezweig, der hunderttausende von deutschen Bürgern nährt, dem Ermessen einer einzelnen Behörde überliefert, gegen deren Entscheidung es ein Rechtsmittel nicht gibt. Eine solche Ausnahmestellung ist für einen ehrenhaften Stand ebenso unwürdig wie gefährlich. Wir erklären daher, daß wir auch heute noch auf dem Standpunkt unserer Petitionen vom März und von Weihnachten 1893 stehen und mit aller der Entschiedenheit, welche einen um seine Existenz kämpfenden, für den Bildungsstand des deutschen Volkes unentbehrlichen, ja verantwortlichen Stand befehlen muß, dafür eintreten, daß der deutsche Buchhandel nicht aus Rücksicht auf falsche Voraussetzungen an seiner Wurzel getroffen und geschädigt wird. Dies würde geschehen am meisten durch Annahme der Gröber'schen Vorschläge, nicht zum wenigsten aber auch durch Annahme der neuen Bestimmung zu Absatz III zu § 44 der Gewerbe-Ordnung (Art. 7 des Entwurfs vom 5. Januar 1895).

Aus diesem Grunde richten wir an den hohen Deutschen Reichstag die Bitte, den Artikel 7 des Regierungsentwurfs vom 5. Januar 1895, sowie den Gesetzentwurf Gröber und Genossen abzulehnen, soweit durch diese Gesetze der Buchhandel betroffen werden kann und denselben durch Aufnahme ausdrücklicher Bestimmungen gegen mißbräuchliche und irrtümliche Anwendung der für andere Handels- und Gewerbegebiete getroffenen Bestimmungen zu schützen.

Herr Verno. Von einem Freunde erhält die „M. Post“ aus Würzburg folgende Zuschrift: „Sie haben in der „M. P.“ das eigenartige Verhalten des Zentrums-Abgeordneten Landgerichtsrath Verno im Reichstage gebührend und treffend kritisiert. Der genannte Herr steht auch der einem Theil der hiesigen Bevölkerung noch in gutem Andenken, und zwar von seiner Wirksamkeit im demokratischen „Wärz. Journal“ anfangs der 70er Jahre her. Speziell der Beginn dieser Wirksamkeit oder vielmehr die, sagen wir, nicht ganz einwandfreien Umstände, unter denen diese Wirksamkeit begann, dürften gerade für Ihre Parteifreunde recht interessant sein. Zur gemeinten Zeit war der heutige sozialdemokratische Reichstags-Abgeordnete Wilhelm Bloß Redakteur des sehr „rothen“ demokratischen Organs. Die Verlegerin des Blattes, eine Frau R., wurde indessen von gewisser Seite beeinflusst, und ihr „Klar“ gemacht, der Ton des Blattes müsse milder werden, der Bevölkerung sei, was aber durchaus nicht den Thatsachen entsprach, die Haltung des Blattes zu demokratisch. Die Folge dieser Treibereien war die, daß eines Tages die Eigentümerin dem Redakteur Bloß mittheilte, er sei entlassen, seine Redaktionsführung sei zu radikal. Bloß war nicht der Mann, der langes Federlesen machte, er steifte sich nicht auf Kündigungsfrist u. dgl., sondern schied aus der Stelle, für die nach der Aussage der Frau R. sich wohl eine passende Kraft angeboten habe. Diese passende Kraft war — derselbe Herr Verno, welcher heute als ultramontaner Landgerichtsrath u. ein Ehrengesicht für die Journalisten verlangt und welcher ja auch die Nothwendigkeit eines solchen Ehrengesichts für gewisse Zeitungsschreiber wohl aus seinem damaligen Verhalten als demokratischer Journalist hinreichend begründen kann.“

Zur Landtags-Wahl in Württemberg. Der württembergische Kriegerbund, dessen Präsident Prinz Hermann zu Sachsen-Weimar ist, erläßt eine Aufforderung an die Kameraden, in den Stichwahl-Bezirken, in welchen Sozialdemokraten in Frage kommen, keinem Sozialdemokraten ihre Stimme zu geben, vielmehr darauf hinzuwirken, daß in den württembergischen Landtag kein Sozialdemokrat gewählt werde. Bekanntlich steht in den Statuten der Kriegervereine, daß Politik ausgeschlossen ist, und trotzdem erläßt die höchste Leitung des Kriegerbundes eine solche Aufforderung. Man ersieht daraus, daß, wenn es gegen die Sozialdemokratie geht, alle Mittel gelten.

Die Parteileitung der Sozialdemokratie hat bis jetzt noch keinen Beschluß über die Haltung der Genossen in der Stichwahlfrage gefaßt, doch soll in den nächsten Tagen die Stellung der Partei gegenüber den bürgerlichen Kandidaten veröffentlicht werden.

Ueber die mecklenburgische Verfassung darf in Mecklenburg nicht geschrieben werden, daß wird künftighin auch das in Wismar erscheinende nationalliberale „Tageblatt“ wissen, denn gestern erhielt es in Form einer Konfession eine dahingehende zarte Andeutung.

Ein nationalliberaler Eigenpeter schreibt und telegraphirt in alle Welt, in einer der letzten Berliner Versammlungen für Erringung des Frauenstimmrechts sei ein Genosse aufgetreten, der gesagt habe, er sei durchgeprügelt worden, weil er in einer sozialistischen Wirtschaft für die Frauenrechte eingetreten sei. Wahr ist hieran, daß (in der Sanssouci-Versammlung) ein Redner sich darüber beklagte, daß sich Parteigenossen untereinander nicht immer als Genossen handeln; so habe z. B. er, als er einmal erklärt habe, nicht jeder Genosse thue seine Pflicht, Prügel bekommen. Diese Prügel hatten aber nichts zu thun mit frauenrechtlichen oder sonstigen Bestrebungen des Empfinders, sondern mit der fatalen Thatsache, daß er sich unter sehr erschwerenden Umständen in den Verdacht des Einverständnisses mit der Polizei gebracht hatte.

Reichen der Zeit. In Aschaffenburg wurde jüngst ein Mitglied des Kriegervereins begraben und nicht ein einziger Offizier nahm an der Feierlichkeit theil. Darüber große Entrüstung von Seiten des Kriegervereins, natürlich innerlich. Außerlich erschien ein harmloser Artikel in der harmlosen, weil nationalliberalen Aschaffenburgischen Zeitung, der diese Thatsache, daß die Offiziere bei der Beerdigung fehlten, meldete, und daran die Bemerkung knüpfte: „Auch ein Reichen der Zeit, aber eines, das zu denken giebt.“ Strafantrag von Seiten des Offizierkorps wegen dieses Satzes, am Schöffengericht freisprechung des Redakteurs, der sich als Verfasser und Mitglied des Kriegervereins bekannte. Verurteilung ans Landgericht und Verurtheilung des Redakteurs zu 25 Mark. Auch ein Reichen der Zeit, aber keines, das zu denken giebt.

Ein Maulkorbgesetz im niederösterreichischen Landtage. Aus Wien wird telegraphirt:

Der Gemeinde- und Verfassungsausschuß des niederösterreichischen Landtages nahm die vorgeschlagenen Abänderungen der Geschäftsordnung an. Hiernach können persönliche Angelegenheiten nur in geheimer Sitzung vorgebracht und verhandelt werden. Die Disziplinarmittel des Vorsitzenden bestehen in dem Ruf zur Sache, dem Ordnungsruf, der Wortentziehung für die Dauer der Debatte und dem Ausschluß für die Dauer der betreffenden Sitzung.

So entschieden wird auch das im niederösterreichischen Landtage geplante Maulkorbgesetz verurtheilt, so hat es doch noch eher den Hintergrund einiger Verurtheilung, als ein Maulkorbgesetz für den Deutschen Reichstag. Antisemiten und Liberale haben den Landtag schon so oft zum Schauplatz arger Skandalen gemacht, für die aus der nun bald dreißigjährigen Geschichte des Deutschen Reichstages kein Gegenstück aufzutreiben ist.

Der Nationalitätenkampf in Oesterreich konnte vom Ministerium Laaske nicht zur Ruhe gebracht werden und auch unter der Herrschaft des Koalitionsministeriums hat der Nationalitätenkampf an Schärfe nicht verloren. Dies beweisen die Verhandlungen des böhmischen Landtages, und die Abstimmungspolitik der italienischen Mitglieder des tyroler Landtages. Nun treten auch die slovenischen Abgeordneten des steiermärkischen Provinzialparlamentes. Aus Graz wird hierüber gemeldet:

Bei Beginn der heutigen Landtagssitzung erklärte Radey namens seiner slovenischen Parteigenossen, die Slovenen würden sich mit Rücksicht auf den gestern eingebrachten, auch vom Landeshauptmann unterzeichneten Antrag keines, der gegen das Gesetz verstoße, die Slovenen rechtlos erkläre und die nationale Ueberhebung und Unzulänglichkeit zum Ausdruck bringe, an diesem Landtage nicht weiter theilnehmen. Hierauf verließen die Slovenen den Landtagssaal.

Gegen das Duell erklärte sich der tyroler Landtag. Er beschloß eine Adresse an den Kaiser zu richten behufs Hintanhaltung des Duellstrafs in der Armee.

Selbsterkenntniß. In dem „Siecle“, diesem rabiatesten der französischen Bourgeoisblätter, schreibt „ein Bourgeois“ einen langen Brief über die Abhandlung Perier's und Herr Yves Guipot, der rabiateste der rabiaten Bourgeois, druckt den Brief ohne Bemerkung als Leitartikel ab. In dem Brief heißt es — und dieser Satz faßt die Gedanken des Schreibers zusammen:

„Der Rücktritt Perier's war das Symbol der Abhandlung der Großbourgeoisie!“ Das gilt zunächst natürlich nur für Frankreich. Ob aber Herr von Stumm nicht doch etwas läuten hört? —

Das Stimmrecht bei den Gemeindevahlen in Belgien. Aus Brüssel wird depechirt:

Der von der Regierung ernannte Ausschuß der sich mit der Regierung bezüglich des Gemeindevahl-Gesetzes im Einvernehmen setzen soll, hat beschlossen, das Pluralvotum mit einigen später festzustellenden Abänderungen vorzuschlagen.

Der Militarismus verlangt seine Opfer überall. Es ist bekannt, wie bei der jetzigen beständigen Kriegsbereitschaft der Staaten ein Land immer das andere zu neuen und immer größeren Kriegsrüstungen drängt, und wie die Kriegsmilitarminister der verschiedenen Länder ihre neuen Militärforderungen immer damit begründen können, daß das Nachbarland, der Erbfeind u. s. w., ebenfalls neue Regimenter, neue, verbesserte Gewehre u. eingeführt habe und man, um hinter jenen Ländern nicht zurückzubleiben, dieselben Vermehrungen vornehmen, dieselben Verbesserungen einführen, oder richtiger gesagt, jene Länder darin noch zu überholen suchen müsse. Dadurch wird dann wieder das andere Land zu Ueberschreitungen und Vervollkommnungen der Kriegstechnik gedrängt.

Dieses gegenseitige Dinousschrauben beschränkt sich nun schon nicht mehr auf die „Großmächte“, auch die kleineren Staaten werden unwillkürlich in diesen Strudel mit hineingezogen. So hat gegenwärtig auch das kleine Belgien seine „Militärvorlage“. Auch dort begegnet diese lebhafter Opposition im Volke und auch dort wird zur Begründung auf das mächtig gerüstete Ausland verwiesen. Die dortigen offiziellen Zeitungen veröffentlichen lange Artikel, worin die Nothwendigkeit eines starken Heeres für Belgien zum Schutz der Neutralität des Landes im Kriegsfall bewiesen wird. In einem zukünftigen deutsch-französischen Kriege würde die Situation anders als 1870 sein; Frankreich würde dann alle Ursache haben, seinen Weg durch Belgien zu nehmen, um in Deutschland einzudringen.

So treibt ein Keil den anderen, zum Schaden der Völker, zum Schaden insbesondere des arbeitenden Volkes, das überall für die Kriegszwecke am meisten bluten und am meisten zahlen muß.

Rußland und der japanisch-chinesische Krieg. Daß auch bei dem jetzigen ostasiatischen Krieg Rußland für seine egoistischen Zwecke im Trüben zu fischen sucht, ist ja allgemein bekannt. Die Betätigung hierfür liegt auch in der folgenden offenbar aus russischen Regierungskreisen inspirierten Meldung.

Der „Times“ wird nämlich aus Paris gemeldet, man habe Grund anzunehmen, daß die russischen Vorkämpfer Instruktionen erhalten hätten bezüglich der Haltung, welche Rußland, England, Frankreich und wahrscheinlich auch

die Vereinigten Staaten hinsichtlich der durch den Krieg im Orient verursachten Fragen zu befolgen beabsichtigten. In erster Linie sei dahin entschieden worden, daß eine eventuelle Intervention dieser Mächte zu dem ihnen passend erscheinenden Zeitpunkt vollständig uninteressant sein werde. Man würde China auffordern, seine Häfen dem Handel zu öffnen. Die Mächte würden abwarten, daß China sich besieg erkläre und ernstlich wegen des Friedens unterhandeln wolle. Man werde alsdann Japan darauf aufmerksam machen, daß Europa ihm nicht gestatten könne, auch nur einen Zollbreit des Gebietes auf dem Festland zu annektiren, daß aber andere Besitzergreifungen möglich seien und bei solchen Interventionen stattfinden würden. Was die Kriegsschiffe, Waffen und andere Siegeszeichen angehe, die mit der Kriegsschädigung nichts zu thun haben, so könne Japan als Pfand gewisse Stellungen behalten, doch werde keine handelspolitische Abmachung zum Nachtheile der Mächte gestattet werden. Man werde auf Regelung des Geldumlaufs entsprechend dem europäischen System bestehen, um die Aufnahme einer Anleihe zu erleichtern, zu welcher China seine Zuflucht nehmen dürfte.

Auch in offiziellen Kreisen der russischen Regierung wird bestätigt, daß Rußland eine Annexion Koreas durch Japan nicht gedenke, sondern die weitere Unabhängigkeit des Landes verlange und diesen Willen zu geeigneter Zeit der japanischen Regierung kundgeben werde.

Gegen die katholischen Geistlichen wurden in Rußland, dem Lande der politischen und religiösen Intoleranz, strenge Maßnahmen geplant. Zahlreiche Priester wurden verhaftet. Auf Intervention des Papstes hat der Zar vierzehn derselben „begnadigt“.

Vom chinesisch-japanischen Kriegsschauplatz liegen die folgenden Depeschen vor:

Tschifu, 7. Februar. Die japanische Streitmacht in der Nähe von Ninghai begann heute Mittag die westlichen Forts von Tschifu zu beschießen. Alle Fremden sind unter Waffen; die Thore der Stadt sind geschlossen und Barrikaden errichtet worden. Man glaubt, es handle sich um einen Scheingriff, um eine neue Truppenladung zu verdecken.

Shanghai, 8. Februar. (Telegramm des „Reuter'schen Bureaus“.) Die chinesischen Panzerschiffe „Chenguen“ und „Tenguen“ wurden mittels Torpedos zum Sinken gebracht. — Während eines Nachtangriffs bemächtigten sich die Japaner thatsächlich der Insel Funglungao.

Yokohama, 8. Februar. Hier ist die Nachricht eingetroffen, bei dem nächtlichen Angriff auf Weihaiwei am 5. d. M. seien die Schiffe „Tenguen“ und „Chenguen“ gesunken und einige andere Schiffe untauglich gemacht worden. Ähnliche Depeschen stehen noch aus. Wie verlautet, werden die chinesischen Abgesandten für die Friedensverhandlungen in einigen Tagen voll akkreditirt werden.

Tschifu, 8. Februar. Aus Weihaiwei wird gemeldet, das chinesische Panzerschiff „Tenguen“ sei aufgefunden und das Kriegsschiff „Chenguen“ gesunken. Die Chinesen verlassen den Ort zu Tausenden. Die japanischen Schiffe, welche hier kreuzten und auf die Forts feuerten, sind abgezogen. Das Feuer hat keinen Schaden angerichtet.

Hiroshima, 8. Februar. Zwei Dampfschiffe entliefen in den Hafen von Weihaiwei, wurden jedoch von der japanischen Flotte verfolgt und bei Tschifu dienstunfähig gemacht.

Tschifu, 8. Februar. Heute Nacht landeten die Japaner eine Truppenmacht zehn Meilen östlich von Tschifu und griffen heute Mittag die Forts im Osten von Tschifu an. In der Stadt herrscht höchste Aufregung; für heute wird eine Schlacht erwartet.

Lütticher Anarchisten-Prozeß. (Original-Bericht.) Lüttich, 7. Februar 1895.

Die dramatische Szene, die sich gestern Abend so unerwartet im Gerichtssaal abgespielt hat, wirkte heute noch überall nach. Wieder war der Zuschauerraum überfüllt, erwartete doch jeder heute die Lösung der brennenden Frage, ob die Staatsanwaltschaft sich über Nacht von dem Schlage der sie und das Gebäude ihrer Anklage getroffen, erholte haben würde, oder ob sie nicht nach dem plötzlichen Gesandniß Müller's, daß er sie und die übrigen Behörden an der Nase herumgeführt habe, die Anklage gegen die große Mehrzahl der Angeklagten überhaupt werden lassen müsse. Der Verlust ihres Kronzeugen bedeutet für die Anklagebehörde in der That fast soviel wie den Verlust des ganzen Prozesses. Was die Untersuchung sonst noch an Belastungsmaterial zutage gefördert hat, will nicht viel bedeuten. Auf die Aussagen Jagolkowsky's bei seinen merkwürdigen Verhören in St. Petersburg wird man sich kaum noch zu stützen wagen. Werden sie doch gerade dadurch noch viel verdächtig, daß sie mit den Aussagen Müller's, die er jetzt für Lügen erklärt, fast vollständig übereinstimmen. Das steht ganz nach einem zwischen dem Lockspiegel und Müller abgekarteten Spiel aus, das der letztere nur nicht durchzuführen vermochte, weil er wohl ein Schuft, aber ein schwacher, halbloser, thranenseltiger Schuft ist.

Trotz des reinen Gesandnisses, das Müller in letzter Stunde zu ihren Gunsten abgelegt hat, behandeln ihn die übrigen Angeklagten, mit Ausnahme des dunklen Ehrenmannes Wolch, mit großer Verachtung. Keiner sieht ihn an oder spricht mit ihm. Sein Nebenmann ist möglichst weit von ihm fortgerückt. Kaum ist Müller in den Saal geführt, so setzt er sich hin und legt das Gesicht auf den Arm. In dieser Haltung bleibt er fast während der ganzen Sitzung. Nur zuweilen blickt er für einen Augenblick auf und man kann dann sein blaßes, schwammiges Gesicht mit der niedrigen, zurücktretenden Stirn und den kleinen, trüben Augen sehen. Das dünne blonde Haar trägt er in der Mitte gescheitelt. Alles bei ihm erweckt den Eindruck, daß er ein schwacher und bornirter Mensch ist. Auch zu seinem letzten Gesandniß ist er nicht aus freien Stücken gekommen. Der Gesandnißgehilfe, Pastor Peterson, hat ihm am Mittwoch Mittag noch einmal ins Gewissen geredet. Und dieser Zuspruch ist erfolgreich gewesen.

Um 9½ Uhr wird die Sitzung eröffnet. Der Verteidiger Müller's, Rechtsanwalt Faisse, bittet sofort um Wort. Ich halte mich, so etwa sagt er, im Interesse meines Klienten für verpflichtet, meinen geistigen Antrag auf Untersuchung seines Geisteszustandes heute formell zu stellen. Es ist doch immerhin möglich, daß Müller nicht zurechnungsfähig ist. Dafür sprechen seine schwankenden Aussagen, seine Widersprüche, sein ganzes Benehmen während der Verhandlungen und nicht zum mindesten auch der Umstand, daß er sich von dem Platten widerstandslos als willfähriges Werkzeug gebrauchen ließ.

Vorsitzender von Vosschmidt: Der Gerichtshof wird später über diesen Antrag Beschluß fassen.

Hierauf nimmt der erste Staatsanwalt Demarteau das Wort zur Replik. Dem gestrigen Zwischenfall, so etwa führt er aus, darf nicht die große Bedeutung beigegeben werden, die er im ersten Augenblick zu haben schien. Vergessen wir doch nicht, unter welchen Umständen das plötzliche Gesandniß Müller's erfolgt ist. Müller ist ein Eignen, das haben uns die Herren Verteidiger ja so oft versichert. (Unruhe auf der Verteidigerbank.) Wer giebt uns denn die Gewähr, daß er gestern die Wahrheit gesagt hat. Ist es nicht sehr merkwürdig, daß er erst gestern Abend mit seinem Gesandniß heraustrat, nachdem er die Plaidoyers aller Herren Verteidiger gehört hatte?

(Zwischenruf von der Verteidigerbank.) Zu seiner gestrigen Aussage ist Müller zudem nicht aus freien Stücken gekommen. Pastor Peterson, der Seelforger der Protestanten unter den Angeklagten, hat ihn beeinflusst. Wir haben ja den Herrn Gefängnisgehilfen hier als Zeugen kennen gelernt. Es liegt mir fern, seine Rechtfertigung nur mit einem Worte zu verächtigen, aber seine Rolle als Zeuge hat er jedenfalls ganz falsch aufgefaßt. (Widerspruch der Verteidiger.) Hat er nicht hier gesagt, daß er nicht die vertraulichen Mitteilungen und Bekenntnisse vor Gericht wiederholen könne, die ihm die Angeklagten in seiner Eigenschaft als Geistlicher gemacht hätten. So hat er uns hier nur seine allgemeinen Eindrücke mitgeteilt und ist aufgetreten, als wenn er als Sachverständiger über die Charaktereigenschaften der einzelnen Angeklagten Aufschlüsse zu geben hätte. Den Angeklagten Müller erklärte er schlangweg als nicht schuldig; das geht doch nicht an. Auch jetzt hat er sich wieder hineingemischt und auf Müller so lange eingedrungen, bis dieser zu seinen gestrigen Aussagen kam. Ich gestehe offen, daß ich an die Wahrheit dieser Aussagen nicht zu glauben vermag. Ich halte es deshalb für notwendig, Pastor Peterson noch einmal als Zeugen vorzuladen und ihn über seinen Anteil an dem angeblichen Geständnis Müller's zu hören.

Vorsitzender: Ich halte diese nochmalige Vernehmung des Zeugen, Pastor Peterson, für überflüssig.

Staatsanwalt Demarteau: Ich will darauf auch nicht besonderes Gewicht legen, wenn der Gerichtshof anderer Meinung ist. Wenn es der Staatsanwaltschaft Lüttichs nicht in dem Maße, wie sie wünschte, gelungen ist, Licht in die dunklen Ecken dieses Prozesses zu werfen, so liegt das daran, daß wir ausschließlich auf unsere Ermittlungen angewiesen waren. Die auswärtigen Behörden versagten uns leider jede Hilfe. Die Pariser Polizeibehörde lehnte es ab, den Aufenthaltsort und die Persönlichkeit des Herrn von Léonard, angeblich Gesandtschafts-Attachés bei der russischen Botschaft in Paris zu ermitteln. Damit war uns die Möglichkeit, Aufklärung über die Persönlichkeit des Russen zu erhalten, genommen. Das gestrige Geständnis Müller's steht im Widerspruch zu den übrigen Ergebnissen der Beweisführung. Der Dynamitdiebstahl zu Chevon bildet die Basis der ganzen Anklage. Müller und Broich gestehen ein, ihn gemeinschaftlich mit Wille, Boffem und Wehtamp verübt zu haben. Müller hat dieses Geständnis gestern zurückgezogen, aber Broich's Aussage bleibt bestehen und wird von denjenigen Zeugen bestätigt, die die Angeklagten wiedererkannt haben. So wird Boffem von dem Zeugen Werner, die Angeklagten Wehtamp und Wille von Frau Deban aus Chevon refugosiert. — Der erste Staatsanwalt geht nun nochmals auf die einzelnen Attentate ein und ist der Ansicht, daß die Verzeihung — von dem Geständnis Müller's ganz abgesehen — soviel Belastungsmaterial geliefert hätte, daß die Geschworenen zu einem Schuldbild für alle Angeklagten kommen würden.

Eine kurze Pause tritt ein.
Nach Wiederaufnahme der Sitzung verkündet der Vorsitzende als Gerichtsbeschluss, daß eine Untersuchung des Geisteszustandes Müller's abgelehnt werde.

Nunmehr nimmt Staatsanwalt Delwaide zu seiner Replik das Wort: Als ich meine erste Rede beendet hatte, glaubte ich nicht, daß ich sie noch zu ergänzen notwendig haben würde. Ich hatte alles gesagt, was ich aus dem Herzen hatte. Aber der gestrige Zwischenfall hat die Situation ein wenig geändert. Sie fragen, was ich von dem Verfall halte? Nun, ich glaube, Müller hat diesen Theaterkoup seit langem vorbereitet. Sein ganzes Bestreben ist darauf gerichtet, den Thatbestand nach Möglichkeit zu verwirren und zu verdunkeln und den Gang der Verhandlungen zu verwickeln. Auch nicht der Wunsch, Unschuldige vor einer Verurteilung zu retten, hat ihn dazu getrieben, uns gestern Komödie vorzuspielen, nein, er hofft jetzt auf diesem Wege milder davonzukommen, so wie er bei seinen Denunziationen auf eine mildere Strafe gerechnet hatte. Glauben Sie ihm kein Wort, meine Herren Geschworenen!

In seinen weiteren Ausführungen vertritt Staatsanwalt Delwaide dieselben Ansichten über die Ergebnisse der Beweisführung, wie sein Kollege Demarteau.

Um 1 1/2 Uhr tritt die Mittagspause ein.

Parteinachrichten.

Der Kampf gegen den Umsturz soll, wie es scheint, in Leipzig durch die Verfolgung der Gewerkschaftsorganisationen ein Vorpiel erhalten. Nachdem wir vor einigen Tagen die Auflösung der Organisation der Holzarbeiter und der Glaser gemeldet, und nachdem gestern der Frauen-Bildungsverein aufgelöst wurde, weiß heute das „Vollst." Bureau von der polizeilichen Auflösung des Metallarbeiter-Verbandes zu melden. Eine für heute (Freitag) Abend geplante Versammlung der Metallarbeiter wurde verboten. — Augencheinlich regiert jetzt nur die Feitsche, von Zunderbrot keine Spur.

Eine Agitationstour durch Schlesien wurde auf Veranlassung der weiblichen Vertrauenspersonen in Breslau vom 20. Januar bis 3. Februar von Genossin Jhrer gemacht. Volksversammlungen, zu denen die Frauen besonders eingeladen waren, fanden in folgenden Orten statt: in Warten, Dunsau, Goldberg, Langenbielau, Altwasser, Girschberg, Wästelersdorf, Breslau, Penzig, Lauban, Jork i. L. In den Versammlungen wurden Vorträge gehalten über: „Die proletarische Frauenbewegung in politischer und gewerkschaftlicher Beziehung“, „Die Frauen und der Sozialismus“ und „Die politische Lage“. Die Versammlungen waren durchgängig stark besucht und vorwiegend von Frauen, welche den Ausführungen der Referentin nicht nur mit größter Aufmerksamkeit folgten, sondern auch des weiteren die Zusicherung gaben, die angeregte Agitation nun ihrerseits in den Kreisläufen betreiben zu wollen. — In den größeren Industriestädten waren auch neben den industriellen Arbeiterinnen eine Anzahl Landleute mit ihren Frauen aus der Umgegend gekommen, die nach der Versammlung zum Teil persönlich ihre volle Zustimmung zu den Ausführungen der Referentin gaben.

Läßt sich nach dem günstigen Verlauf der Versammlungen im allgemeinen konstatieren, daß die Ideen der Sozialdemokratie auch im schlesischen Gebirge längst Eingang gefunden haben und die arbeitende Bevölkerung durchdringen, so muß andererseits doch gesagt werden, daß gerade in den industriereichsten Gegenden Schlesiens die gewerkschaftliche und politische Organisation eine äußerst mangelhafte ist. Besonders die gewerkschaftliche Organisation ist überall fast nur in den Anfängen vorhanden, die Arbeiterinnen fehlen in denselben fast vollständig. Es liegt dies nicht am ungenügenden Interesse der arbeitenden Bevölkerung selbst, sondern daran, daß von unserer Seite agitatorisch für die dortige Gegend fast gar nichts geschehen ist. Man findet an verschiedenen Orten wohl Girschbunder'sche Gewerksvereine, doch wenige auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehende Organisationen. In der Textil-, Bekleidungs- und keramischen Industrie werden in Schlesien eine große Anzahl weiblicher Arbeiter beschäftigt; und die Zahl der in Schlesiens Fabriken beschäftigten Arbeiterinnen ist wohl genügend, um eine energische Organisation und Ausbreitung unter denselben zu betreiben; es werden in denselben beschäftigt 59 852 Arbeiterinnen. In der Textilindustrie allein 26 826 über 16 Jahre alte Arbeiterinnen, ganz abgesehen von der großen Zahl der jugendlichen.

Demgegenüber ist der überall laut gewordene Wunsch, daß bald wieder Versammlungen dieser Art stattfinden möchten, ein nur zu berechtigter, besonders da diesmal eine ganze Anzahl

Orte sich noch gemeldet hatten, die vorläufig keine Berücksichtigung mehr finden konnten.

Bei dem lebhaftesten Interesse, das die Bevölkerung der genannten Orte den Versammlungen entgegenbrachte, darf man mit Recht erwarten, daß auch der Erfolg nicht ausbleiben und ein für uns günstiger sein wird.

Die Agitationskommission für Schleswig-Holstein, Lauenburg, das Fürstentum Lüneburg und Hamburg hat sich laut Beschluss des Hensburger Parteitag's in Neumünster konstituiert und zwar besteht, daß alle für die Kommission bestimmten Briefe und sonstigen Sendungen an H. Lienen, Neumünster, Johannisstr. 7, alle Geldsendungen an W. Voss, Neumünster, Vicelinstr. 19, zu richten sind.

Im Sozialdemokratischen Verein des ersten Hamburger Wahlkreises vertheilen sich die 2659 Mitglieder auf folgende Altersklassen: Es fanden im Alter

von unter 20 Jahren	60 Mitglieder
20 bis 30	886
30 „ 40 „	1054
40 „ 50 „	551
50 „ 60 „	144
60 „ 70 „	32
über 70 „	2

Unter diesen Mitgliedern befanden sich 52 Frauen.

Der Sozialdemokratische Verein des dritten Hamburger Wahlkreises wählte den alten Vorstand wieder. Es wurde im verfloffenen Jahre eine Einnahme von 32 367,93 M. erzielt. Die Mitgliederzahl am Schlusse des Jahres betrug 6950. Neueingetretene sind im Laufe des Jahres 1822 Mitglieder, trotzdem hat sich die Mitgliederzahl infolge der traurigen wirtschaftlichen Verhältnisse um 245 vermindert. Auf die verschiedenen Altersklassen vertheilen sich die Mitglieder wie folgt: Es fanden im Alter

von 15 bis 20 Jahren	195 Mitglieder
20 „ 30 „	2220
30 „ 40 „	2773
40 „ 50 „	1317
50 „ 60 „	372
60 „ 70 „	43
über 70 „	2

Von den 6950 Mitgliedern waren also 6755 über 20 Jahre alt.

Bei den Gemeinderaths-Wahlen in Gräna (Sachsen) brachte der Sozialdemokratische Wahlverein seine sämtlichen Kandidaten, sowohl in der Klasse der Mindestbestimmten, als in der der Unanfertigen durch. Im ganzen sind im dortigen Gemeinderath bereits 8 Sozialdemokraten, die Gegner hatten nur noch die Klasse der Höchstbestimmten besetzt.

Der Kreisvertrauensmann von Sachsen-Weimar, Genosse Daudert in Apolda, fordert die Vertrauensleute des Herzogthums auf, ihm zu berichten, wie viele Versammlungen im Jahre 1894 aufgelöst und verboten wurden und aus welchen Gründen? Des weiteren, ob auch Versammlungen anderer Parteien aufgelöst oder verboten wurden und schließlich, ob die Geistlichen an der Agitation zur letzten Reichstagswahl sich öffentlich betheiligten.

Zum Fall Müdt geht uns von einem Parteigenossen in Karlsruhe ein Schreiben zu, aus dem zu ersehen ist, daß die zielbewußten Genossen in Baden es nachgerade müde werden, der Müdt'schen Komödie noch weiter ruhig zuzusehen. „Der unerquickliche Streit in Baden, so schreibt der betreffende Genosse, hervorgerufen durch das sozialdemokratische Kleinblatt in der badischen Kammer, ist jetzt geradezu zu einem Skandal angeartet. Herr Dr. Müdt, welcher im November demonstrativ durch Flugblätter im ganzen Lande vertheilte, daß er sich den Beschlüssen des Parteitages nicht füge, und infolge dessen seinen Austritt aus der Partei erklärte, bildet gegenwärtig wieder auf neue den Gegenstand des Streites. Vor ein paar Monaten schüttelte Müdt mit großem Lärm die Partei von sich ab, und vorige Woche erklärte er seinen Wiedereintritt in dieselbe. Er giebt an, daß die Parteigenossen im Lande ihn dazu aufgefordert hätten. Das ist übertrieben; die objektiven denkenden Genossen sind mit diesem Wechsel keineswegs einverstanden, vielmehr wäre es für die Partei förderlicher gewesen, wenn Müdt in seinem Schmolwinkeleien geblieben wäre. Es giebt allerdings Leute hier, die da meinen, Müdt müsse unbedingt in der Partei sein wegen seiner rednerischen Talente. Lieber sollten sich die Genossen mit einfachen rednerischen Kräften behelfen, welche die Arbeiterbewegung höher stellen, als das Persönliche, es würde sich ein viel gesunderer Sinn unter den Arbeitern entwickeln; man würde dann auch solchen Leuten, welche das Vertrauen der Arbeiterkassen misshandeln, von vornherein den Laufpaß geben. Müdt ist ein Egoist, der nicht in unsere Partei gehört, ein Handlanger der National-liberalen. Das letztere geht schon aus seiner Kammerrede in der Ordensdebatte, den Fieser-Lobhudeleien und der Zuspöndung von Erklärungen über seinen Wiedereintritt in die Partei an die national-liberalen „Badische Landeszeitung“ und sonstige gegnerische Blätter hervor. Zu allem Ueberflusse ist Müdt nun auch noch am letzten Sonntag in Heidelberg und Pforzheim als Kandidat für den Reichstag aufgestellt worden. Wir werden wahrhaftig zum Gaudium und zum Gespött gemacht von den übrigen Genossen in Deutschland; es ist höchste Zeit, daß wir uns emancipiren von Leuten, die sich als korrupt zeigen. Es giebt aber auch in Baden noch ziel- und klassenbewußte Arbeiter, die mit dem Treiben Müdt's, aber auch Dreesbach's nicht einverstanden sind, welche die Partei höher schätzen und nicht dulden werden, daß dieselbe zum Zummelplatz für persönliche Streitigkeiten vor einem halben Dutzend Leuten benutzt wird. Es wird allerdings schwer halten, Ordnung zu schaffen, weil unsere zwei badischen Parteiblätter sich gegenseitig auf das Heftigste beschaden, anstatt daß sie Wissen und Bildung und feste Disziplin unter den Arbeitern verbreiten. Durch die gegenseitigen persönlichen Reibereien wird die Uneinigkeit, Verwirrung und Unklarheit unter den Genossen bis zum äußersten vermehrt. Dieser Zustand ist unhaltbar. Wenn nicht sofort Abhilfe geschaffen wird, geht die ganze Partei rückwärts. Die Karbendenken Genossen in Baden müssen sich aufpassen und diesem Wirrwarr ein Ende machen.

Aber auch die Parteileitung kann nicht mehr ruhig zusehen, sie hat alle Ursache, ganz energisch einzuschreiten; oder sollen wir umsonst unsere Kräfte der Partei widmen, damit sie nutzlos von einigen Strebern vergeudet werden können? Der Landesauschuß der Sozialdemokratie in Baden verhält sich als solcher passiv, er läßt den Karren ruhig in den Sumpf laufen, es ist ihm einerlei, wer ihn wieder herausholt; er dürfte auch einmal aus seiner Friedhofsrube in Offenburg aufgeschreckt werden.

Der deutsche Arbeiterverein in Basel hatte Ende 1894 363 Mitglieder, wovon 200 den verschiedenen Gewerkschaften angehören. Die Jahreseinnahme betrug 3367,41 Franken, die Ausgabe 3328,28 Franken. Die Speisegesellschaft (Vereinssektion) vereinnahmte 35 406,61 Franken und verausgabte 34 724,65 Franken, macht einen Ueberschuß von 681,96 Franken. An durchreisende organisierte Arbeiter wurden unentgeltlich Speisen verabfolgt im Werthe von 800 Franken, außerdem wurden auch nichtorganisierte Durchreisende unterstützt. Der Diskursklub veranstaltete 36 Diskursabende mit 15 Vorträgen. Den Mitgliedern stehen 28 Zeitungen und Zeitschriften zur Verfügung, die 230,24 Franken kosteten; die Bibliothek zählt 600 Bände, wovon 489 ausgeliehen wurden. Zu weiterer Ausbildung der Mitglieder wurde Unterricht in der Buchführung erteilt. Der Jahresbericht schließt: „In dem wir alle uns noch fernstehenden Arbeiter in unseren

Verein einladen, um sich so unter dem Banner der internationalen Sozialdemokratie zu vereinigen, schließen wir mit einem „Auf zur Befreiung des Proletariats!“

Die Kreis-Parteivertheilung für Mähren fordert die Bezirks-Vertrauensmänner durch den Brünner „Vollst.“ auf, Bericht einzusenden über ihre Thätigkeit. Der Bericht hat sich zu erstrecken über die Monate November, Dezember, Januar und hat zu umfassen: a) Die Zahl der Volksversammlungen; b) die Zahl der Bezirkskonferenzen; c) die Zahl der lokalen Parteibesprechungen; d) die politischen Verfolgungen. Dem Berichte ist außerdem noch hinzuzufügen: die Zahl der Arbeitervereine, wie viele Mitglieder die Arbeitervereine mit Ende Januar besitzen, und wie viele Versammlungen sie während der letzten drei Monate abgehalten haben. — Diese Art Parteistatistik, wenn sie wiederholt und gewissenhaft ausgeführt wird, dürfte einen guten Gradmesser abgeben für die Fortschritte der Bewegung.

Todtenliste der Partei. Wieder hat der Tod eine Reihe Mittkämpfer unserer Partei dahingerafft. In Bremen starb der Genosse Schmidt im Alter von 60 Jahren. Schmidt war bereits vor ca. 25 Jahren ein reges Mitglied unserer Partei; er widmete sich mit Eifer den Arbeiten zur Begründung der später eingegangenen „Bremser Freien Zeitung“ und der damit verbundenen Genossenschafts-Buchdruckerei. Stets war er, wo es galt, im Interesse der Partei thätig zu sein, gern dazu bereit.

In Magdeburg starben die beiden Genossen Hilken-Bahl und Gorschner. Beide gehörten lange Jahre sowohl der gewerkschaftlichen als auch der politischen Organisation an und traten jederzeit tapfer und mit allen Kräften für die Sache ihrer geliebtesten Brüder ein. Besonders der letztere genoss wegen seines selbstlosen, unermüdbaren und ehrlichen Handelns unter den Genossen offener Beliebtheit.

In Eschwege wurde am Montag unter großer Betheiligung der Genosse Röhl, ein Veteran der Partei, zur letzten Ruhe geleitet. — Ehre dem Andenken der Verstorbenen.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Zur Auflösung des Metallarbeiter-Verbandes in Leipzig schreibt die „Leipziger Volkszeitung“: Die Thätigkeit der staatsverhaltenden Organe steht in schärfster Blüthe. Heute wurden die Bevollmächtigten des Metallarbeiter-Verbandes im Nordbezirk von der Polizei ausgeführt — die anderen Bezirke kommen morgen daran — die Bücher beschlagnahmt und die „Auflösung“ der gar nicht bestehenden „Organisation“ auf Grund des § 24 des Vereinsgesetzes ausgesprochen. Auch die Bibliothekskommission, die aus drei Mitgliedern besteht, soll als „Verein“ erklärt und aufgelöst werden. Die auf heute anberaumte Metallarbeiter-Versammlung wurde verboten. Dieses Vorgehen beleuchtet die Ausführungen des Ministers v. Verlepsch und anderer Regierungsvertreter im Reichstage aufs schärfste. Es lebe die christliche Sozialreform!

— Genosse Galdenberg, Redakteur der Thüringer „Tribüne“, wurde wegen Verleumdung des bekannten freisinnigen Agitators Dr. Frankel in Berlin zu 130 M. Geldstrafe verurtheilt. Der Prozeß hatte über zwei Jahre geschwebt.

— Zu je 20 M. Geldstrafe ev. vier Tagen Gefängnis wurden von dem Altonaer Amtsgericht vier Frauen als Vorstandsmitglieder der Zahlstelle Ottensen des Zentralvereins der Arbeiterinnen Deutschlands verurtheilt. Sie sollen gegen das preussische Vereinsgesetz verstoßen haben, indem im Verein Politik getrieben werde und sie neue Mitglieder aufgenommen haben.

Soziale Ueberlicht.

Die unehelichen Kinder sind bisher in Frankreich sehr ungünstig gestellt, weil der uneheliche Vater aus Grund des Code Napoleon keine Alimentationsverpflichtung gegen dieselben hat. Die sozialistischen Deputirten wollen diesem Standeslosigen ein Ende machen. Sie haben in der Kammer einen Antrag eingebracht, die bezüglich Artikel des bürgerlichen Gesetzbuches dahin abzuändern, daß die unehelichen Kinder gleiche Rechte und Pflichten wie die ehelichen haben, sowie daß gegen den unehelichen Vater auf Alimmente geklagt werden könne.

Depeschen.

Paris, 8. Februar. Deputirtenkammer. Der Deputirte Meunier, Präsident der Arbeitskommission, beantragte für diese Kommission die Genehmigung zur Veranstaltung einer allgemeinen Untersuchung über die Lage der Arbeiter in den Bergwerken. Nachdem Ministerpräsident Ribot sich dafür ausgesprochen hatte, daß die Kommission eine legislative Untersuchung veranstalte, wurde der Antrag angenommen. Der Minister beantragte hierauf die Bewilligung eines Kredites von 30 000 Franken zur Unterstützung der Hinterbliebenen der bei dem Grubenunglück in Montceau-les-Mines Verunglückten. Der Kredit wurde einstimmig genehmigt und darauf die Beratung des Budgets wieder aufgenommen.

Paris, 8. Februar. Bis heute nachmittag 2 Uhr war bei der „Compagnie Générale Transatlantique“ keine Nachricht von der „Gascogne“ eingegangen.

London, 8. Februar. Unterhaus. Der Präsident des Handelsamts Bryce theilte mit, der Verlust an Menschenleben an oder in der Nähe der britischen Küste infolge von Schiffsunfällen vom 20. Dezember v. J. bis 17. Januar betrage, soweit die Berichte jetzt vorlägen, 400, gerettet seien 586 Personen. Dies revidirten Reglements zur Verhinderung von Zusammenstößen im Meere seien hervorgegangen aus einem internationalen Abkommen zwischen den Seemächten und seien von allen Mächten angenommen worden; nur die deutsche Regierung wünsche einen Zusatz zu Reglement 26, betreffend die Fischerfahrzeuge.

(Telegraphen-Bureau Verd.)
Karlsruhe, 8. Februar. Heute Vormittag wurde in der Redaktion des demokratischen „Badischen Landesboten“ nach dem Manuskript eines Artikels, welcher die Zustände im 30. Artillerie-Regiment (Kastell) bespricht, Gausuchung gehalten, welche jedoch resultatlos verlief.

Triest, 8. Februar. Von allen Seiten treffen Nachrichten über ungemein zahlreiche Unglücksfälle ein, welche das heftige Unwetter veranlaßt hat. Mehrere Postwagen und Lokomotiven wurden von dem Orkan Streden weit fortgeführt und zertrümmert; viele Personen erlitten schwere Verletzungen. Aus dem Karst sind keinerlei Meldungen eingelaufen. Die Vora-mäthe noch ungeschwächt fort. Der Schiffsverkehr wurde eingestellt.

Brüssel, 8. Februar. Der Minister des Meeres gab in der heutigen Kammer Sitzung die Erklärung ab, daß die Regierung im Laufe der nächsten Woche eine die Annexion des Congothaates betreffende Gesetzesvorlage einbringen werde.

Petersburg, 8. Februar. Der Gesetzentwurf über die Einführung des obligatorischen, allgemeinen und unentgeltlichen Volksschul-Unterrichts in ganz Rußland wurde bereits dem Zaren zur Sanctionirung vorgelegt.

Petersburg, 8. Februar. Der Gesetzentwurf des Ministers des Innern, worin die gegenwärtig bezüglich der Aufnahme von Ausländern in den russischen Staatsverband geltenden Bestimmungen bedeutend erleichtert werden, wird demnächst den Reichsrath beschäftigen.

Bukarest, 8. Februar. In mehreren Zeitungsdruckereien ist ein Streik ausgebrochen.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

82. Sitzung vom 8. Februar 1895, 1 Uhr.
Am Tische des Bundesraths: v. Verlepich.
Die Besprechung der Interpellation Hise betreffs des Ausbaues der Sozialreform-Gesetzgebung wird fortgesetzt.

Abg. v. Seyditz (nlt.): Meine sämtlichen Fraktionsgenossen stehen auf dem Boden der Erklärung des Abgeordneten v. Bennigsen, daß die sozialen Kämpfe der Gegenwart nur durch die gemeinsame Organisation der Arbeitgeber und Arbeitnehmer beigelegt werden können. Wenn Herr Müller sich auf diesen Satz berufen hat, so standen seine Ausführungen doch mit demselben in direktem Widerspruch. Wir wollen die gemeinsame, nicht die gesonderte Organisation. Auf dem Boden der Unfall-Versicherungsgesellschaften sind viele meiner Freunde zu einem weiteren Ausbau der Gesetzgebung bereit. Die Politik aber, welche der Minister v. Verlepich gestern hier empfohlen hat, wird bei einem großen Theile meiner Freunde demselben Widerstand begegnen wie bei den Parteien der Rechten. (Hört, hört! links.) Die Ausdehnung der Versicherung auf die Wittwen und Waisen streben auch wir an und empfehlen die Beschleunigung dieses Weges zur Fortführung der Sozialreform. In verschiedenen schwierigen Kantonen sind damit erfolgreiche Versuche gemacht worden. Die sozialdemokratischen Forderungen des Rechtes auf Arbeit und der Demokratisierung der Fabriken sind dagegen in der Schweiz in der Volksabstimmung mit großer Mehrheit abgelehnt worden, ein Beweis, wie kräftig sich die freie Schweiz der Sozialdemokratie zu erwehren weiß. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die Trades Unions in England sind jetzt dem sozialdemokratischen Einflusse zugänglich geworden; sie fordern die vollständige Durchführung des Achtstundentages und des Minimallohns. Die Engländer stimmen auf dem letzten internationalen Bergarbeiter-Kongress nur deshalb nicht für den Minimallohn, weil sie fürchteten, daß, wenn sie sich soweit vorwagten, dann das Oberhaus in England den vom Unterhause bereits genehmigten Achtstundentag nicht genehmigen würde. Wie kann daher in diesem Augenblicke der Handelsminister solchen Korporationen bei uns das Korporationsrecht verleihen wollen? Eine große Anzahl meiner Freunde erwartet davon lediglich eine moralische und finanzielle Stärkung der sozialdemokratischen Organisationen. Man kann ja die Arbeiter durch Vertretungen in die Handelskammern hineinziehen; diesen Weg sehen viele von uns für gangbar und ausreichend an. Das bestrebt aber ist die Erweiterung der Kompetenz der Berufsvereinigungen. Obligatorische Anstalts halten wir für gänzlich ungeeignet. Die fakultativen Anstalts sind bisher gleichfalls für die Arbeiter nicht wirksam gewesen, zumal sie oft dazu mißbraucht worden sind, die Arbeiter niederzuhalten.

In Uebereinstimmung mit Herrn v. Stumm halte ich dafür, daß der rheinische Industriearbeiter bereits nahe daran ist, in den Mittelstand einzutreten; ich kenne am Mittelrhein Arbeiter mit 4000 M. Jahres-einkommen. In weiten Kreisen des Volkes besteht geradezu der Wunsch, daß die Strafgesetze dahin verschärft werden, daß die Kinder dieser zufriedenen Arbeiterfamilien bewahrt werden vor dem Gifte, welches die Sozialdemokratie ihnen einflößt. (Du, hu! und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Regierungen Reformen anstreben, müssen sie sich hüten, den historischen Boden, auf dem sich unsere Verhältnisse entwickelt haben, zu verlassen; mit einer richtigen Sozialpolitik muß eine richtige nationale Handelspolitik verbunden werden. (Beifall bei den National-liberalen.)

Abg. Hüpeden (nl.): Die deutschkonservative Fraktion steht nach wie vor auf dem Boden der kaiserlichen Watschaft von 1891 und der Februar-Erlasse von 1890. Wir betrachten die Reform noch nicht als abgeschlossen, aber wir lehnen es heute für unsere jetzigen Verhältnisse ab, die Fortsetzung in Angriff zu nehmen. Mein persönlicher Standpunkt weicht in einigen Punkten von dem der Fraktion ab. Von der Erfüllung der kaiserlichen Erlasse versprechen wir uns auch eine erzielende Wirkung auf die arbeitenden Klassen und meinen, es ist keine Zeit mit ihrer Verwirklichung zu verlieren. Die Angriffe des Herrn v. Stumm gegen die evangelischen Arbeitervereine weise ich hiermit ganz entschieden zurück. Evangelische, christlich gesinnte, patriotische Männer haben eine Arbeiterbewegung ins Leben gerufen, für welche ihnen das Vaterland zu großem Danke verpflichtet ist. Die christlichen Gewerksvereine behandelt Herr von Stumm als Friedensstörer, er wirft ihnen vor, sie paktieren mit den Sozialdemokraten, sie seien Hochverräther. Gern hat sich sein ganzer Hohn in einem Donnerwetter entladen gegen die evangelischen Arbeitervereine. Er ließ seine Blicke zu allen Seiten, aber es waren kalte Schläge, von denen sich diese Vereine nicht getroffen fühlen. Ihre Königstreue, ihre monarchische und christliche Gesinnung ist über alle Zweifel erhaben, nie werden sie ins sozialdemokratische Lager abzuweichen. Ich selbst habe in Kassel mit einem hochverehrten Pfarrer einen solchen Verein ins Leben gerufen, ich stehe seit 5 Jahren an seiner Spitze. In diesem Verein liegt ein großes moralisches Kapital, das sollten wir nicht vergeuden; wir könnten es noch einmal nötig haben. Auch nicht einen Sozialdemokraten wird man aus diesen Vereinen auf den Tisch des Hauses niederlegen können. (Stürmische Beifall.) Aber die „Hilfe“! Sie besteht zwei Monate, sieben Nummern sind von ihr erst erschienen und wieviel hat man hier schon von ihr gesprochen. Für die „Hilfe“ ist Pastor Naumann verantwortlich. Die „Hilfe“ hat sich auf den Standpunkt der evangelischen Arbeitervereine gestellt. Auch ich stehe unter den Mitarbeitern der „Hilfe“ und bin von Herrn von Stumm in Acht und Bann gethan worden. Ich fühle mich da in sehr guter Gesellschaft.

Der Abg. Fischer meint, das Christenthum könne nicht zur Lösung der sozialen Frage beitragen. Aber Deutschland marschirt doch bloß deshalb an der Spitze der Sozialreform, weil es noch ein christliches Land, ein christliches Volk ist. Die Sozialreform hat begonnen mit dem praktischen Christenthum, und nur dieses wird die Reform weiterführen. Wenn Sie (zu den Sozialdemokraten) einmal ordentlich vom Leder ziehen wollen, dann berufen Sie sich ja selbst auf die Sittenlehre des Christenthums; wenn Sie Ihren höchsten Trumpf aufspielen wollen, sagen Sie: das ist nicht christlich! Ohne Christenthum bleibt vom wirtschaftlichen Leben nichts übrig, als der brutale Egoismus. Das möchte ich auch den Liberalen aller Schattungen zurufen: Wer die Früchte will, muß auch den Baum wollen. Wir haben nicht zu viel Christenthum, wir haben zu wenig! Die evangelischen Arbeitervereine wollen die Arbeiter sichern und fördern in ihrer wirtschaftlichen Existenz; sie wollen obligatorische Fachgenossenschaften, volle Kooperationsfreiheit. Das ist nicht sozialdemokratisch, sondern christlich-sozial. Der Sozialismus ist immer nur ein Korrektiv gegen den einseitigen Liberalismus.

In gewissem Sinne sind wir alle mit dem Tropfen sozialistischen Cels gefüllt. In diesem Sinne sprechen wir auch von einem berechtigten Kern der Sozialdemokratie. Aber das Gefühl der persönlichen Verantwortlichkeit muß erhalten bleiben, diese negiert der Sozialismus und dagegen werden wir stets Front machen. Für diese Grundforderungen steht auch die „Hilfe“ ein; für die Art und Weise, wie sie vertreten werden, sind wir nicht verantwortlich. Mißgriffe können vorkommen, die Glorifizierung Vollmar's, die Bruderschaft von christlich-sozial und Sozialdemokratie, das Gedicht, welches Herr von Stumm anführte, sind solche. Aber wo kommen Mißgriffe nicht vor? Was die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ unter dem Strich über die Weihnachtseinfälle geschrieben hat, dürfte in einem christlichen Blatte nicht stehen. Die Monarchie wird nicht erschüttert, wenn man vor den Arbeitern auf ihre Vorzüge hinweist; das muß man heutzutage thun, man kann sich nicht auf das bloße Dogma beschränken. Pastor Naumann ist ein Optimist und Idealist, aber ihn mit den Sozialdemokraten in einen Topf zu werfen, das geht zu weit und ist ungerecht und höchst unglücklich. Er ist auch nicht mit den christlich-sozialen und evangelischen Arbeitervereinen zu identifizieren. Die „Hilfe“ hat auch nicht angefangen, sondern der von dem Pionierat Weber ins Leben gerufene Arbeiterverein. Der ist Herr v. Stumm ein Dorn im Auge. Mit solchem Verhalten erweckt man bei den angeführten Arbeitern nur den Glauben, daß die Sozialdemokratie doch wohl recht haben müsse. Gilt denn die Königstreue, die Vaterlandsliebe dieser Männer in den Kreisen des Herrn v. Stumm gar nichts mehr?

Auch für die christlichen Arbeitervereine ist die Forderung der Anerkennung der Berufsvereine von höchstem Werth. Die Verwirklichung dieses Versprechens steht noch aus. Sie soll auch erfolgen, aber Zeit und Modus behält sich die Regierung vor. Man kann der heutigen Gesellschaft nicht zumuthen, den Hammer selbst zu schmeiden, mit dem die Sozialdemokratie die jetzige Ordnung zertrümmern will, das ist die Quintessenz aller Einwendungen gegen die Interpellation. Meine Freunde wollen heute auch nichts davon wissen, sondern überlassen die Lösung der Zukunft. Ich stehe nicht so; ich kann nicht einsehen, was für eine Gefahr darin liegt, wenn mit der Verwirklichung vorgegangen wird. In meiner Heimath mit ihrer strengen Sabbath-Ordnung versteht man absolut nicht, wie im königlichen Schloss am Lusttage gearbeitet werden können. Allmählich müßte auf die Sozialdemokraten feste man andererseits auch nicht nehmen bei der Erwägung der Durchführung weiterer sozialpolitischer Maßnahmen; es ist bei ihnen Tiraden auch viel Nennen-mit-rei (Lachen links). Herr Legien wurde auf dem Kölner Parteitage gehörig der Kopf gewaschen, weil er sich an einer privaten Beratung in Frankfurt betheiligt hatte, welche sich angeblich mit den kleinsten Dingen von der Welt beschäftigte; diese kleinsten Dinge aber waren der Arbeitsnachweis und die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit! (Hört! hört! rechts.) Diese beiden Richtungen, die revolutionäre und die gewerkschaftliche, stehen einander gegenüber wie Feuer und Wasser; und angesichts solcher Gegensätze trägt man Bedenken, die Vorschläge des Herrn Hise zur Ausführung zu bringen? Diese Maßnahmen würden gerade dazu dienen, die sozialdemokratischen Arbeiter von dem Glauben an den Zukunftsschwund zu befreien. Im Grunde genommen haben doch Arbeit und Kapital gemeinsame Interessen; es besteht eine Harmonie zwischen beiden, mögen Sie (zu den Sozialdemokraten) es immerhin Dornenbüschel nennen. Ueberspannen Sie Ihre Forderungen, so schneiden Sie nur in das eigene Fleisch. Verlängerung der Arbeitszeit und höherer Lohn sind doch für alle Berufsstände berechnete Forderungen. Aber auch die Kaufkraft der Massen muß erhöht werden. Wenn die Massen der Armen lauffähiger werden durch höhere Löhne, so wird auch die Industrie mehr Beschäftigung haben. Die Grundlage aber ist die Landwirtschaft, und deren Stärkung ist daher die oberste Aufgabe. Worauf will man noch warten und wie lange noch? Das Warten wird sich rächen. Besser heute als morgen. Das Bedürfnis der Organisation wird von allen Seiten anerkannt und die Umstrukturierung ist nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck, sie muß nach der zutreffenden Meinung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ das Hemmnis für die Verwirklichung der kaiserlichen Erlasse beseitigen. Aber die Liebe des Arbeiters brauchen wir, wir können sie nicht entbehren. Kommen schwere Zeiten der Prüfung, dann dürfen wir nicht den Schein erwecken, als ob Recht und Gerechtigkeit auf Seiten der Gegner wären, dann muß unser Schild blank sein.

Abg. Legien (Soj.): Es ist bezeichnend, daß der Reichstag sich mit einer so einfachen Sache, wie dem gesetzlichen Schutz der Arbeitervertretung, drei Tage lang beschäftigt. Die Vertreter der größten Parteien haben sich für den gesetzlichen Schutz der Berufsvereine ausgesprochen. Nur zwei Großindustrielle, die Abgg. Müller und v. Stumm, haben sich dagegen ausgesprochen, weil sie ein sehr weitgehendes persönliches Interesse an der Verhinderung der Arbeiterorganisation haben, durch welche dem absoluten Fabrikregiment ein Damm entgegengesetzt wird. Wir haben es längs gewußt, daß der Widerstand der Großindustriellen durchschlagend sein würde, um die Durchführung der kaiserlichen Erlasse zu verhindern. Nachträglich hat sich der Staatsrath mit der Angelegenheit beschäftigt, und Herr von Stumm hat offen eingestanden, von wem dieser starke Widerstand ausgegangen ist. Der Bundesrath hat sich nach der Erklärung des Reichskanzlers generell mit der Sache noch nicht einmal befaßt und der Minister von Verlepich hat diese Verzögerung daraus erklärt, daß die Regierung zu der Einsicht gekommen sei, daß die ganze soziale Gesetzgebung immer nur der sozialdemokratischen Agitation zu gute komme. Einen größeren Widerspruch dieser Erklärung mit dem, was früher gesagt und gethan worden ist, kann ich mir nicht denken. Die ganze soziale Gesetzgebung ist eingeleitet, um der sozialdemokratischen Agitation Abbruch zu thun. Heute kommt die Regierung und erklärt die Sozialgesetzgebung als ein sehr geeignetes Agitationsmittel für die Sozialdemokraten. Ein größerer Widerspruch ist gar nicht denkbar. Herr Müller erklärt, die Sozialreform sei einzuführen und nach dem neuerdings uns zugegangenen Erlaß des Bundesraths scheint es auch, als wenn dies geschehen sollte. Herr Müller will keine Arbeiterorganisation und will auch keinen Arbeitsnachweis. Das glaube ich Herrn Müller und allen, die auf dem gleichen Standpunkt stehen und die gleichen wirtschaftlichen Interessen haben wie er. Diesen Leuten ist es ja leicht, den Arbeiter, der ihnen nicht genehm ist und sich ihrem Willen nicht fügt, zu entlassen, und so lange Arbeitslosigkeit herrscht, werden sie auch immer Arbeitskräfte zur Verfügung haben. Ihnen gegenüber steht der Arbeiter da mit gar keiner wirtschaftlichen Macht, und mit seiner Arbeitskraft, und diese kann er nur ausüben, wenn er sich mit seinen Berufsgenossen zusammenhält und organisiert. Diefem wirtschaftlich schwachen Arbeiter will Herr Müller nicht einmal die Möglichkeit geben, sich mit seinen Berufsgenossen zu schütten gegen die Ausbeutung seiner Arbeitskraft. Das ist ein sehr merkwürdiger Beweis seiner christlichen Liebe. Dieser Standpunkt entspricht genau dem des

Herrn v. Stumm, der erklärte, er kenne gar keinen Gegensatz zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Vom rein menschlichen Gesichtspunkt aus kennen wir ihn auch nicht, aber Herr Stumm wird einen Unterschied erkennen müssen, als der Arbeitgeber rücksichtslos über den Arbeiter verfügen kann, während der Arbeiter nichts gegen ihn thun kann. Herr Stumm bestimmt, wer in seinem Betrieb heirathen darf. Wer es ohne seine Erlaubnis thut, wird rausgeschmissen; er bestimmt, welche Zeitungen seine Arbeiter lesen dürfen; wenn es möglich wäre die Gesinnungen zu prüfen, dann würde wahrscheinlich auch jeder hinausgeworfen, der anders denkt als er.

Was von Arbeitsnachweis heute in fünf bis sechs Städten vorhanden ist, ist sehr wenig. In den meisten Statuten besteht die Bedingung, daß während eines Streiks die Arbeitsvermittlung fortgesetzt wird. Das ist unter allen Umständen parteiisch gegen die Arbeiter. Der Arbeitsnachweis muß dem Arbeiter gehören, den Arbeitgeber geht er nichts an, (Lachen rechts) denn der Arbeiter ist es, der seine Arbeitskraft verlorst. Was ist denn großes geboten mit dem bischen Arbeiterversicherung, mit der Unfall- und Invalidenversicherung, zu welchen der Arbeiter den größten Theil beitragen muß von seinem minimalen Arbeitsverdienst. Mit Ausnahme der Krankenversicherung hat der Arbeiter absolut keine Vertretung. Da wollen Sie noch von einem Vortheil der Arbeiter sprechen? Die Vertreter des Christenthums müßten doch einsehen, daß diese Sozialreform gar nichts bedeutet. Mein Kollege Fischer hatte vollkommen recht, wenn er sagte: geben Sie den Arbeitern die Vereinigungsfreiheit, und Sie können sofort die ganze Sozialreform, diesen ganzen Krimschramm zurückgeben, weil hierdurch die Möglichkeit den Arbeitern gegeben wird, ihre Lebenshaltung zu bessern. Die Versicherungsgesetze schützen zwar den kranken und invaliden Arbeiter; aber daß Krankheit und vorzeitige Invalidität gerade durch übermäßige Ausnutzung der Arbeitskraft hervorgerufen wird, scheinen Sie nicht zu berücksichtigen. Wir aber wollen gerade die Ausbeutung verhindern. Die Gewerkschaften sollen bloß die Gründe zeigen, um die Arbeitseinstellungen zu ermöglichen? Nun weiß ich nicht, ist es Mangel an Erfahrung oder ist es vielleicht böser Wille, daß Herr Müller übersieht, daß diese Organisationen ganz andere Aufgaben haben, als ausschließlich Streiks zu organisieren? Nein, sie wollen die Arbeitskraft vor Ausbeutung schützen, sie wollen dem Arbeiter in jeder Beziehung Schutz gegen den Arbeitgeber gewähren und wollen ihm in der Noth Unterstützung angedeihen lassen. Sie wollen für die weitere Ausbildung der Arbeiter sorgen. 37 Gewerkschaften haben 2 200 000 M. allein für Unterhaltungen ausgegeben. Dazu kommen nun noch die Hirsch-Duncker'schen Gewerksvereine, die gleichfalls eine große Summe jährlich für Unterhaltungen ausgeben. Das scheint Herrn Müller nicht bekannt zu sein. Und dazu kommen dann noch die gewaltigen Ausgaben alljährlich für Bildungs-zwecke, für Beschaffung von Fachzeitschriften und Bibliotheken. Diese enorme Summe wird von Arbeitern angebracht, die wöchentlich 10, 12, 15 oder höchstens 20 M. Lohn haben. Sie bringen diese Beiträge auf, um ihren nothleidenden Kollegen zu dienen. Sie verfolgen damit weiter keine Absicht. Allerdings hat Herr Pieber erklärt, daß eine barmherzige Schwester mehr leistet als alle sozialdemokratischen Arbeiter: Die barmherzige Schwester übt ihren Dienst aus in der Erwartung, einen Lohn im Himmel zu bekommen, aber die Gewerksvereine thun dies alles, ohne einen Lohn dafür zu erhalten. Die Haltung des Zentrums in dieser Frage soll doch wohl nur seine Stellung in der Umstrukturierung in den Hintergrund drängen.

Im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier waren die Arbeiter bemüht, eine Organisation zu schaffen, um der Ausbeutung durch die Kohlenbarone entgegenzutreten. Als diese sich entwickelte, da wurde ein christlicher Arbeiterverein gegründet, aus welchem die Sozialdemokraten ausgeschlossen waren. Wenn den evangelischen Arbeitervereinen es ernst war mit den Arbeitern, wie konnten sie dann den sozialdemokratischen Arbeiterverband vernichten oder wenigstens ihm das Wasser abgraben wollen? Sie suchen den Zwist sogar unter die Bergarbeiter zu tragen und haben es dahin gebracht, daß diese, die doch in den Gruben den gemeinsamen Gefahren ausgesetzt sind, sich gegenseitig bekämpfen. In gleicher Weise haben diese Herren mit Unterstützung der Staats- und Polizeigewalt die Bildung einer Organisation der Steinarbeiter am Rhein durch Bildung einer Organisation verhindert. Gerade um zu verhindern, daß die Leute in bessere Verhältnisse kommen, gründen sie Gegenorganisationen.

Ich erkläre aufs neue: Wird der Antrag abgelehnt, so sagen wir: das sind die Herren, die immer das Interesse der Arbeiter im Munde führen und wollen doch nicht einmal ihnen die Möglichkeit zu einer Organisation geben. Wird er angenommen, so werden wir die Organisation weiter führen. Man hat es neuerdings mit der Umstrukturierung versucht; diese aber wird uns eine ganz enorme Zahl von Anhängern zuführen.

Mit der Meinung, daß die Vorgänge innerhalb der gewerkschaftlichen und der politischen Arbeiterbewegung schließlich zu einer Auflösung oder Sprengung der sozialdemokratischen Partei führen würden, sind Sie vollständig auf dem Holzwege. Ueberlassen Sie es uns Sozialdemokraten, unsere inneren Parteiverhältnisse selber zu ordnen. Wenn Sie glauben, daß diese Auseinandersetzungen über diesen oder jenen Punkt, die wir frei und offen, nicht hinter geschlossenen Thüren haben, geeignet sind, die Partei in ihrer Geschlossenheit zu erschüttern, so täuschen Sie sich ganz entschieden. Ich erkläre hiermit, daß es in der deutschen Arbeiterschaft einen prinzipiellen Gegensatz absolut nicht giebt, sondern daß nur über taktische Maßnahmen Meinungsverschiedenheiten bestehen. Alle Ihre gesetzgeberischen Schritte werden der Sozialdemokratie keinen Abbruch thun. Wollen Sie dazu einen wirklich ernsthaften Versuch machen, so heben Sie die Polizeigewalt auf und verhindern Polizei und Gendarmen, mit Säbeln und Pistolen auf die Arbeiter einzuhauen, in die Arbeiterangelegenheiten ihre Nase hineinzustechen, Versammlungen aufzulösen, deren Tagesordnung sie nicht einmal verstehen, mit einem Wort: beseitigen Sie gesehlich das absolute Polizei- und Gendarmen-Regiment. Geben Sie den Arbeitern Einfluß auf die Gesetzgebung im Reich und in den Bundesstaaten und auf die Kommunalverwaltung. Beseitigen Sie das Dreiklassen-Wahlrecht, demokratisieren Sie das ganze Staatsleben. So lange Sie dies nicht thun, wird die Sozialdemokratie stetig wachsen. Die Zukunft gehört uns unter allen Umständen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Darauf wird ein Schlußantrag angenommen.
Es folgen persönliche Bemerkungen der Abgg. v. Kardorff und Müller. Abg. Schall (nl.) bedauert, durch den Schluß der Debatte verhindert zu sein, als Vertreter der christlichen Kirche auf die Angriffe des Abg. Legien gegen dieselbe zu antworten.

Damit ist der Gegenstand erledigt. Es folgen Wahlprüfungen. Die Wahl des Abg. Garm (2. Düsseldorf) wird für gültig erklärt. Die Wahlen der Abgg. Richter (B. Niederrhein) und Casselmann (2. Sachsen-Weimar) werden für ungültig erklärt, da den Gewählten nach der

Präsident in der Wahlprüfungs-Kommission die absolute Mehrheit nicht verblieben ist.

Die Wahl des Abg. Meiß (L. Düsseldorf - Penney - Mettmann) ist von der Kommission einstimmig für ungültig erklärt worden, weil eine anderweitige Abgrenzung des Wahlkreises einseitig ohne Gesetz vorgenommen worden ist. Aus demselben Grunde hat die Kommission die Wahl des Abg. Greiß für Köln für ungültig erklärt; hier liegt ein Antrag vor, die Wahl für gültig zu erklären. Abg. Meiß beantragt, beide Wahlen zusammen zu verhandeln, zieht diesen Antrag aber zurück, nachdem die Abgg. v. Kardorff und Graf Mirbach Widerspruch erhoben haben und beantragt den Fall Greiß vorweg zu verhandeln. Dieser Antrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Rechten abgelehnt.

Es wird zunächst über die Wahl Meiß verhandelt.

Abg. Meiß: Ich beantrage, die Wahl für gültig zu erklären. Dieser Antrag ist kein freiwilliger, sondern nur eine Folge der Ablehnung unseres ersten Antrages. Der Wahlprotest gründet sich darauf, daß die 1893 gesetzlich festgestellte Wahlkreiseinteilung bei dieser Wahl nicht innegehalten, sondern die Gemeinde Somborn von diesem Wahlkreise getrennt und dem Wahlkreise Oberfeld - Wannen zugeteilt worden ist. Außerdem soll die Landgemeinde Ober - Wondfeld gesetzwidrig dem Wahlkreise Mettmann - Penney zugeteilt worden sein. Im ganzen kommen hier nur 779 Wahlberechtigte in Frage, welche zu Unrecht hinzugefügt oder abgezogen worden sind, während es sich im Wahlkreise des Abg. Greiß um 21 900 Stimmen handelt, welche zu Unrecht dem Stadtkreise Köln zugeteilt und vom Wahlkreise Köln abgetrennt wurden. Wenn es nun im letzteren Falle möglich sein soll, den Beschluß der Wahlprüfungs-Kommission zu korrigieren, so muß mit notwendiger Konsequenz auch bei der Wahl des Abgeordneten Meiß entsprechend verfahren werden. Mein Antrag ist nicht aus freiem Entschlusse von mir gekommen, sondern eine logische Folge des Antrages Bachem (Juraß des Abg. Nicker) und auch Herr Nicker wird nichts Unrechtes darin sehen, daß wir verlangen, daß wir gleichmäßig wie alle anderen Parteien behandelt werden. Wäre der Antrag Bachem vorher zur Abstimmung gekommen und hätte das Haus beschlossen, es bleibt bei dem Beschluß der Wahlprüfungs-Kommission, so hätte ich meinen Antrag vielleicht zurückgezogen. Aber in dem einen Falle möglicherweise bei dem Beschluß der Wahlprüfungs-Kommission stehen zu bleiben und einen Sozialdemokraten hinauszuwerfen, um dann umgekehrt den Zentrumsa bgeordneten dazulassen, da können wir nicht mitthun und ich finde es deshalb sehr unbillig, daß die Rechte eine Stellung einnehmen, welche in mir den Verdacht erweckt, daß sie nicht objektiv genug ist, beide Fälle gleichmäßig zu behandeln. Ich habe in der Kommission für die Ungültigkeit der Wahl gestimmt, aber darauf aufmerksam gemacht, daß es eigentlich doch ein Unrecht sei, Wähler und Abgeordnete für ein Verhalten von Behörden büßen zu lassen auf welches sie keinen Einfluß haben und bei dem es sich nicht um eine behördliche Wahlbeeinflussung sondern um eine Unvorsichtigkeit, ein grobes Versehen der Behörden handelt, welches keiner Partei zum Nutzen oder Schaden gereichen sollte. Nehmen Sie meinen Antrag an, dann ist der Antrag Bachem nach meiner Überzeugung auch abgelehnt, es sei denn, daß sie beide Wahlen mit verschiedenen Maße messen wollen. (Beifall links.)

Abg. Bachem: Ich beantrage, daß die Verhältnisse in beiden Fällen analog liegen. Im Falle Greiß sei jeder Dolus ausgeschlossen, Greiß habe auch schon 3 Jahre auf Grund der neuen Einteilung im Abgeordnetenhaus gesessen. Man möge dem Kreise Köln die Unbequemlichkeit einer Neuwahl ersparen.

Abg. Nicker kann diese Gründe nicht gelten lassen und wird in beiden Fällen für Kassierung stimmen.

Nach Probe und Gegenprobe wird die Wahl Meiß für ungültig erklärt. Für Gültigkeit stimmen mit den Sozialdemokraten die Rechte und ein Teil des Zentrums.

Für gültig erklärt das Haus ferner die Wahl des Abg. Baron G. Iapowski (S. Polen), setzt dagegen die Beschlußfassung über die Gültigkeit der Wahl des Abg. Böckel (S. Kassel) aus und beschließt die Aufstellung von Erhebungen über Protestpunkte.

Zur Verabreichung kommt nunmehr die Wahl Greiß (L. Köln).

Abg. Bachem verwendet sich nochmals für die Gültigkeit der Wahl. Nach der Eingemeindung sei die Gemarkung von Köln noch weiter herangedrückt worden. Die Neuwahl würde doch dasselbe Resultat ergeben; wozu also die überflüssige Kassierung? Die Grenzen des alten Köln seien überhaupt für eine anderweitige Wahl gar nicht mehr wiederherzustellen.

Abg. Graf Mirbach wird, wie er für die Gültigkeit der Wahl Meiß gestimmt, mit den Deutschkonservativen auch für die Gültigkeit der Wahl Greiß stimmen. Mit der Sozialdemokratie sich auseinanderzusetzen halte er für überflüssig.

Abg. Meiß (Sog.): Eine solche Proheret, wie die des Grafen Mirbach, ist uns vollständig gleichgültig. Herr Nicker hat von Handelsgeschäften, die gemacht worden seien, gesprochen. Dem gegenüber habe ich zu erklären, daß absolut jeder Zweifel darüber ausgeschlossen werden muß, daß wir an derartigen Handelsgeschäften beteiligt gewesen wären. Wir haben von dem Antrage nichts gewußt, bevor er uns gedruckt vorgelegen hat. Kollege Nicker wird mir zugeben: Wenn sein Verdacht, daß gemogelt worden ist, richtig ist, dann wird nichts mehr dazu beitragen, diese Mogelei zu hintertreiben, als mein Antrag. Zu dem Antrage Bachem kann ich mich sehr kurz fassen: Wir hegen uns vor dem Votum des Hauses.

Präsident v. Levetzow: Der Ausdruck „Proheret“ in Beziehung auf ein Mitglied des Hauses erkläre ich für parlamentarisch unzulässig.

Abg. Meyer: Halle hält ebenfalls die Kassierung für unerlässlich.

Abg. Spahn (Z.) wird für die Kassierung der Wahl Greiß stimmen, wie er für die Kassierung der Wahl Meiß gestimmt habe. (Beifall links.)

Abg. Bachem macht geltend, daß bei Kassierung der Wahl die 90 000 Wähler der Vororte gänzlich mundtot gemacht werden und unvertreten bleiben würden.

Abg. v. Kardorff steht nicht auf dem Standpunkte des Grafen Mirbach. Das Zentrum habe seinerzeit die Wahl des Grafen Mettmann (Pinnerberg) für ungültig erklärt, obwohl das dort vorgekommene behördliche Versehen viel geringer war als das in Köln.

Der Antrag Bachem wird abgelehnt, dafür nur die Deutschkonservativen und die Mehrheit des Zentrums. Die Wahl ist für ungültig erklärt.

Für gültig werden die Wahlen der Abgg. v. Wenda (Wandlstedt), G. v. W. (Wend), Rothbarth (H. Hannover) erklärt.

Die Wahl des Abg. Bantleon (Ulm-Geislingen-Geidenheim) ist von der Kommission für ungültig erklärt worden. Abg. v. Marquardsen beantragt die Absehung dieser Wahlprüfung, da das Haus schwach besetzt sei (Lebhafter andauernder Widerspruch des ziemlich stark besetzten Hauses) und neue Anträge eingekommen seien.

Nachdem Abg. Gröber sich gegen die Absehung ausgesprochen, wird der bezügliche Antrag abgelehnt.

Abg. Clemen beantragt die Wahl für gültig zu erklären, event. zu beanstanden.

Abg. v. Göttingen: Der Abgeordnete Bantleon würde seine Mehrheit behalten, wenn nicht die Kommission die Verhaftung zweier sozialdemokratischer Stimmzettel-Verteiler wegen Landstreicherei für einen erheblichen Verlust gegen die Wahlfreiheit mit 6 gegen 8 Stimmen erachtet hätte. Ich halte nach gründlichem Studium der Akten diese Verhaftung für gerechtfertigt und für einflußlos auf die Beurteilung des Wahlergebnisses.

Abg. Brandenburg (Z.) tritt den juristischen Ausführungen

des Vorredners entgegen. Die Verhaftung durch die Gendarmerie habe die beiden Handwerksburschen in einem Moment betroffen, wo sie Quartier in der Herberge hatten und als Stimmzettel-Verteiler beschäftigt waren; sie sei also ungeschädigt gewesen. Der Gewährte sei nur mit 8 Stimmen Mehrheit gewählt worden.

Abg. Vassermann empfiehlt die Anträge Clemen und weist namentlich darauf hin, daß auch in Falle einer Neuwahl der Kampf zwischen Volkspartei und Nationalliberalen ausgefochten werden würde, während die Sozialdemokraten kaum einige Agitation entfalten hätten.

Abg. Meiß (Sog.): In diesem Wahlkreise wird der Wahlkampf hauptsächlich zwischen der Volkspartei und den Nationalliberalen ausgefochten; wir Sozialdemokraten sind also weniger daran beteiligt. Meine Partei wird für den Beschluß der Wahlprüfungs-Kommission stimmen. Es ist nicht richtig, daß die beiden Handwerksburschen in dem Moment, wo sie verhaftet wurden, noch Landstreicher waren; sie waren in diesem Moment beschäftigt. Es war ihnen eine Entschädigung von 2-3 M. in Aussicht gestellt und das legt den Handwerksburschen in die Lage, mit den Meistergehilfen u. s. w. 8-14 Tage sich über Wasser zu halten, um sich Arbeit zu suchen. Wenn man weiter sagt, daß es sich um gewohnheitsmäßige Landstreicher handelt und das damit beweisen will, daß der eine 5, der andere sogar 7 Wochen keine Arbeit gehabt hat, so ist das für die Kenntnis der Zustände in unseren Arbeiterkreisen ein sehr geringes Zeugnis. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ist Ihnen nicht bekannt, daß tausende, zehn- und hunderttausende Arbeiter nehmen würden, wenn sie sie nur bekommen könnten, daß sie trotz aller Bemühungen noch Arbeit wochen- und monatelang arbeits- und verdienstlos sind. Es sind ordentliche Arbeiter gewesen, wie man sie nur irgend findet. Wenn man ihnen den Vorwurf macht, daß sie wegen Bettelns mit einem Tag Haft bestraft sind, so ist es nur ein reiner Zirkel, wenn ich mich Ihnen nicht auch als Einer vorstellen kann, der schon wegen Bettelns bestraft worden ist. Wer jemals sein Mangel als Handwerksbursche durch die Welt getragen hat, der wird mir das bestätigen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es sei denn, daß er vorsichtig in der Wahl seines Vaters gewesen ist. Arbeitslose sind alle Tage in der Gegend, wegen Bettelns ins Gefängnis gesteckt zu werden. Wenn Herr von Göttingen sagt, daß jene Leute auf Staatskosten im Arrest säßen, so möchte ich dem Abgeordneten nur wünschen, daß er einmal acht Tage in Arrest sitzen müßte. Die beiden verhafteten Handwerksburschen Hader und Neubauer als notorisch bestrafte Landstreicher hinzustellen, ist eine grobe und ungerechtfertigte Verdächtigung der beiden Leute. Gestraft sind sie erst, als die Geislingische Polizei das Bedürfnis hatte, ihnen etwas am Zenge zu flicken. Wenn Kollege Vassermann aus dem Kommissionsbericht zitieren wollte, so hätte es auch nicht geschadet, darauf aufmerksam zu machen, daß der Kommerzienrath Daegele in der Ansprache an seine Arbeiter eine Verminderung der Arbeitszeit in Aussicht stellte, falls der neue Reichstag die Militärvorlage ablehnt und daß er jeden Sozialdemokraten für seinen persönlichen Feind erklärte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Schöning (H.) warnt davor, aus dem Grunde der Verhaftung die Ungültigkeit abzuleiten, denn man würde schließlich in jedem Wahlkreise nur noch derartige zweifelhafte Personen als Zettelvertheiler annehmen, um einen Anfechtungsgrund zu gewinnen.

Abg. Payer (Volksp.): Dieser Grund wäre doch allzu subtil. Der Eventualantrag Clemen, die Wahl zu beanstanden und weitere Erhebungen durch Vermittelung der württembergischen Regierung darüber zu veranlassen, ob die Verhaftung ungeschädlich war und dadurch die Abgabe sozialdemokratischer Stimmzettel unmöglich gemacht wurde, ist nach der bisherigen Erörterung ganz überflüssig. Wir wissen doch alle, daß die Verhaftung nicht erfolgt ist, um das Königreich von zwei Landstreichern zu befreien, sondern um der Opposition bei der Wahl in den Arm zu fallen. Weder geht dann noch auf die Ansprache des Direktors der Württembergischen Metallwarenfabrik in Geislingen ein, die sich als eine so grobe Beeinflussung seiner Arbeiter charakterisire, daß der Reichstag allein schon aus diesem Grunde die Wahl kassiren müßte.

Abg. Gröber: Nicht das arbeitslose Umherziehen, sondern das arbeitslose Umhergehen ist Landstreicherei. (Zustimmung.) Die hier getroffene Entscheidung der Behörden ist wirklich eine recht sonderbare. Die Aussagen der beteiligten Polizeibeamten lassen kaum einen Zweifel darüber, daß es sich nur darum gehandelt hat, sozialdemokratische Zettelvertheiler unschädlich zu machen.

Nachdem noch der Abg. Enneccerus in mehrmaliger Rede und Gegenrede mit dem Abg. Gröber die Nothwendigkeit weiterer Erhebungen verfochten hat, wird in der Abstimmung der Antrag Clemen abgelehnt und die Wahl Bantleon für ungültig erklärt.

Für gültig erachtet das Haus ferner die Wahlen der Abg. Lüttich (Schwarzburg-Rudolstadt), v. Puttamer-Plauth (Marienburg-Elbing) und v. Schöning (Pyritz-Saahig). Schluß nach 6 Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 2 Uhr. (Interpellation Stumm betr. Schiffungslück, kleinere Vorlagen.)

Parlamentarisches.

Minenschiffahrt-Kommission. Getreu dem in voriger Sitzung festgelegten Prinzip wurden in gestriger Sitzung aus den sämtlichen zur Veratung gelangten Paragraphen (38-59) die „Ortsgebräuche“ ausgemerzt und „örtliche Verordnungen“ durch „Verordnungen der Landes-Zentralbehörden“ ersetzt. Bei der letzten diesbezüglichen Abstimmung im § 56 fiel es dem Abg. Dahn ein, daß die „Ortsgebräuche“ doch wohl in vielen Fällen beibehalten werden könnten und behielt er sich vor, zur zweiten Lesung dementsprechende Anträge einzubringen.

Der Abg. Meißer hielt den bereits in voriger Sitzung eingenommenen Standpunkt aufrecht auch diese „besondere Vereinbarung“ zu streichen, da von einer „freien Vereinbarung“ zwischen dem wirtschaftlich schwachen Kleinrentner und dem wirtschaftlich starken Großrentner nicht die Rede sein könne, doch entschied sich die Kommission mit allen gegen seine Stimme (G. v. S. und K. v. S.) waren am Erscheinen verhindert) für die Beibehaltung dieser Bestimmungen.

Zu § 42 beantragte Abg. Freiherr v. S. a. u. g. den Schlusssatz zu streichen, welcher den Schiffer verpflichtet, auch an Sonn- und Feiertagen Güter zu übernehmen, wenn den Umständen nach die Uebernahme einen Aufschub oder eine Unterbrechung nicht gestattet, welchen Antrag Meißer unterstützte und befürwortete, doch fiel derselbe mit 7 gegen 6 Stimmen, worauf der Antrag von Dr. Dahn angenommen wurde, daß es statt „den Umständen nach“ heißen soll „in Nothfällen“.

In § 43, nach welchem der Schiffer statt der vertragsmäßigen andere, von demselben Abnehmer nach dem Ablieferungsort ihm angebotene Güter annehmen muß, wenn seine Lage dadurch nicht erschwert wird, wurde nach langer Diskussion das Wort „erschwert“ durch „verschlechtert“ ersetzt.

Außer einigen anderen weniger bedeutenden Änderungen erfolgte eine wesentliche Änderung des § 59. Nach der Regierungsvorlage kann nämlich der Schiffer wegen Verlust oder Beschädigung des Gutes, welche äußerlich nicht erkennbar waren, noch vier Wochen nach der Ablieferung verantwortlich gemacht werden. Hierzu beantragte Meyer, diesen Passus ohne weiteres zu streichen, da der Schiffer unmöglich für Schäden verantwortlich gemacht werden könne, die sich nach vier Wochen zeigen; die Haftpflicht müsse aufhören, sobald der Schiffer seine Ladung abgeliefert und der Empfänger sie abgenommen habe.

Wie man überhaupt zu einer so langen Fastpflichtigkeit für Minenschiffer gekommen, sei unerfindlich, da für Seeschiffer laut Art. 609 des Handelsgesetzbuches nur eine Zeit von 48 Stunden vorgegeben sei. Nach längerer Debatte und Erörterung mehrerer diesbezüglicher Anträge wurde der Antrag Meyer's auf Streichung mit allen gegen die Stimme des Antragstellers abgelehnt und der Antrag Letocha's auf eine Woche angenommen.

Nach Annahme des ganzen § 59 mit dieser Milderung wurde die Veratung hier wegen Beginn der Plenarsitzung abgebrochen.

Zum Berichterstatter wurde der Abg. P. a. c. bestimmt. Die nächste Sitzung findet am Mittwoch Vormittag 10 Uhr statt.

Die Umsturzkommission setzte gestern ihre Beratungen über den § 112 fort.

In der Diskussion ergreift zunächst das Wort der Abg. Spahn. Derselbe erklärt, daß der Begriff was Staatsordnung sei, trotz aller Auslegungen nach wie vor streitig sei und daß er und seine Freunde deshalb dem § 112 in der Form, wie er in der Regierungsvorlage vorliegt, nicht annehmen können. Weder hat seinen, in der letzten Sitzung angekündigten Antrag jetzt formuliert und lautet derselbe:

Den § 112 Absatz 2 der Vorlage wie folgt zu fassen: Die gleiche Strafe trifft, sofern nicht schwerere Strafvorschriften zutreffen, denjenigen, welcher durch Wort, Schrift, Druck oder Bild einen Angehörigen des aktiven Heeres oder der aktiven Marine zur Widergesetzlichkeit oder Thätlichkeit gegen einen Vorgesetzten oder zur Gehorsamsverweigerung im Falle des Einschreitens der bewaffneten Macht auffordert oder anreizt, oder einem solchen gegenüber das deutsche Heer oder die kaiserliche Marine oder deren Einrichtungen herabwürdigt, um sie verächtlich zu machen.

Schwarze (Z.) polemisiert gegen die religiösen Zustände in der Armee. Die jungen Leute kommen als gute Christen in die Armee und als schlechte Christen wieder heraus. Man sehe während der Gottesdienstzeit militärische Übungen an.

Der Staatssekretär v. N. e. b. e. r. g. erklärt, daß er noch nicht in der Lage sei, über den Antrag Spahn ein abschließendes Urtheil abzugeben. Er wolle deshalb nur einige Bemerkungen zu demselben machen. Nach der Auffassung des Herrn Staatssekretärs weise der formulierte Antrag zwar einige Verbesserungen gegenüber der erst mündlich vorgetragenen Form auf, insofern einige von den Regierungsvertretern geltend gemachte Bedenken berücksichtigt wurden, aber eine ganze Reihe von Bedenken der Regierung berücksichtige der Antrag nicht. Die Regierung wolle Gefahren für das Staatswohl, die in der Zukunft liegen, vorbeugen, der Antrag Spahn beschränke sich aber auf konkrete Fälle. Auf den Boden, mit welcher Spahn seine Kritik gegen die Regierungsvorlage einsehe, könne die Regierung nicht folgen.

Umsturz und Staatsordnung sind eben Begriffe die sich nicht definiren lassen. Die Gerichte werden aber so viel gelunden Menschenverstand haben um das Richtige zu treffen. Mit den Voraussetzungen des Zentrumsantrags stürzt man den Antrag der Vorlage um.

Der § 112 soll wesentlich präventiver Art sein. Man denke an den Ausbruch eines Krieges mit einer auswärtigen Macht, deren Regierung einem weitgehenden Radikalismus huldigt. Wie dann, wenn in diesem Falle die bestehenden internationalen Verbrüderungen den Versuch machen, die Hilfsquellen, auf welche die Armee angewiesen ist, zu vernichten?

Welche Mittel bietet die bestehende Gesetzgebung gegen eine solche Eventualität?

Wenn es gelänge, den Telegraphendienst zu stören oder die Stammtrollen zu vernichten, wie will man das hintertreiben?

Man solle bedenken, daß in der Verwaltung der Staatsbetriebe große Massen beschäftigt werden, bei denen es den staatsgefährlichen Elementen nicht schwer wird, an sie heranzukommen.

Nedner fragt, ob das etwa Phantasien oder Ungeheuerlichkeiten seien, was er da vortrage. Er beruft sich auf den Abgeordneten Lenzmann, der es leugnet als seine feste Ueberzeugung auszusprechen, daß wir am Vorabend einer Revolution stehen. Lenzmann stehe aber mitten im Volke, er kenne die Stimmung dort und dadurch gewinne sein Urtheil an Bedeutung.

Die Regierung will vorgehen. Getroffen sollen nicht die Verführten, sondern die Verführer werden. Nicht die Sozialdemokratie als solche, sondern deren Auswüchse will man treffen.

Die Möglichkeit, daß die Rechtsprechung auf Grund des Gesetzes der gemeinen Freiheit gefährlich werde, sei die kleinere Gefahr gegenüber dem Anwachsen der Umstürzenden. Im Gesetze von „anarchistischen“ Bestrebungen zu reden, lehnt Nedner ab, da auch andere Bestrebungen gleich gefährlich sind.

Geheimrath Seide n. s. p. n. e. r. erwirbt dem Abgeordneten Schwarze, daß die Militärverwaltung nichts versäume um die Soldaten in der Gottesfurcht zu erziehen.

W. e. l. konstatiert zunächst, daß es im letzteren Punkte doch hier und da hapere. Erst in den letzten Tagen sei ihm eine Mittheilung geworden, wo Unteroffiziere die Soldaten an Sonntagen bis 5 Uhr nachmittags auf den Zimmern geduldet haben.

Nedner ist erstaunt über die ungeheuerliche Art, zu der sich Männer von gesundem Verstand und hohem juristischem Wissen verhalten, bloß um den Paragraphen durchzubrühen. Wenn Herr Enneccerus zu diesem Mittel greife, so möge das noch angehen, ein nationalliberaler Professor bringe ja vieles, wenn nicht alles fertig. Aber daß auch die Regierungsvertreter in dieses Horn blasen, sei doch stark.

Was soll man zu der Schwarzmalerei des Herrn Staatssekretärs v. N. e. b. e. r. g. sagen? Wenn der Herr erklärt, nur die Auswüchse der Sozialdemokratie sollen getroffen werden, so verspricht er, daß bei der Polizei und den Gerichten die gesamte Sozialdemokratie als „Auswuchs“ gelte.

Nedner polemisiert gegen die Ausführungen der Herren Generalleutnant Spitz und N. e. b. e. r. g.

Nach diesen Reden hat der § 112 nicht nur eine nationale, sondern auch eine internationale Bedeutung. Wenn der i. n. t. e. r. n. a. t. i. o. n. a. l. e Charakter eine Sache schon so gefährlich mache, dann sei die katholische Kirche die gefährlichste Organisation der Welt. Während dem Kulturkampf sei sie auch dementsprechend behandelt worden, und der Rektor der Berliner Universität, Professor Pfeifferer, scheine ja dieser Ansicht heute noch zu sein.

Wenn aus unserer internationalen Gesinnung hergeleitet werde, daß wir in einem Kriege die Sache des Feindes zur unseren machen könnten, so müssen wir gegen eine solche Unterstellung mit aller Entschiedenheit protestiren.

Die Sozialdemokratie verabsieht den Krieg an sich. Für das größte Unglück würden wir es aber gerade für die Sache der kassierten Arbeiter halten, wenn Deutschland in einem Kriege von Osten und Westen angegriffen, unterliegen sollte und gerüstet würde. Alle Kultur-Entwicklung würde unter einer solchen Eventualität leiden, da die dadurch gefährdete nationale Bewegung alles andere zurückdrängen würde. Die Sozialdemokratie würde deshalb den letzten Mann daran setzen, um eine solche Möglichkeit fern zu halten.

Nedner weist darauf hin, daß dieser Standpunkt unserer Partei von ihm und anderen Genossen schon wiederholt, auch im Plenum, dargelegt worden sei. Wir sind weder von Ausland noch von Frankreich enttäuscht. Speziell haben wir mit dem französischen Radikalismus nichts zu thun, der im Gros seiner Anhänger genau so chauvinistisch ist, wie die deutschen Nationalliberalen. Daran aber, daß unsere Genossen in Frankreich in absehbarer Zeit zu einem maßgebenden Einfluß gelangen werden, sei leider nicht zu denken. Uebrigens ist die Geisenschererei der Regierung und der mit ihr verbundenen Parteien sehr unlogisch. Wenn es uns wirklich darauf anläge, uns nach den Gehehren zu

drängen, um dann loszuschlagen, müßten wir unsere Leute ja gerade in die Kasernen schieben, und doch macht man uns den Vorwurf, daß wir Rekruten und Soldaten von der Kaserne abspenstig machen wollen.

Nedner fragt, was denn passiert sei, daß die jetzt zur Schau gestellte Angst rechtfertigt. Da hatte Graf Caprivi doch mehr Vertrauen in die Disziplin der Armee. Derselbe habe außerdem konstatiert, daß die Sozialdemokraten in der Regel tüchtige Soldaten seien.

Wäre die Angst der Regierung begründet, dann bliebe kein anderes Mittel, als die Sozialdemokraten sammt und sonders todzuschlagen. Der § 112 würde dann nicht mehr helfen. In der Reserve, Landwehr und dem Landsturm zählen die Sozialdemokraten nach hunderttausenden. Hat die Regierung mit ihrer Gespensstermalerei recht, dann hat die deutsche Armee überhaupt aufgehört, schlagfertig zu sein.

Dasselbe ist in den Militär-Werksstätten und Werften der Fall. In Kiel, Spandau und anderen Staats- und Militär-Betrieben befinden sich tausende von Sozialdemokraten. Ein Wechsel würde nichts helfen, denn man würde nur Sozialdemokraten wieder bekommen. Ist also die zur Schau gestellte Angst und Befürchtung begründet, dann ist das Reich schon verloren, mit und ohne § 112.

Der Vorschlag der Regierung kommt um mindestens 25 Jahre zu spät. Heute steht der Vagabund Sozialdemokrat der Gesellschaft schon so tief im Leibe, daß seine Entfernung eine Operation wäre, die mit dem Tode enden müßte.

Uebrigens sind die geschilderten Gefahren rein imaginär. Vor einem Flugblatt gesteht die Armee noch nicht.

Fürchtet man aber die Unzufriedenheit in der Armee, so beuge man ihr vor dadurch, daß man die Soldaten menschlich behandle.

Gabe man aber Angst vor den Arbeitern, so gebe man denselben Bewegungsfreiheit und Organisationsfreiheit. Je besser die Arbeiter organisiert sind, desto mehr schwindet die Gefahr von Putschisten. Wer das nicht zugiebt, kennt die Verhältnisse nicht und redet von denselben, wie der Blinde von der Farbe.

Generallieutenant von Spitz: Bei den Sozialdemokraten ist die Vaterlandsliebe, wenn nicht ausgeschossen, so doch immer mehr im Verschwinden. Ob Bebel's Ausführungen von den 100 000 Anhängern getheilt werden, sei eine andere Frage. Der sozialdemokratische Staat wäre der Zwangsstaat. Das hochinteressante Buch von Eugen Richter habe recht: es lohnt sich dann nicht mehr zu leben. Die Anhänger der Sozialdemokratie wollen nur an die Stelle der Besitzenden treten.

Graf von Roon: Die Sozialdemokratie, soweit sie eine revolutionäre Partei ist, ist ein Auswuchs, der mit allen Mitteln beseitigt werden muß. Die Blutvergiftung unseres Staatskörpers muß beseitigt werden, indem die sog. Laster'sche Geseßgebung aus der Welt geschafft wird. Vorher brauchen wir aber Schutzwälle und ein solcher sei die Verlage und speziell der § 112. Nedner wünscht das Wort „gewaltthätig“ vor Umsturz zu beseitigen. Es genüge, wenn gesagt werde Umsturz.

Mintzen: Wenn im bisherigen § 112 das Strafmaß zu niedrig sei, so lasse sich darüber reden. Fleiderer's Aeußerung sei im höchsten Grade friedensgefährdend. Die Sozialdemokraten wollen die Unzufriedenheit fördern. Die Anarchisten sind aus der Sozialdemokratie hervorgegangen und können diese Massen von ihr nicht mehr gebändigt werden. Nedner verlangt freieste Bewegung für die Kirche, daß sie das beste Bollwerk gegen den Umsturz. Kann die Regierung noch neues Material herbringen, wonach weitere gesetzliche Maßnahmen notwendig erscheinen, so hat das Zentrum das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Generalsauditeur Jettensbach: Die Regierung will vorbeugen und es sei deshalb nicht angebracht, von neuen konkreten Thatfachen die Zustimmung zu weitergehenden Maßregeln abhängig zu machen.

In dem vorliegenden „sekreten“ Material konstatiert Nedner, daß dasselbe zum Theil von notorischen Epigeln herrühre.

Staatssekretär Nieberding will keinen Gegensatz zwischen der jetzigen Regierung und dem Grafen Caprivi gedenken. Auch Caprivi habe den § 112 für notwendig erachtet. Daß die aus sozialdemokratischen Familien stammenden Rekruten meist tüchtige Soldaten geben, werde auch heute noch anerkannt.

Was die Möglichkeit von zukünftigen Gefahren betrifft, so erinnert Nedner an die Pariser Kommune, an die ein Jahr vorher auch niemand gedacht habe. Revolutionen seien nur gefährlich, wenn sie überraschen.

Der Vorlage werde eine Auslegung gegeben, die weit über das mit ihr gewollte hinaus schreie. Man beantrage dadurch, sehr mit Unrecht, die öffentliche Meinung.

Hammerstein und Genossen haben inzwischen Anträge eingebracht, wonach für den Fall der Ablehnung des Absatzes II in der Regierungsvorlage bestraft werden soll, wer Soldaten zum Widerstand gegen die Mannszucht verleitet.

Hierauf wird die Generaldiskussion über den § 112 geschlossen. Abstimmung erfolgt später.

Die nächste Sitzung soll Mittwoch, 13. Februar, vormittags 10 Uhr, stattfinden.

Die Wahlprüfungskommission hat gestern beschlossen, die Wahl des Abgeordneten Will (Köln I) für gültig zu erklären. Die Wahl ist von freisinniger Seite angefochten und wird im Plenum wohl noch scharf um sie gestritten werden.

In der Budgetkommission des Reichstags wurde gestern die Beratung des Extraordinariums des Militäretats fortgesetzt. Zum Neubau von Magazinbauten in Langfuhr sind als erste Rate für Grundmiete 45 000 M. angesetzt. Die Forderung wurde abgelehnt. Für Ausrüstung einer Feldbäckerei-Kolonie mit fahrbaren Bäcköfen geforderten 170 000 M. wurden auf 150 000 M. reduziert. Zum Neubau des Velleidungsamts für das Gardeforps in Berlin ist für den Entwurf eine Forderung von 5000 M. eingestellt. Die Position wurde einstweilen zurückgestellt, da seitens der Kommission morgen erst eine lokale Beschäftigung erfolgen soll. Hierauf wurde in Anknüpfung an ein seitens der Regierung überreichtes Verzeichnis der zu verkaufenden Grundstücke ein Antrag Richter diskutiert, die Ausgabebeträge für Erschließungsarbeiten, soweit sie demnachst Deckung finden, und die Veräußerung solcher Grundstücke, die durch die Erschließungsarbeiten entbehrlich werden, vorschauweise bis zur eintretenden Deckung aus dem Reichs-Invalidentfonds zu bestreiten. Nach langer Debatte, in der sich die Regierungsvertreter, sowie die Abgg. Dr. Hammerstein (nll.), v. Güttingen (Rp.) und v. Leipziger (Bl.) gegen den Antrag erklärten, zieht Abg. Richter den Antrag zurück. Abg. Müller-Fulda (B.) beantragte darauf, die nach den vorgelegten Nachweisungen zu erwartenden Einnahmen aus Grundstücksverkäufen, etwa 17 1/2 Millionen, auf 7 Jahre zu verteilen und demgemäß die Einnahmen in den entsprechenden Kapiteln um etwa 4 1/2 Millionen zu erhöhen. Dieser Antrag wurde schließlich abgelehnt. — Morgen werden die Beratungen fortgesetzt.

Lokales.

Von dem Pflichtbewußtsein künftiger deutscher Offiziere. Die am Sonnabend, den 2. Februar, nach bestandener Prüfung in die Heimath beurlaubten Kadetten, deren Einstellung als Fähnriche in der nächsten Zeit erfolgen sollte, sind am Sonntag, den 3. Februar, durch persönliches Eingreifen des Kaisers telegraphisch zurückberufen worden, um noch einmal das Examen abzulegen.

Es hatte sich herausgestellt, daß die Examinanden trotz strengster Klausur die Arbeiten in unerlaubter Weise hatten abschreiben und alle möglichen Hilfsmittel hatten benutzen können.

Der Fall lag so schwer, daß der Kommandeur der Infanterie eingehenden Bericht an den Inspektor des Erziehungs- und Unterrichtswesens, General v. Repler, erstattete, und dieser seinerseits hat dem Kaiser über die begangenen Unredlichkeiten Vortrag gehalten. Der Kaiser war außerordentlich entrüstet über die Vorkommnisse, und die strengsten Maßnahmen wurden auch gegen die Offiziere befohlen, die die Aufsicht geführt hatten. Die telegraphische Zurückberufung erfolgte auf eigenste Entscheidung des Kaisers.

So steht es zum Theil mit dem Pflichtbewußtsein und dem Bildungstrieb derjenigen Kategorie der Edelken und Besten aus, die heute zwar noch halb im lieblichen Unschuldsalter steht, die aber binnen einer kurzen Zeitperiode berufen ist, den als Rekruten zur Armee einberufenen Arbeitern vor allem auch als sittliches Vorbild zu dienen. O Umsturz, wo wählst du nicht überall!

Vielleicht haben einige unserer Leser Interesse an folgender Nachricht, die wir der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom Freitag Abend entnehmen: Seine Majestät der Kaiser und Königin werden heute Abend in der militärischen Gesellschaft — in der Kriegsakademie — einen Vortrag über: „Die Nothwendigkeit des Zusammenwirkens von Heer und Flotte mit Berücksichtigung des chinesisch-japanischen Krieges“ halten, zu welchem eine größere Anzahl aktiver Offiziere der Armee und der Marine befohlen worden ist.

Wie man sich ohne verschärftes Vereinsgesetz behandelt. In Schöneberg, wie in manchen anderen Berliner Vororten besteht die famose Einrichtung, daß Versammlungen in diversen Lokalen nur bis 10 Uhr abends tags dürfen. Grund: Der Wirth erhält nur bis zu dieser Stunde Konzeßion. Es macht nichts aus, ob der Einberufener einer Versammlung erklärt, er habe das Lokal vom Wirth gemietet, und daß der Wirth versichert, er werde nach 10 Uhr keine Getränke mehr verzapfen; die Versammlung wird kraft polizeilicher Gewalt aufgelöst und damit punktum. Ein besonders drastischer Fall dieser Art ist am Donnerstag Abend passiert. Unser Parteigenosse Gust. Däumig hatte, um den meisteis erst spät aus ihren Geschäftsstellen heimkehrenden Hausdienern u. s. w. Gelegenheit zu einer Aussprache über ihre Lage zu geben, zu diesem Abend 11 Uhr eine Versammlung angemeldet und auch über die erfolgte Anmeldung die übliche Bescheinigung erhalten. Bei dem Wirth Rehner, Grunewaldstraße Nr. 110, mietete unser Parteigenosse einen Versammlungsraum für die Zeitdauer der Versammlung und zahlte dafür den laut Mietvertrag vereinbarten Preis von 10 Mark. Um 10 1/4 Uhr erschien der Polizeinspektor des Dorfes bei dem Wirth und fragte ihn, was er denn habe, es solle doch bei ihm spät eine Versammlung stattfinden und er habe doch nur bis 10 Uhr Konzeßion. Der Wirth erwiderte natürlich der Wahrheit gemäß, daß ihn in diesem Fall die Sache gar nichts angehe. Däumig habe die Mäulichkeit kontraktlich für seine Zwecke gemietet und was der Wirth in seinem Lokale mache, das künne ihn, den Wirth, nicht. Der Beamte ging darauf zu Däumig und — verbot ihm einfach die Abhaltung der Versammlung. Däumig machte dem Manne Vorhaltungen, daß er sich in seinen eigenen Mäulichkeiten befinde und daß, wie die vorliegende Bescheinigung ergebe, die von ihm einberufene Versammlung ordnungsgemäß angemeldet sei — alle Einwendungen blieben dem Beamten gleichgültig. Es erfolgte die kurze Antwort, daß er die Versammlung verbiete, und die Aufforderung an Däumig, sich aus seinen eigenen Mäulichkeiten zu entfernen! Komme er dieser Aufforderung nicht nach, so werde Sanktus herbeigeschafft, um die Versammlung gewaltsam auseinander zu bringen. Es versteht sich von selber, daß Däumig erklärte, es rübe auf die Anwendung von Gewalt ankommen zu lassen und ebenso selbstverständlich ist es im Polizeistaat Preußen, daß in wenigen Minuten fünf Gendarmen und zwei Polizeibeamte unter Anführung des Polizeinspektors auf dem Plan erschienen. „Ich fordere Sie zum ersten Male auf, das Lokal zu verlassen; ich fordere Sie zum zweiten Male“ — man kennt diese liebliche, echt preussische Formel. Wollte Däumig sich nicht in seinem Mietraum verschiedener Vergehen gegen verschiedene Strafgesetze-graphen schuldig machen, so mußte er sich der Aufforderung des Polizeibeamten fügen. Natürlich wird Däumig diesem Mann gegenüber auf dem Zivilwege sein Recht suchen, aber was hilft das alles? Vorläufig ist der eigentliche Zweck, die Wahrnehmung des „gesetzlich garantierten Vereinsrechts“ vereitelt und damit basta! Liebliche Ausflüchte eröffnen sich da, nachdem der auf Grund des „elendesten aller Wahlsysteme“ erhaltene preussische Landtag das Vereinsgesetz glücklich verschärft haben wird.

Der Besuch der städtischen höheren Schulen (Gymnasien, Realgymnasien, Ober-Realschulen) geht seit längerer Zeit zurück. Der Rückgang hat auch im Jahre 1894 angehalten. Die Besuchsziffer war in dem Zeitraum April bis Dezember 1894 (bezw. zur Vergleichung 1890) durchschnittlich:

Klassen I-VI	Vorschulklassen	Ganze Anstalten
1894 (1890)	1894 (1890)	1894 (1890)
Gymnasien 5088 (5619)	1589 (1557)	6625 (7176)
Realgymnasien 3693 (3973)	1136 (1241)	5069 (5214)
Ober-Realschulen 1088 (1092)	151 (155)	1209 (1167)
Summa 10077 (10624)	2826 (2963)	12903 (13577)

Nur bei den Ober-Realschulen hat eine kleine Zunahme stattgefunden; sie ist aber ohne nennenswerthen Einfluß auf den Rückgang der Gesamtfrequenz der höheren Schulen. Ursachen des Rückgangs können sein: Der dauernde Rückgang der Geburtenziffer, die fortschreitende Vermehrung der Bürgerschulen und die auch für das Kleinbürgerthum immer mehr zunehmende Schwierigkeit, einen oder mehrere Jungen auf der höheren Schule zu erhalten. Der Einfluß der Geburtenziffer ist daran zu erkennen, daß in den obersten drei Klassen, deren Schüler in Berlin ein Durchschnittsalter von rund 17, 18 und 19 Jahren haben, thatsächlich nicht ab-, sondern noch zugenommen hat. Die Geburtenziffer stieg nicht nur in Berlin, sondern in ganz Deutschland Anfang der 70er Jahre sehr rasch und erreichte 1876 ihr Maximum. 1877 begann dann ein Absinken, das mit geringen Schwankungen bis in die Gegenwart andauernd hat. Diejenigen Schüler aber, welche 1894 17—19 Jahre alt waren, sind in der Mehrzahl noch vor 1877 geboren. Die Nachwirkung der Geburten-Hochfluth von 1875 und 1876 zeigt sich in der Zunahme der Frequenz der obersten drei Klassen von 1890—94 um noch 27 pCt. Dagegen hat die Frequenz der mittleren drei Klassen in demselben Zeitraum um 5 1/4, die der untersten drei Klassen gar um 12 1/4, die der Vorschulklassen um 4 1/4 pCt. abgenommen. Daß die Frequenz der Vorschulklassen nicht so stark abgenommen hat, wie die der unteren und mittleren Klassen, bleibt dabei auffällig. Wenn die Behauptung, daß die Gemeindefschule immer mehr als Vorstufe der höheren Schulen in Aufnahme komme, zuträfe, dann müßte die Frequenz der Vorschulen gerade besonders stark abgenommen haben. Gespannt darf man übrigens darauf sein, ob, wenn die Frequenz der höheren Schulen in den nächsten Jahren unter dem Einfluß der niedrigen Geburtenziffer der 80er Jahre noch weiter zurückgegangen sein wird, die städtischen Behörden auch hier der Frage der Zusammenziehung halb gefüllter Schulen näher treten werden, wie es gegenwärtig mit Bezug auf die Gemeindefschulen geschehen soll.

Freistellen wurden an den städtischen höheren Lehranstalten im April—Dezember 1894 vergeben durchschnittlich: 225 „obervormännliche“ (d. h. herkömmliche) Freistellen für Lehrlingskinder oder 3, 4 oder 5 Brüder, außerdem 980 andere Freistellen (845 ganze, 270 halbe). Die letzteren werden nur „während und bedürftigen“ Schülern gegeben. „Obervormännliche“ Freistellen giebt es schon, wenn der Vater ein Einkommen bis 6000 (sechstaufend) M. hat. Je mehr übrigens Väter mit einem

solchen Einkommen von dem Recht, im Falle der „Werblichkeit“ Freistellen zu beanspruchen, Gebrauch machen, desto weniger andere Freistellen werden verfügbar; denn diese anderen dürfen nicht über 10 pCt. der um die „obervormännlichen“ Freistellen verminderten Gesamtfrequenz ausmachen.

Wie man wohlfühlt. „Gesindeball“ im Adolph-Theater. Ein Schauspiel im Ritzus und schließlich großes Glück auf der West-Eisbahn, das ist das Programm der bürgerlichen Wohlthätigkeitsvorstellungen zum besten der auf der „Elbe“ Verunglückten dieser Woche. Glöwspäße und Schellengeläch sind wesentlich die Mittel, deren es bedarf, um von den besthenden Klassen einige tausend Mark heraus zu holen. Es fehlt nun nur noch das Alibi einer von hoher Stelle konfessionierten Poterie und bald wird die bürgerliche Presse mit großem Pomp und Trara verkünden können, daß man es wieder einmal nur der großherzigen, aufopfernden Mildthätigkeit der Edlen und Edelken unserer Mitbürger zu verdanken habe, wenn eine Summe zur Verfügung steht, gerade groß genug, um den Hinterbliebenen der Opfer menschlicher Unachtsamkeit ein Almosen zu reichen. Wahrlich, der tieferschütternde Tragik des Unglücks gegenüber ein bedeutsam ausgewähltes Programm, würdig einer Gesellschaft, die auf die Schmerzensschreie unterdrückt, ausgebeuteter Arbeitermassen keine andere Antwort hat, als das Umsturzgehe!

Ein „talentvoller, christlicher Herr“ sucht seit einiger Zeit einen „edeldenkenden Edelmann“, um sich von ihm adoptiren zu lassen. Vor zwei Monaten annuncierte er in einem bürgerlichen Blatt: „Adoption! Würde ein edeldenkender Edelmann bereit sein, einen talentvollen Herrn von makellosem Ruf aus echt christlicher Familie ohne Entschädigung, aber auch ohne materiellen Nachtheil zu adoptiren, um ihm damit einen Beruf zugänglich zu machen, der ihm sonst verschlossen bleibt, und wodurch er in demselben Maße glücklich würde, wie er es eben nicht ist? Briefe (auch anonym) unter F. 489 an Haasenstein u. Vogler, A.-G., Frankfurt am Main.“ Die Edelken, welche ohne Entschädigung adoptiren wollen, scheinen aber recht rar zu sein; denn es ist augenscheinlich derselbe Herr, der jetzt in demselben Blatt annuncirt: „Adoption! Würde ein edeldenkender Edelmann einen talentvollen christlichen Herrn, konservativer Gesinnung, gegen größere Entschädigung adoptiren? Ausfällige Briefe bes. unt. D. F. 542 Haasenstein u. Vogler, A.-G., Frankfurt a. M.“ Diesmal bietet er, durch Erfahrung gewöhnt, eine größere Entschädigung. Dagegen spart er sich den Hinweis auf sein Glück; er weiß jetzt, solche Sentimentalitäten ziehen nicht bei den Leuten, auf die er rechnet. Was mag das übrigens für ein Beruf sein, zu dem man wenigstens Adoptivsohn eines Edelmannes sein muß, der so „edeldenkend“ ist, für Geld zu adoptiren —?

Bei der Kommission der Braner und Brauerei-Hilfsarbeiter sind eingegangen: Vom Verein Gefellige Döpfung 116,20 M., von der Versammlung von Mitgliedern der Drechsler-Krankenkasse 13,20 M.

Vom Hausirhandel. Der Magistrat von Berlin erhebt in einer Eingabe Einspruch dagegen, daß künftig auch ohne Gemeindefeststellung das Freiwerden von Baaren an öffentlichen Orten oder von Haus zu Haus durch ortsanfällige Personen nach dem Gutdünken der höheren Verwaltungsbehörden beschränkt werden könne. Die örtlichen Verhältnisse seien gerade in Bezug auf diesen gewerbsmäßigen Hausirbetrieb sehr verschieden. Gerade hier sei es erforderlich, nicht schablonenhaft, sondern genau unter Berücksichtigung der örtlichen Bedürfnisse und Verhältnisse zu verfahren. Neben verkehrspolizeilichen und gesundheitspolizeilichen Rücksichten sei die Frage der Versorgung der Bevölkerung mit Gebrauchsgegenständen der verschiedensten Art, seien die Erwerbsverhältnisse zahlreicher durch den Handel im Umherziehen ihren Lebensunterhalt fristender kleiner Existenzen ins Auge zu fassen.

Auf die Dummheit des Publikums sind Vorführungen berechnet, die in einem leerstehenden Laden des Hauses am Rotenbuser Damm 108 dem „künstlichen“ Publikum geboten werden. Einige Anschläge mit der Aufschrift: „Die schöne Norma, oder der weibliche Gollath u. s. w.“ zugleich mit dem unvermeidlichen Bilde der Norma in Del sind zum Anlocken des Publikums bestimmt. Ein Gastwirth, der mit mehreren seiner Gäste das Museum betreten hat, schildert den Anblick der schönen Norma als einen wenig schönen und fügt hinzu, daß außer dem Eintrittsgeld für jede neue „Leistung“ neue Groschen erhoben werden. Auch an einem Sonderkabinet fehlt es nicht, dessen Betreten gegen eine Sonderabgabe beßens empfohlen wird, und wo man durch ein Vergrößerungsglas ein feineswegs anziehendes Bild genießt. Das ganze ist darauf berechnet, dem leichtgläubigen Publikum das Geld aus der Tasche zu locken, und leider giebt es immer noch eine Menge solcher, die nicht alle werden.

Neue Automaten werden in diesen Tagen auf den Bahnhöfen, in Restaurants, sowie an den Selterbuden angebracht werden. Es handelt sich um die schon vielfach erwähnten Briefmarken-Automaten; dieselben besitzen drei Einwurfs, die nur für Zehnpfennigstücke eingerichtet sind. Der erste Einwurf liefert: Zwei Pfennigbriefmarken, einen Briefbogen und Korbver, zwei unfrankirte Postkarten und ein Notizbuch, welches u. a. Fahrgelegenheiten, Schenkungsbüchlein und Wohlthätigkeitsinstitute der Reichshauptstadt enthält. Der zweite Einwurf liefert: Zwei Briefmarken, Briefumschläge und zwei Briefmarken-Karten. Der dritte Einwurf endlich giebt: einen zusammenfahrbaren Federhalter mit Bleistift und präparirter Feder, eine Flasche mit Flüssigkeit, um die Feder zur Versendung geeignet zu machen, ein Zischblatt. Diese Schreibmaterialien befinden sich auf einen herauspringenden Bretchen, auf welchem der die Abtheilung des Automaten Benützer sofort seine Korrespondenz erledigen kann!

Der neue Stenerplan der Gemeinde Nixdorf ist der erste gewesen, welcher von der Regierung unverändert genehmigt worden ist.

In der gestrigen Sitzung der Nixdorfer Gemeinde-Vertretung kam der bekannte Antrag des Ministers für Handel und Gewerbe, bezüglich der Errichtung eines Arbeitsnachweises seitens der Gemeinde, zur Beratung. Im allgemeinen wurde die Zweckmäßigkeit eines solchen Arbeitsnachweises allseitig anerkannt; die Vorberatung wurde schließlich einer Kommission überwiesen, in welche auch die Genossen Schenk und Schröder gewählt wurden.

Der Kaufmann Karl Dirich, dessen Selbstmordversuch in einer Drohsche gestern gemeldet wurde, ist in der letzten Nacht gegen 2 Uhr der Schutzwunde erlegen.

Eine sensationelle Verhaftung ist, wie nachträglich bekannt wird, am Freitag Nachmittag in Moabit erfolgt. Im Jahre 1890 wurden dem begüterten Adelsbürger Hahn zu Charlottenburg Wechsel über 18 000 M. zur Zahlung vorgelegt. Hahn erklärte, daß seine Unterschrift gefälscht sei. Die Sache kam vor die Strafbehörde, und als Wechselgefälschter wurde der jetzt 45 Jahre alte Sohn Ernst Hahn, der Kaufmann ist, ermittelt. Dieser hatte bedeutende Verluste an der Börse gehabt, auch in Dresdener Spekulationsverluste erlitten, wohnte zuletzt Schlüterstraße 9a in Charlottenburg und wurde flüchtig. Er hatte sich, wie später ermittelt wurde, in England angesiedelt, und der hinter ihm erlassene Steckbrief blieb ohne Wirkung. Vor etwa zwei Jahren starb der Vater und hinterließ seinen 3 Söhnen ein bedeutendes Vermögen. Die Kriminalpolizei vermutete nun, daß Ernst Hahn zur Erbschaftsregulierung nach Charlottenburg zurückgekehrt würde. Das geschah indeß nicht. Nun wurde tüchtig ein Hahn'sches Grundstück in der Wallstraße zu Charlottenburg verkauft, dessen Ertrag den Erben zugesagt

werden sollte. Freitag Abend sah nun der Kriminalschutzmann Pottsche einen Mann in eine Droschke steigen, auf den die im Stadtbüro erlassene Personalbeschreibung Hahn's paßte. Der Beamte fuhr hinterdrein und stieg in Moabit vor dem Gerichtshaus aus, wo der Verdächtige angehalten hatte. Mit dem Grusse „Guten Tag, Herr Hahn“ näherte sich Pottsche dem Verfolgten, überzeugte sich aus der Antwort, daß er den richtigen Mann vor sich habe und nahm ihn fest.

Wegen eines Sittlichkeitsverbrechen, begangen an seiner 13jährigen Stieftochter, wurde der Treuhänder Köhler aus Brix verhaftet und in das Hildesfelder Gefängnis eingeliefert.

Mit dem Tode ringend wurde am Donnerstag Abend gegen 6 Uhr am Goldfischteich im Thiergarten ein etwa 20jähriges Mädchen aufgefunden, das nur noch schwache Lebenszeichen von sich gab. Neben der Unglücklichen lag ein leeres Fläschchen, das Gift enthalten zu haben schien. Das junge Mädchen wurde sofort nach der Charité gebracht, wo es bald darauf starb. Die Persönlichkeit ist noch nicht festgestellt worden. Es sind indessen zwei Pfandscheine vorgefunden worden, die auf den Namen „Napf“ lauten.

Verurteilt wird seit Montag früh der 22 Jahre alte Löffler Georg Müller, der in Rixdorf, Wandsb. 39 bei seinen Eltern wohnte. Müller ist von schlanker Gestalt, trägt einen dunkeln Schnurrbart und ist besonders daran kenntlich, daß ihm am Ringfinger der linken Hand ein Glied fehlt. Wer etwas über den Verbleib des Verschwundenen weiß, wird dringend gebeten, den Eltern Mitteilung zu machen.

Unter dem Eise verschwunden ist in der Nacht zum Freitag ein bisher unbekannter gebliebener Mann, der von dem Grundstück Wühlstr. 72a aus das gegenüberliegende Spreerfer erreichen wollte. Etwa auf der Mitte des Wasserlaufs brach er ein, hielt sich aber noch längere Zeit an dem Rande des ihm umgebenden Eises fest und schrie um Hilfe. Als mehrere Personen, unter ihnen Schiffer, der Unglückliche zueilten, hatten die Kräfte des eingebrochenen Mannes bereits versagt. Er war unter dem Eise fortgetrieben und hat noch nicht wieder herausgeholt werden können.

Schwer verunglückt ist am Donnerstag Nachmittag um 6 Uhr der 50jährige Kassenbote Leopold Niesel aus der Mühlenstraße 6/7. Als er auf dem Bahnhofe Alexandersplatz einen Stadtbahnzug verlassen wollte, glitt er auf dem Treppentritt aus und schlug mit dem Hinterkopf gegen den Eisenbahnwagen. Er wurde nach einem Krankenhaus gebracht, wo eine schwere Gehirnerschütterung an ihm ärztlich festgestellt wurde.

Ein roher Heberfall ist von dem Hauseigentümer R. in der Wallstraße in Charlottenburg an seinem Portier verübt worden. Der R. suchte den Portier in seiner Wohnung auf, stellte ihm wegen einer angeblichen Pflichtverletzung zur Rede und bearbeitete ihn dann luterhand derart mit einem Gasgeschloß, daß erhebliche Verletzungen eintraten. Wegen den wundermilden Wirth ist Strafanzeige erstattet worden.

Polizeibericht. Am 7. d. Mts. nachmittags fand in der Königsgrabenstraße ein Zusammenstoß zwischen einem Pferdebahnwagen und einem Rollwagen statt. Eine in dem Pferdebahnwagen sitzende Frau wurde dabei am Kopfe erheblich verletzt. — Im Thiergarten, am Goldfischteich, wurde ein Mädchen bestunntlos aufgefunden und nach der Charité gebracht. Es hat sich anscheinend vergiftet. — Auf dem Bahnhof Alexandersplatz fiel ein Mann bei dem Versuche, aus dem noch nicht gehaltenen Zuge zu steigen, hin und erlitt eine Gehirnerschütterung. — Auf der Schillingstraße gerieth ein Arbeiter unter die Räder eines übermäßig schnell fahrenden Schlächterwagens und erlitt einen Bruch des Oberschenkels. — Abends fiel ein Mann in der Adersstraße infolge der Glätte hin und erlitt außer einer Verletzung der Hüfte einen Bruch des Oberschenkels. — In der Nacht zum 8. d. M. durchschnitt sich ein Mann auf dem Fluß eines Hauses in der Adersstraße die Pulsader am Arm. Nach Anlegung eines Verbandes wurde er nach dem Krankenhaus gebracht. — In der Nacht fand in einem Konfektions-Geschäft in der Andreasstraße ein größeres Feuer statt, das viele Waaren vortheilhaft vernichtete. Außerdem fanden im Laufe des Tages fünf kleine Brände statt.

Witterungsüberblick vom 8. Februar 1895.

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1-12).	Wetter.	Temperatur (nach Celsius) 0° C. = 32° F.
Eisenmünde.	763	SW	2	heiter	-24
Hamburg.	760	SSO	3	Schnee	-11
Berlin.	762	Stil	—	Nebel	-12
Biesbaden.	761	NO	2	wolklos	-18
München.	757	SO	2	wolkig	-17
Wien.	759	SWW	3	bedeckt	-8
Opavanda.	758	N	2	heiter	-26
Petersburg.	775	NO	2	wolklos	-24
Cord.	756	SSO	7	bedeckt	4
Abidin.	764	W	2	halb bedeckt	-13
Paris.	758	ONO	2	bedeckt	-10

Wetter-Prognose für Sonnabend, 9. Februar 1895.

Ruhiges, vielfach heiteres, zeitweilig wolkiges Wetter mit strengem Frost und leichten Schneefällen.

Berliner Wetterbureau.

Gerichts-Beifung.

Von der Gewissensfreiheit in der evangelischen Kirche. In der Disziplinarsache gegen den Prediger Dr. Visco stand gestern Verhandlungstermin vor dem Konsistorium an. Die Verhandlung endete mit einem auf Aufrechterhaltung lautenden Urteil. Nach den mitgetheilten Gründen erklärte das Konsistorium in der Weigerung des Predigers Dr. Visco, das Apostolium zu verlassen, Ungehorsam gegen die ihm vorgesetzten Behörden. — Es muß abgewartet werden, so schreibt die in kirchlichen Dingen liberalisirende „Nat.-Ztg.“, der wir diese Nachricht entnehmen, wie das Konsistorium die Annahme eines „Ungehorsams“ begründen wird, da es selbst der Ueberzeugung Ausdruck gab, daß es lediglich Gewissensbedenken gewesen seien, die den Prediger Visco veranlaßten, jene Weigerung auszusprechen.

Der Vorführende der 8. Strafkammer am hiesigen Landgericht I, Landgerichtsdirektor Rath ist gestern am Lungen Schlag gestorben.

Das Reichsgericht verwarf am Freitag die Revision des Staatsanwalts gegen das Urteil des Breslauer Landgerichts vom 6. Oktober v. J., durch welches der Pastor Thämmel in Renscheid in dem Prozesse wegen Beschimpfung der katholischen Kirche freigesprochen worden war.

Kunst und Wissenschaft.

Ins Adolph Ernst-Theater werden Josefine Dora, Fräulein Baders und Herr Worlich vom Zentral-Theater übergeben. — Das unglückliche Belle-Alliance-Theater ist vom 1. Mai an die Herren F. Maurice und Brand in Hamburg verpachtet worden. Die neuen Leiter des Unternehmens wollen vornehmlich Gefangenspielen geben.

Verantwortlicher Redakteur: J. Dierl (Emil Roland) in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin, SW., Reuthstraße 2.

Der Auskragende Max Joseph Seih ist am 6. Februar in München gestorben.

Aus Kopenhagen wird dem hiesigen „Freundenblatt“ vom 4. ds. Mts. berichtet: „Gestern hatte der hiesige Leserverein der Arbeiter eine Theatervorstellung arrangirt, bei welcher das vom Arbeiter Simon Haber geschriebene Volksstück „Die neue Paul“ aufgeführt wurde. Die Schauspieler waren alle Mitglieder der „Freien Bühne der Arbeiter“ und das Publikum bestand ausschließlich aus Arbeitern.

In Athen hat man Lord Byron ein Denkmal errichtet. Es ist gestiftet von Stephanowitsch Schyliss und besteht aus einer Marmorgruppe von drei Figuren, welche die Theilnahme Lord Byron's an den griechischen Freiheitskämpfen verherrlicht. Gellias ist dargestellt, den Dichter bedrängend, hinter beiden steht ein junger Grieche, die Fesseln von den Füßen lösend.

Vermischtes.

Zum Untergang der „Elbe“. Einer bei Lloyd's eingegangenen Depesche aus Norwich zufolge ist ein Postfach mit der Bezeichnung 8 1 am Strand von Dovercourt und ein Rettungsboot bei Walton on the Naze aufgefunden worden, beide gehörten augenscheinlich der „Elbe“ an.

Am Freitag früh wurden hier zwei weitere Leichen von den mit der „Elbe“ Verunglückten gefunden. Nach bei denselben vorgefundenen Visitenkarten nimmt man an, daß es die Leichen des Dr. Julius Dietrich aus New-York und des Louis Kurt Kleinschmidt aus Helena-Montana sind. Auch das Rettungsboot Nr. 5 der „Elbe“ wurde heute eingebracht. Dasselbe war leer; eine Lustkammer war geplagt. — Sieben Mann von der Mannschaft des Dampfers „Crathie“ sind Donnerstag Abend in Aberdeen eingetroffen. Der Kapitän Gordon ist mit dem ersten Offizier und zwei Mann von der Besatzung in London zurückgeblieben. Die drei in London zurückgebliebenen Mann sind diejenigen, welche im Augenblick des Zusammenstoßes die Wache hatten; die übrigen sind wenig in der Lage, sich über die Katastrophe zu äußern, doch sind sie nicht im Zweifel darüber, daß das Schiff, mit welchem die „Crathie“ kollidierte, die „Elbe“ war; es wurde kein Schrei noch ein Nothschuss gehört. Die Frage, ob die Unterjochung in London oder in Deutschland stattgefunden wird, ist noch nicht entschieden. Die Leute, welche sich an Bord der „Crathie“ befanden, wußten nicht, daß die „Elbe“ gesunken ist.

Aus Aberdeen wird vom Freitag berichtet: Die Mannschaft des Dampfers „Crathie“ begab sich heute nach dem Handelsamt, wozu eine besondere Kommission zur Abhaltung der Untersuchung gefandt war. Ein Mitglied der Mannschaft sagte aus, nach der Kollision seien die Lichter der „Elbe“ in einer Entfernung von nahezu dreiviertel Meilen gesehen worden. Man habe geglaubt, daß die Maschinen noch arbeiten; Nothzeichen sollen gesehen worden sein, jedoch sei keine Explosion gehört worden. Von 5 1/2 bis 7 Uhr sei die Mannschaft mit der Entfernung der zahlreichen Wrackstücke von ihrem Schiffe beschäftigt gewesen; um 7 Uhr wurde auf Rotterdam zugesteuert.

Ausgebliebenes Auswandererschiff. Aus Paris wird telegraphirt: Die Compagnie Transatlantique hatte bis gestern Abend 7 Uhr noch keine Nachricht über den großen Passagierdampfer „Gascogne“ erhalten. Der am 26. Januar von Havre nach New-York abgegangene Dampfer mit 160 Passagieren an Bord hätte bereits vor drei Tagen an seinem Bestimmungsorte eintreffen müssen. Die Befürchtungen, daß dem Dampfer ein Unglück zugefallen sei, scheinen um so begründeter, als das Schiff diesmal durch einen neuen Kapitän, dem Lieutenant zur See Vandelon, geführt wurde. Die Compagnie Transatlantique glaubt aber, daß nur ein Maschinenbruch die Ursache der Verspätung sei. Unter den Passagieren befinden sich 40 erster Klasse und 120 Zwischendeckpassagiere. Der Dampfer hatte ungefähr 160 Mann Besatzung. In einem zweiten Telegramm aus Paris heißt es: An Bord der „Gascogne“ befinden sich etwa 500 Personen. Wenn heute die Ankunft des Dampfers in New-York nicht erfolgt, so kann das Schiff als verloren betrachtet werden.

Ueber ein Schiffswrack wird ferner aus Colon telegraphirt: Das französische Paketboot „Amerique“ ist mit der Post und der Schiffsladung bei Savanilla verloren gegangen. Die Passagiere, welche hier eingetroffen sind, haben fast alles verloren, was sie besaßen. Ein Mann von der Besatzung ist ums Leben gekommen.

Strenge Kälte herrscht fast auf der ganzen nördlichen Hemisphäre. Aus einer ganzen Anzahl uns vorliegender Wetterberichte seien die folgenden hervorgehoben: Die aus den Gebieten des Mittel- und Oberrheins, insbesondere von der ärmeren Bevölkerung der Elberegion und des Siegerlandes kommenden Nachrichten über die Folgen des ungemein scharfen Frostes und der Schneefälle lauten grauenerregend. Im Siegerland sind 30 Grad Kälte. Außer dem Main und der Mosel sind sämtliche Nebenflüsse des Rheins zugefroren. An mehreren Stationen unterhalb Kölns sowie in Düsseldorf hat sich das Rheineis gestellt; der Verkehr zwischen den beiden Ufern ist unterbrochen. In mehreren Personenzügen ist unterwegs die Dampfheizung eingefroren und haben mehrstündige Verspätungen stattgefunden. In Mannheim sind am Freitag 24 Grad Celsius gewesen. Im Schwarzwald und Odenwald sollen viele Personen erfroren sein.

In Paris betrug die Temperatur 16 Grad. Aus Danemark wird berichtet, daß der südliche Theil des Kattegat zugefroren ist. Die Schelde ist seit Donnerstag früh von Austruup ab für Segel- und Dampfschiffahrt geschlossen. Leotien werden den Schiffen nicht mehr mitgegeben. Die Kälte beträgt 15 Grad. Mehrere Dampfer sind im Eis eingeschlossen. Auch im Osten ist die Kälte furchbar. Infolge des Schneesturmes sind bei Czernowitz in der Nacht vom 5. zum 6. d. M. vier Personen auf der Landstraße erfroren. Gleichfalls herrscht in ganz England strenge Kälte, die großes Elend verursacht. Ferner finden wir aus Italien Nachrichten über Kälte und furchtbare Stürme; selbst in Algier hat im Anfang dieser Woche ein mehrere Tage dauernder Schneesturm gewüthet.

Auch aus New-York geht der „Vossischen Ztg.“ ein Bericht zu, wonach im nördlichen Theil der Union eine furchtbare Kälte herrscht. In der Stadt New-York stand der Thermometer am 5. d. M. Nachts 16 Grad Celsius unter Null. Das ist die größte Kälte, die man in New-York seit 15 Jahren gehabt hat. Das Treiben im Hudson ist zusammengebrochen und bietet auf diese Weise den Fahrbooten ein Hinderniß dar. In den Neu-England- und den mittleren Staaten und selbst weiter westlich ist die Temperatur durchschnittlich 25 Grad unter Null. An einigen Orten ist das Quecksilber selbst bis auf 50 Grad (?) unter Null gefallen. Vielfach wird von Stürmen und Schneetreiben berichtet, die den Eisenbahnverkehr bedeutend hemmen. Das strenge Wetter verursacht viele Noth. Der Champlain-See ist zum ersten Male seit 75 Jahren zugefroren. Die ankommenden Schiffe melden, daß auch auf dem Atlantischen Ozean so strenges Wetter herrscht. Man nimmt deshalb an, daß die Maschine des überfälligen französischen Ozeandampfers „La Gascogne“ in Unordnung gerathen ist.

Ueber eine Rennerung im Eisenbahn-Verkehr bringt die „Berl. Korr.“ folgende Mittheilung:

Unter dem 22. November v. J. hatte der Minister der öffentlichen Arbeiten eine Verfügung erlassen, durch die die Vereinfachung des Zeitkarten-Wesens auf den preussischen Staats-Eisenbahnen nach dem Muster des Berliner Vorortverkehrs in Aussicht genommen war. Danach sollten die allgemeinen Zeitkarten in Monatskarten umgewandelt werden. Im einzelnen war in Aussicht genommen, als Preis der Monats-Stammkarten den zwölften

Theil des Preises einer Jahreskarte nach dem bisher gültigen Zeitkartentarif der preussischen Staatsbahnen vom 1. September 1883, als Preis der Nebenkarten die Hälfte des Preises der Stammkarte mit Abrechnung auf 10 Pfennig nach oben festzusetzen. Als Mindestfahrpreise auf die Entfernung bis zu 35 Kilogramm sollten gelten für die Stammkarte 1. Kl. 4,50 M., 2. Kl. 3,50 M. und 3. Kl. 2,50 M. Bei der Benutzung von Durchgangszügen sollte die tarifmäßige Platzartengebühr entrichtet werden, Fernkarten, wie sie im Berliner Vorortverkehr bestehen, sollten im allgemeinen Verkehr nicht in Anwendung kommen. Da gegen diese Umgestaltung des Zeitkartenwesens keine Bedenken erhoben worden sind, ist nunmehr die Einführung des neuen Verfahrens zum 1. April — gleichzeitig mit der allgemeinen Umgestaltung des preussischen Staatsbahnwesens — angeordnet worden. Eine Reform des Schüler-Zeitkartenwesens ist mit Rücksicht auf den entfallenden Einnahme-Ausfall bis auf weiteres vertagt worden. Die Ausfertigung der Schülerzeitkarten ist vom 1. April d. J. ab allgemein den Verkehrsinspektionen übertragen.

Eisenbahnunfälle. Das Eisenbahn-Betriebsamt Berlin-Sommerfeld macht bekannt: Bei der Einfahrt des heutigen Güterzuges Nr. 3002 in den Bahnhof Fürstenwalde entgleiste ein Wagen infolge eines bei der strengen Kälte entstandenen Radreifenbruchs. Hierbei wurden 8 mit Vieh beladene Wagen und 2 Stück Vieh beschädigt. Bedauerlicher Weise ist auch ein Beamter des Zuges, wenn auch leicht, verletzt worden. Der Unfall hat eine Sperrung beider Hauptgleise auf 2 Stunden und eine Verspätung von 1 bis 1 1/2 Stunden bei den Zügen Nr. 68 Sorau-Berlin, Nr. 201 Berlin-Potsdam, Nr. 8 Berlin-Breslau, Nr. 202 Posen-Berlin und Nr. 62 Breslau-Berlin zur Folge gehabt. — Am Freitag, vormittags 5 Uhr, entgleisten auf Bahnhof Hermsdorf 3 Wagen des Personenzuges 1402 infolge Lösung eines Radreifens. Personen sind nicht verletzt, der Betrieb ist nicht unterbrochen. — Auf der Strecke Sommerau-Freistadt entgleiste, wie aus Wien gemeldet wird, in vorlehter Nacht ein Güter-Gilzug infolge des Bruchs einer Achse. Fünf Waggons stürzten den hohen Bahndamm herab. Personen wurden nicht verletzt.

Selbsthilfe gegen Stephan. Alle Jahre erscheinen um Neujahr herum Berichte der Handelskammern, die in mehr oder weniger demüthigem Tone die Bitte aussprechen, daß das Gewicht der einfachen Briefe von 15 auf 20 Gramm erhöht werde. Wo diese Berichte als schätzbares Material hinterlegt werden, weiß kein Mensch, nur soviel weiß man, daß es bis jetzt beim alten geblieben ist und in den Komtoirs die verächtlichsten Manöver gemacht werden, um einen Brief mit Beilage auf ein Gewicht von 15 Gramm herunterzubringen. Gegenwärtig ist nun das Interesse an der Sache um deswillen ein größeres, weil sich der Reichstag damit beschäftigt hat und die Budget-Kommission eine Resolution annahm, wonach das Gewicht der einfachen Briefe auf 20 Gramm zu erhöhen sei. Das war am 25. Januar. Aber schon am 26. Januar erklärte Staatssekretär v. Stephan, daß diese Erhöhung des Gewichtes einen Ausfall von 4 Millionen Mark verursachen würde, — eine Behauptung, die mit nichts zu beweisen ist. Wir wollen uns mit Stephan nicht herumstreiten, aber unsere Geduld ist erschöpft und so helfen wir uns selbst. Zu diesem Zwecke, so schreibt jemand der „Frankfurter Zeitung“, habe ich eine sublimen Idee ausgedacht. Ein 15 Gramm-Brief kostet 10 Pf. Ein Brief, der über 15, kostet bis 250 Gramm 20 Pf. Nun werden eiserne Plättchen in Kourvertgröße angefertigt, die mit Vöschpapier umklebt sind und die ca. 200 Gramm wiegen. Hat nun jemand einen Brief, der 16 Gramm wiegt, so schiebt er das Plättchen in das Kourvert dazu hinein, erhöht somit das Gewicht auf 216 Gramm, welches die Post mit 20 Pf. befördern muß. Solche Plättchen kosten nicht viel und die einzelnen Geschäfte brauchen auch nicht viele anzuschaffen, da die Plättchen beständig im Austausch hin- und hergehen. Nun schwellen die Postfäcke zu einer unermesslichen Schwere an, die Postzüge brauchen zwei Lokomotiven, die Briefträger brechen unter der Last zusammen. Herr Stephan hat seinen Willen und wir ein inniges Vergnügen. Wenn das nicht hilft, hilft nichts mehr. Gilt es aber, dann sind wir alle bereit, die gegenstandslos gewordenen Eisenplättchen nach Berlin zu senden und der Herr General-Postmeister kann sich daraus ein Denkmal gießen lassen.

Für alle Absender von Einschreibebriefen, die mit der untergegangenen „Elbe“ expedirt wurden, empfiehlt es sich, bei der Aufgabe Postanstalt unter Vorlegung der Postquittung schnelligst einen Laufzettel einzureichen. Die Post erhebt hierfür zwar eine Gebühr von 20 Pf., doch wird dieselbe im Falle eines Verlustes von solchen Briefen mit den dafür zu erscheidenden 42 M. zurückerstattet.

Die Moral der besonders qualifizierten Staatsstücken behandelte sich in einem aus Bukarest gemeldeten romantischen Vorfall. Ein Prinz Gregor Sturdza hat dieser Tage seine Geliebte und dann sich selbst umgebracht. Ueber die That erfährt man die folgenden Einzelheiten: Vor zwei Jahren verliebte sich der Prinz in eine in seinem Elternhause beschäftigte Näherin, die Tochter eines ungarischen Schusters, namens Gisela Voga, die vor einem halben Jahre Mutter wurde. Der Vater des Prinzen suchte das Verhältniß zu trennen, aber Gisela Voga lehnte jede ihr angebotene Verführung ab. Prinz Gregor Sturdza betraute dann auf Drängen seiner Familie eine Dame aus aristokratischer Familie, ohne aber sein Verhältniß zu Gisela Voga zu lösen. Er besuchte sie freitags Morgen und erlöbte ohne vorangegangenen Wortwechsel zuerst das Mädchen, wie es scheint, mit dessen Einwilligung, dann sich. Die katholische Geistlichkeit verweigerte die kirchliche Einsegnung der Gisela Voga.

Die alte Geschichte, die sich vor einigen Jahren erst an dem Selbstmorde des österreichischen Kronprinzen offenbart hat: Will ein Mann aus „höchsten Regionen“ seinem Verlangen nachgehen, so wird er von seiner Umgebung zum Verbrechen getrieben. O, diese Moraltücken!

Zur Ermordung des Wiener Advokaten Rothzettel wird berichtet, daß der Solicitor Eichinger den Mord eingestanden hat; er will die That aber nicht mit Vorbedacht, sondern infolge eines Streites begangen haben.

Eine Gerichtskommission begab sich mit dem Solicitor Eichinger, dem Mörder des Advokaten Rothzettel, an den Thortort des Verbrechens; es ist nach einer eingegangenen Depesche nunmehr erwiesen, daß Eichinger die That nicht im Affekt, sondern mit dem Vorbehalt, einen Raub auszuführen, begangen hat. Frau Eichinger dürfte heute aus der Haft entlassen werden.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Schiffe (Zwei Nachnamen oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

A. J. 43. Der Verfasser des „Juden“ steht dem von Ihnen Genannten ganz fern. Letzterer war übrigens niemals Ausgewiesener.

M. 2. 52, G. 6. 159, R. 6. 9, G. R. 100, H. 25,

J. R. 150, G. R. 777. Kommen Sie in unsere Sprechstunde.

W. M. 50. Die Frage ist ausreißend. — **Z. N.** Ihre Frau muß kündigen und Sie zukommen. — **P. A.** Ohne Einwilligung der Eltern können Sie nicht heirathen. — **G. R. 222,**

Ja. — G. R. 48. Wer ist verlobt, Sie oder Ihre Frau?

W. A., Moabit. Was war über die Dauer des Vertrages vereinbart? — **G. R. 80, Ja. — R. 2, Ju 1: Rein. Ju 2:**

Wie hoch ist der Mietpreis? — **M. R. 100.** Der Austritt aus der Landeskirche erfolgt beim Amtsgericht. Ihre zweite Frage können wir nicht entscheiden. — **Sellriegel.** Bist du ohne persönliche Rücksprache nicht beantworten. — **G. R. 32,**

Rein, aber der Polizei. — J. 193. Wiederholen Sie den Sachverhalt. — **S. P. 99.** Die Frage ist nicht verständlich.

Parlamentsberichte.

Abgeordnetenhaus.

15. Sitzung vom 8. Februar, 11 Uhr.
Am Ministertische: Miquel, Thielen und Kommissarien.
Die Beratung des Eisenbahnetats wird fortgesetzt und zwar, nachdem gestern die Generaldebatte erledigt ist, mit der Spezialdebatte über die Einnahmen aus dem Personen- und Gepäckverkehr 255 600 000 M.

Abg. Pfeil-Mühlheim (Z.) bedauert, daß die Eisenbahnverwaltung sich allen Tarifreformen gegenüber so vollständig ablehnend verhalte, trotzdem der Gewerbe- und Handelsstand dieselbe dringend verlange. Vor allem müsse eine Vereinfachung im Fahrkartensystem geschaffen werden unter Ermäßigung der Tarife für weitere Entfernungen. Ein Muster dafür sei der Portotarif der Post.

Finanzminister Miquel: Man stellt es in der Presse und auch hier im Hause so dar, als wenn die Finanzverwaltung aus einer höchst unheimlichen Sparfahne sich gegen alle Reformen im Eisenbahntarifsystem sperre und die allergeringfügigsten und nützlichsten Vorschläge eigensinnig verändere. Ich habe schon verschiedene Male ausgesprochen, daß auch ich persönlich die Reformbedürftigkeit unseres Personal- und Gütertarifsystems vollkommen anerkenne. Ich habe schon früher gesagt, daß für durchgreifende große Reformen, welche mit einem großen Risiko und erheblichen Einnahmeverlusten verbunden sind, die gegenwärtige Zeit nicht geeignet ist. Reformen sind auch in den letzten Jahren in nicht unerheblichem Maße durchgeführt worden, auch solche, welche die Ueberschüsse der Eisenbahnen einigermaßen vermindern könnten. Durchgreifende Reformen, welche auf eine lange Reihe von Jahren die Ueberschüsse der Einnahmen der Eisenbahnen vermindern, kann die Finanzverwaltung heute allerdings nicht verantworten. Es giebt hier verschiedene Wege. Der eine wäre folgender: Wir wirtschaften leichtsinnig weiter darauf los mit Defizits, ohne uns Gedanken zu machen, ob vermehrt oder vermindert wird. Eine solche Finanzpolitik werde ich nie führen, und ich hoffe, daß das Haus mich nicht dazu drängt. Als ich das Ministerium übernahm, war das ganze Haus der Uebergangung, und ich nehme selbst die Ministerien nicht davon aus, daß wir eine glänzende Finanzlage hätten. Ich habe mich innerhalb dreier Tage informiert, daß diese Anschauung unrichtig war. Der Hundert-Millionen-Ueberschuß von 1889/90 war kein wirtschaftlicher, sondern ein rechnungsmäßiger Ueberschuß, und im folgenden Jahre war das Defizit da. Dieses Defizit ist dadurch entstanden, daß wir in viel zu hohem Maße die Einnahmen preisgeben und Ausgaben dauernder Natur gestellt haben auf durchaus unsichere Einnahmen. Wenn wir wieder in das alte System hinein verfallen wären, wenn nicht eine bessere Einsicht gekommen wäre, dann hätten wir heute ein Defizit nicht von 34, sondern von 100 Millionen. Reformen also, die unzweifelhaft bedeutende Einnahmeausfälle bringen, kann man nur dann verantworten, wenn man überhaupt gar kein Gefühl für Verantwortlichkeit kennt, oder wenn man entschlossen ist, in demselben Maße die Steuern zu erhöhen. Eine durchgreifende Reform des Gütertarifs würde 15 Millionen kosten; wir haben aber schon ein Defizit von 34 Millionen, wir wissen noch garnicht, wie die Reichsfinanzen sich gestalten werden, ob wir in Zukunft nicht viel stärkere Anforderungen des Reiches zu erwarten haben. Unsere ganze finanzielle Zukunft ist unsicher. Ich frage das Haus: Wollen Sie die Reform der Eisenbahntarife und den Ausfall mit Steuermehrschlägen decken? Das Haus würde sicherlich „nein“ sagen.

Wie kann man einem Finanzminister, der sich in einer solchen Lage befindet, vorwerfen, daß er mit einer *saure Paraphrase* auf seinem Schilde steht und nichts herausgeben will und alle Reformen hindert! Sie wissen selbst, woran es liegt, daß diese Reform und die Befriedigung notwendiger Bedürfnisse ins Stocken geraten ist. Sie täuschen sich über unsere eigentliche Finanzlage, wenn Sie sagen: wir sind der reichste Staat, unsere Eisenbahnen verginzen alle Schulden und werfen noch einen sehr bedeutenden Betrag für die Staatskasse ab. Befragen aber die Ausgaben bloß in der Zahlung von Zinsen? Sind nicht auch die Beamtengehälter, Ausgaben für Schulen, Meliorationen u. d. d. Verpflichtungen des Staates? Sie müssen unsere gesamten Einnahmen mit den gesamten Ausgaben vergleichen. Dann wissen Sie, wie unsere Finanzen stehen.

Abg. von Eyndorf (nat.): Der Minister hat heute das Recht anerkannt, daß hier über Reichsangelegenheiten gesprochen werden kann. Aber der Minister hat die Frage falsch gestellt; es handelt sich nicht darum, daß eine Tarifreform geschaffen werden soll, die Einnahmeverluste mit sich bringt. Eine einseitige Ermäßigung für einzelne Frachtklassen soll nicht erfolgen, sondern eine allgemeine ausgleichende Reform, die durchaus nicht Mindereinnahmen bringen muß. Die Plakarten in den D-Zügen und die Personensperre haben erhebliche Mehreinnahmen mit sich gebracht; wenn ich diese Art Mehreinnahmen auch nicht besonders billige, so zeigen sie doch, daß man auf diese Weise Mehreinnahmen erzielen kann, um auf anderer Seite Erleichterungen zu schaffen.

Finanzminister Miquel: Bei den D-Zügen sind Mehreinnahmen nicht entstanden durch Verabfolgung, sondern durch Erhöhung der Tarife, durch die Plakatschläge, welche die Mehrkosten dieser Wagen einigermaßen decken sollten. Die Forderungen, die in letzter Zeit gestellt sind, haben mir den Eindruck gemacht, daß die Petenten selbst sich bewusst sind, daß damit für längere Zeit bedeutende Einnahmeverluste verbunden wären. In der gegenwärtigen Finanzlage unterlassen wir also solche Reformen oder wir bleiben ruhig bei unserem Defizit und kümmern uns nicht um die Zukunft unserer Finanzen.

Abg. Ehlers (fr. Gg.): Auch wenn wir viel Geld überflüssig hätten, würde ich doch gegen beliebige Tarifreformen sein, die das Maß der Segens auf alle Industriezweige ausgießen sollen. Es würde sich sehr bald lauter Widerspruch dagegen erheben, daß die Eisenbahnen eine Wohlthätigkeitsanstalt sein sollen. Die Eisenbahnen sind ein gewerbliches Unternehmen, welches nach wirtschaftlichen Rücksichten verwaltet werden muß; dabei müssen die finanziellen Rücksichten wohl beachtet werden. Die Staatsbahnen können, wenn das Reich auch noch so viel Geld zur Verfügung stellt, nicht umsonst fahren. Wir haben eine Tarifreform aber nötig, um Ungleichheiten auszugleichen, die aus älterer Zeit bestehen. Der Finanzminister hat eine solche Reform zu sehr verketzt mit den Finanzen des Reiches und Preußens. Die Tarifreform will er nur, wenn im Reich neue Steuern bewilligt werden. Davor möchte ich warnen, daß Bedürfnis des Landes nach Tarifreformen als Vorwand für Steuerpläne zu benutzen. Muß denn aber jede Reform der Tarife Mindereinnahmen ergeben? Eine solche Reform, die dauernd Mindereinnahmen bringt, würde ich nicht billigen. Aber nach einem anfänglichen Ausfall können ja Mehreinnahmen eintreten.

Abg. Brömmel (fr. Gg.): Daß die Eisenbahn-Einnahmen zu den allgemeinen Staatsausgaben mit herangezogen werden sollen, ist nirgend bemängelt; aber die Eisenbahnen sollen nicht ein rein gewerbliches Unternehmen bilden, sie unterliegen nicht, wie die Bergwerke u. d. d. Konkurrenz, sondern haben eine Monopolstellung. Eine Tarifreform mit 20 Millionen Mark

Ausfall an Einnahme hat niemand vorgeschlagen; immer hat man die finanziellen Wirkungen wohl beachtet. Ein Versuch auf einem beschränkten Gebiete würde nur ein geringes Risiko mit sich bringen. Der Vorschlag rührt von einem sehr erfahrenen Eisenbahnsachmann her, 1886 hat ihn der Regierungsrath Lohd gemacht. Der Eisenbahnminister hat nicht gerade technische Schwierigkeiten geltend gemacht, sondern nur gemeint: man werde eine Nachahmung des Verkehrs überall verlangen. Wenn er finanziell günstig ausfällt, warum soll er nicht ausgedehnt werden? Wenn aber das Gegentheil geschieht, warum soll die Sache nicht rückgängig gemacht werden, wie schon manche Tarife wieder aufgehoben sind? Gegen ein Experiment auf dem Gebiet der ganzen Staatsbahnen wehrt sich allerdings der Finanzminister mit Recht. Die Berliner Vororttarife sind viel zu spät eingeführt worden; sie haben leider nicht mehr auf die Entwicklung der Wohnungsverhältnisse bessernd einwirken können. Die Eisenbahnverwaltung hat wegen ihrer Monopolstellung die Pflicht, für den Verkehr zu sorgen, weil kein Privatunternehmer eingreifen kann.

Minister Thielen: Ebenso wenig bei bezüglich des Güterverkehrs, kann ich bezüglich des Personenverkehrs eine Stagnation anerkennen; es sind erhebliche durchgreifende Reformen eingeführt bezüglich der Häufigkeit und Sicherheit des Verkehrs; der Vorortverkehr bedeutet einen großen Fortschritt für Berlin. Daneben sind die Arbeiterarten durchgeführt. Für manchen Verkehr kommt es nicht auf die Ermäßigung der Preise, sondern mehr auf die Häufigkeit des Verkehrs an. Trotz des Zonenstarifes in Ungarn sind beinahe durch die Häufigkeit des Verkehrs größere Vortheile erzielt worden. Die Verbesserung der Bremsen und des Signalwesens kommt namentlich dem Personenverkehr zu gute. Von einer Stagnation ist also keine Rede.

Abg. Graf Limburg-Sturum (L.): Wir verlangen keine Erleichterung des Verkehrs, sondern wehren uns nur gegen die Erleichterung des Verkehrs nach den großen Städten, die überfüllt werden würden. Die Erleichterungen im Hause hindern das Einbringen des Schematismus in die Eisenbahnverwaltung; aber die Debatten sind doch gefährlich. Wir sind unverantwortlich. Wenn schlechte Rathschläge gegeben werden, dann will es nachher keiner gewesen sein. Einen Ausfall an Einnahme herbeizuführen, würde unverantwortlich sein. Die Personentarife sind nicht so drückend, daß davon die Existenz dieses oder jenes Erwerbszweiges abhängt. Die Personentarife können eher noch eine Erhöhung vertragen.

Finanzminister Miquel: Herr Ehlers bewegte sich in seiner Rede in einem gewissen Widerspruch; er sprach von dem gewerblichen Charakter der Eisenbahnen, meinte aber doch, daß man Tarifreformen machen könne, die zwar anfangs Ausfälle bringen, nachher aber Mehreinnahmen bringen. Wer will dafür die Garantie übernehmen. Kann man mir eine Reform zeigen, die nur einen unerheblichen Einnahmeausfall oder gar Mehreinnahmen mit sich bringt, dann bin ich nicht abgeneigt. Es muß im Volke das Bewußtsein erweckt werden, daß es sich nicht um eine willkürliche Zurückhaltung, um den Eigensinn des Finanzministers handelt, sondern um eine zwingende Nothwendigkeit.

Abg. Paasche (nat.): Ich halte eine allgemeine Tarifreform, die Ausfälle mit sich bringt, für bedenklich. Aber man könnte beim Güterverkehr gewisse Artikel, die nur in bestimmten Gegenden vorkommen, billiger als bisher transportieren, so z. B. die Düngemittel Kainit u. d. d. Personentarife könnten, wenn Geld gebraucht wird, sogar noch ein bißchen erhöht werden. Der Vorort- und der Arbeiterverkehr sollen nicht geändert werden, aber der Verkehr auf weite Strecken soll nicht übermäßig erleichtert werden, weil das lediglich den großen Städten zu gute kommt. (Zustimmung rechts.)

Nachdem der Abg. Wöttinger nochmals die Frage der italienischen Rundreise-Pässe behandelt und Geh. Rath Ulrich aus dem Ausdruck ein Ausbittelmittel vorgeschlagen, bemerkt Abg. Graf Limburg-Sturum zur Geschäftsordnung, daß man sich nicht mehr bei den Einnahmen aus dem Personenverkehr, sondern in einem Eisenbahn-Auskunftsbureau zu befinden scheine. (Heiterkeit.)

Abg. Gdels (nat.): Ich betrachte die Rundreise-Billets als eine Plage der reisenden Menschheit; wer Geld hat, kauft keines mehr. Zuerst muß man ein Billet haben; das ist nicht leicht in kleinen Orten. Wenn man in das Bureau kommt, dann sieht man die Leute da arbeiten, aber nicht etwa Beamte, sondern das Publikum, welches für die Eisenbahn arbeitet, die Rundreise zusammenstellen, die Preise eintragen, die Summen addieren u. d. d. Und wenn man das Rundreise-Billet hat, dann ist man gebunden an die Route.

Abg. v. Wach (L.): Die Beschwerden können am besten beseitigt werden durch Abschaffung der Rundreise-Pässe; ich gebe das dem Minister zur Erwägung. (Heiterkeit.)

Abg. v. Eyndorf (nat.): Ich glaube, aus einem guten Grunde erschwert die Eisenbahnverwaltung die Erlangung der Rundreise-Billets; bei einer Reise sind nämlich die Vorrichtungen das Beste; daher die Maßregel der Eisenbahnverwaltung. (Heiterkeit.)

Mit diversen Beschwerden mehrerer Redner schließt die Debatte. Die Einnahmen aus dem Personenverkehr werden genehmigt; eine Petition aus Neu-Nahndorf wegen Abänderung der Stadt- und Ringbahntarife auf den Vorortverkehr wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Um 4 Uhr wird die weitere Beratung bis Sonnabend, 11 Uhr, vertagt.

Gerichts-Beitrag.

Als einen Akt unglaublicher Nothheit, durch welchen er die Uniform, die er trage, im höchsten Grade schände und sich unter das Monopolium stelle, vor welchem er doch die Einwohnerstadt schützen solle, bezeichnet der Staatsanwalt das Verhalten des Schuhmanns Zeul, der sich gestern in Noth vor dem Schöffengericht wegen eines Vorfalls zu verantworten hatte, der ihm bereits seine Dienstentlassung eingebracht hat. Zeul überfiel in einer Degenkernacht vor Jahres in Zivilkleidern, aber die Dienstmagd auf dem Kopf, den in der Krankestraße wohnhaften Schriftsteller Zimmermann, als dieser sich nach einem nur wenige Häuser von seiner Wohnung entfernten Briefkasten begab und hierbei zufällig Zeuge wurde, wie Zeul einen hilflosen, obdachlosen alten Mann wiederholt zu Boden schlug. Charakteristisch ist, daß der Vorgang vor den Augen des patrouillierenden uniformierten Schuhmanns Zeul, der der Gerichtsverhandlung als Zeuge des Vorfalls, sich abspielte, und daß dieser eine Sühnung des Zeul ablehnte, „weil der Herr auch Polizeibeamter sei“. Als Herr Z. von dem 81. Polizeirevier, auf dem er Anzeige von dem Vorfall erstattet hatte, zurückkehrte, überfiel Zeul denselben auf dem menschenleeren Wörther Platz zum zweiten Male und mißhandelte ihn in roher Weise. Der Staatsanwalt beantragte gegen den mißthätigen Polizeibeamten eine Gefängnisstrafe von 4 Wochen und wegen Beleidigung eine Geldstrafe von 20 M. Der Gerichtshof ging jedoch über dieses Strafmaß hinaus und verurtheilte Zeul zu einer Gefängnisstrafe von 3 Monaten.

Gegen den „Reichsanzeiger“ schwebt gegenwärtig beim Amtsgericht I Berlin ein Prozeß, über welchen die „National-Zeitung“ berichtet. Der neuerdings viel genannte Dr. Prowe in San Salvador hatte im vorigen Jahre dem „Reichsanzeiger“ eine Berichtigung übersandt, welche auszunehmen das amtliche Blatt verweigerte. Da auch die Rückgabe der übersandten Berichtigung abgelehnt wurde, so ließ Dr. Prowe durch seinen Anwalt in Deutschland, Rechtsanwalt Dr. Fuld in Mainz, bei dem Amtsgericht Berlin gegen den verantwortlichen Redakteur des „Reichsanzeigers“ Klage auf Rückgabe erheben. Am vorigen Freitag fand die Verhandlung statt. Es wurde seitens des Beklagten u. a. behauptet, daß die Klage gegen den Reichsanzeiger gerichtet werden müsse, weil die betr. Berichtigung dem Archiv des „Reichsanzeigers“ einverleibt sei. Die Frage, ob das Eigentum an der Berichtigung ebenso wie das an einem Briefe auf den Adressaten übergeht, scheint bisher noch nicht entschieden worden zu sein.

In Uebereinstimmung mit dem von dem königlichen Ober-Verwaltungsgericht in der Streitsache der Stadtgemeinde Berlin eingenommenen Standpunkt hat nunmehr auch das königl. Ober-Landesgericht in Stettin auf eine Klage der Stadtgemeinde Stettin dahin erkannt, daß in Städten mit königlicher Polizeiverwaltung die Kosten für die polizeilich angeordnete Heilung von mit ansteckenden Krankheiten befallenen Personen auch nach dem Inkrafttreten des Polizeistraf-Gesetzes vom 20. April 1892 von der Stadtgemeinde zu tragen sind.

Der Dr. med. Gbstein in Breslau ist dort am Freitag wegen Verbrechen nach § 219 des Straf-Gesetzbuches zu vier Jahren Zuchthaus und vier Jahren Ehrverlust verurtheilt worden.

In Wien begann am Freitag die Verhandlung gegen den Generalkonsul Dr. Palitschek von Valsenburg wegen Amtsveruntreuung. Es wurde die Anklageschrift verlesen, welche Palitschek beschuldigt, die ihm von den Testamentvollstreckern des im Jahre 1891 in New-York verstorbenen Johann Rustics übergebenen Beträge von mindestens 17 820 Gulden und 1000 Dollars, welche Beträge Rustics an Institute seiner Vaterstadt Baja in Ungarn vermacht hatte, für sich verwendet zu haben. Der Angeklagte erklärte sich für nicht schuldig und führte aus, er habe ein für amerikanische Verhältnisse geringes Gehalt und bedeutende Ausgaben für Repräsentation und Unterstüßung gehabt; er habe sich keiner Veruntreuung im Amte, sondern nur einer Nachlässigkeit schuldig gemacht.

Soziale Uebersicht.

Die Errichtung einer Landwirtschaftskammer hat der Provinziallandtag der Provinz Sachsen beschlossen. Der Sitz der Kammer ist Halle, die Zahl der ordentlichen Mitglieder 112. Die Zahl der in jedem Wahlbezirk zu wählenden Mitglieder richtet sich nach der Summe des Grundsteuer-Reinertrages derart, daß Wahlbezirke bis zu 400 000 Thaler Grundsteuer-Reinertrag 2 Mitglieder, Wahlbezirke mit einem Grundsteuer-Reinertrag von über 400 000 Thaler bis einschließlich 650 000 Thaler 3 Mitglieder, und Wahlbezirke mit einem Grundsteuer-Reinertrag über 650 000 Thaler 4 Mitglieder für die Landwirtschaftskammer zu wählen haben. Die Landwirtschaftskammer hat die gesetzliche Bestimmung, die Gesamtinteressen der Land- und Forstwirtschaft ihres Bezirkes wahrzunehmen und zu diesem Behuf alle auf die Hebung der Lage des ländlichen Grundbesitzes abzielenden Einrichtungen, insbesondere die weitere korporative Organisation des Berufsstandes der Landwirthe und den technischen Fortschritt der Landwirtschaft zu fördern. Auch hat sie das Recht, selbständige Anträge zu stellen.

Ueber die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter auf Steinkohlen-Bergwerken veröffentlicht der „Reichsanzeiger“ eine Verordnung des Bundesraths, welche an Stelle der Bestimmungen vom 17. März 1892 mit dem Tage ihrer Bekanntmachung in Kraft tritt. Die Bestimmungen behalten bis zum 1. April 1902 Gültigkeit. Dieselben machen die Beschäftigung solcher Arbeiter von einem ärztlichen Gesundheitsattest abhängig und schreiben die Tageszeit und Dauer der Arbeit vor. Ferner wird eine neue Bestimmung veröffentlicht, betreffend die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiterinnen in Walz- und Hammerwerken. Durch diese ebenfalls mit dem Tage ihrer Bekanntmachung in Kraft tretende Verordnung wird die geltende Verordnung vom 29. April 1892 abgeändert. Die Verordnung handelt ebenfalls von der Arbeitszeit und den Pausen in der Arbeit für die erwähnten Arbeitsklassen.

Schmashinen scheinen jetzt um jeden Preis in Deutschland zur Herrschaft gebracht werden zu sollen. Gegenüber der versuchten Einführung der Mergenthaler Linotype-Maschine in Deutschland wird nämlich der „Papier-Fg.“ mitgeteilt, daß von Ausb. G. Vorreiter und Dr. phil. G. Müllendorff in Berlin eine „Leitern-Sch., Ausschließ- und Abgrenzungsmaschine“ zum Patent angemeldet ist, welche die Linotype an Vollkommenheit und Leistungsfähigkeit noch weit übertrifft.

Arbeiter-Einsparungen. Auf der Braunschweiger Maschinenbau-Anstalt wurde am Donnerstag annähernd hundert Arbeitern gekündigt. Weitere Kündigungen sollen bevorstehen. Als Grund wird Mangel an Aufträgen angegeben. Im vorigen Sommer mußte Tag und Nacht gearbeitet werden, während nun in der trostlosen Winterzeit die Arbeiter auf das Stahnpflaster geworfen und mit ihren Familien dem Hunger überantwortet werden. So will es die heutige auf der privatkapitalistischen Wirtschaftsweise aufgebaute Gesellschaftsordnung.

Hörde, 2. Februar. Gestern Abend 6¼ Uhr ereignete sich auf der hiesigen Hermannsbütte des Gd's Hütten- und Bergwerksvereins ein schreckliches Unglück. Es war gerade Schichtwechsel, als plötzlich unter lauten Knallen das Dach des Gießereigebäudes zusammenstürzte und eine große Zahl von Arbeitern unter sich begrub. Es wurde sofort mit Energie an die Aufräumungsarbeiten herangegangen. Der Betriebsführer Seilenberg aus Dortmund wurde tod unter den Trümmern hervorgerissen. Ferner wurde der Biegemeister Adam und die Arbeiter Brauns und Kehlmann schwer verletzt aufgefunden. Brauns ist kurz darauf verschieden, während die beiden anderen Verletzten sich im Krankenhaus befinden. Das Gericht, daß eine größere Zahl von Arbeitern unter den Trümmern begraben worden sei, bestätigt sich glücklicherweise nicht. Die Arbeiter kamen unversehrt wieder zum Vorschein, da sie durch unheimliches Rauschen gewarnt worden waren, und ein Unglück abwand, entweder rasch flüchteten oder unter irgend einem Gegenstand, wie Kränzen, Wagen u. d. d. suchten. Die Aufregung über den Unglücksfall ist groß und ist die Untersuchung eingeleitet. (Wie uns von der Hörde mitgeteilt wird, stürzten von dem Dache des Thomaswerkes etwa 35 Mtr. ein. Die Zahl der Todten beträgt, wie angegeben, zwei, die Zahl der Verletzten vier.)

Das Glend in Italien — so schreibt uns ein gelegentlicher Korrespondent — nimmt in erschreckendem Maße zu. In Arona bei Rom giebt es 800 Werken, die sich nur noch von Kraut ernähren. In Vicenza verlangen anständige

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.
Sonnabend, den 9. Februar.
Opernhaus. Götterdämmerung.
Schauspielhaus. Zum wohlthätigen Zweck.
Deutsches Theater. Die Weber.
Berliner Theater. Der Pfarrer von Kirchfeld.
Festung-Theater. Die wilde Jagd.
Neues Theater. Demi-Monde.
Residenz-Theater. Fernand's Ehekontrakt.
Theater unter den Linden. Der Probesch.
Schiller-Theater. Der zerbrochene Krug. H. Trautemann.
Sellenkianze-Theater. Verliebte Mädchen.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Der Obersteiger.
Adolph Ernst-Theater. Gefindeball.
Ein fideles Corps.
Central-Theater. O! diese Berliner.
National-Theater. Die lebende Brücke.
Reichshausentheater. Spezialitäten-Vorstellung.
Amerikan-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.
(Wallner-Theater.)
Wallner-Theaterstrasse.
Sonnabend, 9. Febr., nachm. 3 Uhr:
Schüler-Vorstellung.
Prinz Friedrich v. Homburg.
Abends 8 Uhr:
Der zerbrochene Krug. Frauenkampf.
Sonntag, 10. Februar, nachm. 3 Uhr:
Der zerbrochene Krug. Frauenkampf. Abends 8 Uhr: Krieg im Frieden.
Dichter-Abend. Im Bürgercafé des Rathhauses, abends 7 1/2 Uhr: Freilicht-Abend.
Montag, 11. Februar, abends 8 Uhr: Kabale und Liebe.
Dienstag, 12. Februar, abends 8 Uhr: Kabale und Liebe.

Adolph Ernst-Theater
Gefindeball.
Fasnachtsfeyer in 1 Akt von Eduard Jacobson und Jean Kren.
Hierauf:
Auftreten der ersten Pionette u. Courbette-Tänzerin Englands vom Prince of Wales-Theater in London.
Ein fideles Corps.
Große Gefangensposse mit Tanz. Nach dem englischen „A Gaiety Girl“ von Jonaß Sidney, frei bearbeitet von Eduard Jacobson und Jean Kren.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

National-Theater.
Große Frankfurterstrasse 192.
Sensationelle Novität!
Gastspiel der amerikanischen Gesellschaft **William Calder**
(Direktion H. Verstraete u. G. M. Polini).
Mit neuen Dekorationen u. Kostümen.
Die lebende Brücke.
(The span of life.)
Großes Sensationschauspiel mit Musik (11 Bildern). Nach dem Englischen von Sutton Vane, überf. von H. Schwab.
Dirigent: Adolph Wiedicke.
Elektrische Beleuchtungseffekte von Lafor & Co. Regie: Max Samst.
Aufführung 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

„Sanssouci“
Kottbuserstrasse 4a.
Jeden Sonntag und Donnerstag:
Stettiner Sängers
(Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl und Schrader.)
Anfang Sonntags 7 Uhr. Entrée 50 Pfennig.
Gr. Ensemble-Programm.
Zum Schluss:
Circus-Bilder
Dienstag: Böhmisch. Brauhaus.

Central-Theater
Alte Jakobstrasse Nr. 30.
Emil Thomas als Gast.
Anna Bäckers. Josefina Dora.
Letzte Woche!
Zum 100. Male:
O, diese Berliner!
Große Posse mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von Julius Freund.
Musik von Julius Gindshofen.
Anfang 1 1/2 Uhr.
Morgen: Zum 159. Male: **O, diese Berliner!**
In Vorbereitung: „Unsere Rentiers“
Große Posse mit Gesang und Tanz in 4 Akten.

Parodie-Theater
Granien-Strasse 52 (am Moritzpl.).
L'homme masque.
Große Zauberei à la Ben Ali Bey.
Vorher:
Tannhäuser.
Zum Schluss:
Heimath.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag 7 Uhr.

Castan's Panoptikum.
Noch nie dagewesen!
Die Riesen des dunkeln Erdtheils:
Die Dinka,
10 Männer, Frauen u. Kinder.
Das schockige Mädchen Marietta.
Weihnachts-Ausstellung

Feen-Palast
Furgstr. 22, neben der Börse.
Riesen-Februar-Programm.
Ein Liebes-Drama, oder:
Der Brand auf der Taubenburg.
Das unruhige Haus um Mitternacht.
Max und Moritz
Subenstreiche.
Die **Wunder-Elephanten.**
James Capelli.
Miss Tanisan.
Wilhelm Fröbel.
Mary Myra Maa.
Anita & Jul. Schaffeur.
Truppe Largards etc.
Anfang: Wochentags 7 1/2 Uhr.
Sonntag: Konzert 6 Uhr, Vorstellung 7 Uhr.

Passage - Panopticum.
Neu! Neu!
Prof. Frdr. Schwinge's **Wandernde Lichtbilder.**
II. **Das Lied von der Glocke**
in 15 lebenden Bildern mit transparentem Hintergrund.
Musik von Romberg.
Der Meister: **Rob. Biberti**
vom Kgl. Opernhaus in Berlin.

Kaufmann's Variété.
Das vollständig neue Februar-Programm!
Naucke ist trotzdem die grösste Zugkraft!
Naucke der populärste Mann Berlins!
Naucke ist das Tages-Gespräch Berlins!
Naucke holt!
Noch immer ausverkauft!
Die absolute Neuheit ist?
Pinte-Quente Watt
ein Räthsel?

Urania
Anstalt für volksthümliche Naturkunde.
Am Landes-Ausstellungspark (Lehrter Bahnhof).
Geöffnet von 5-10 Uhr.
Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.
Näheres die Anschlagzettel.

Ben. Unter den Linden 21.
Jeden Sonntag Nachmittags.
Orientalische Ali-Familienvorst. zu halb. Preisen.
Zauber und Bey's
Wunder.
Täglich Anfang 1 1/2 Uhr.

Die 30 000 Dollar-Uhr,
mit dem Oberammergauer Festspiele
Zusatz d. Weltausstellung in Chicago.
Jedoch mit 6 ersten Preisen gekrönt.
Ausgestellt in der „Passage“.
Entrée 25 Pf. (369M)

Circus Renz
Carlstrasse.
Sonnabend, 9. Februar, ab. 7 1/2 Uhr:
Wiederholung
der Parade-Vorstellung vom Donnerstag, den 7. Februar.
Gala-Fest-Akt, arrangirt und inszenirt vom Direktor Fr. Renz.
Auf, auf, zur fröhlichen Jagd!
Morgen, Sonntag, Zwei Vorstellungen. Nachmittags 4 Uhr (ermäßigte Preise):
Die lustigen Heidelberger.
Abends 7 1/2 Uhr:
Tjo Ni En.
Montag, abends 7 1/2 Uhr: Große Vorstellung.
Fr. Renz, Kommissionsrath.

In Roh-Tabaken und Utensilien für Cigarren-Fabrikanten
!! billigster Einkauf!!
W. Hermann Müller
Berlin
Alexanderstr. 22.
Strong reelle Bedienung.
Creditgewährung nach Uebereinkunft!!
Ein Jeder mache den Versuch.

Gelegenheitskauf
für Brautleute: Im Möbelspeicher Neue Königsstr. 59, vorn l., sollen über 100 Wirtschaftseinrichtungen, kurze Zeit vertrieben gewesene u. neue Möbel spottbillig verkauft werden. Ganze Einrichtungen 100, 150, 200-1000 M. Theilzahlung gestattet. Beamten ohne Anhangung. Kleiderspinden 15, Küchenspinden, Kommoden 12, Sophas 15 M. Bettstellen mit Sprungfeder-Matratzen 18, Aufbaum-Kleiderspinden 30, Stühle 8 Mark, hochfeine Wuscheltische 40, 40, Wäschgaranturen 60 Mark, Herrenschreibische, Damenschreibische 30, Cyllinderbureau, Schreibsekretäre 15 Mark, Garderobenspinden, Paneele, Sophas 75, Buffet, Trumeaus 65 M., Betten, Coulissische, alles spottbillig. Auch einzelne Gegenstände werden zu Engrospreisen verkauft. Empfehle allen Herrschaften, mein größtes Möbellager Berlins zu beichtigen u. sich von den stammend billigen Preisen zu überzeugen. Gefasste Möbel können bis April kostenfrei stehen bleiben und werden durch eigene Gespanne transportirt und aufgestellt.

Jede Uhr
repariren u. reinigen kostet bei mir unter Garantie des Gutgehens nur 1,50 M., außer Bruch. Keine Reparaturen billiger. Großes Lager neuer u. gebrauchter Taschenuhren, Regulatoren u. Weder etc. Alle Arten Ketten, sowie Uhren und Pincenez.
13892
Carl Lux, 34. Chausseest. 34.
Bitte genau auf No. 34 zu achten.

LINOLEUM-RESTE, Wachstuchreste, Gummitischdecken, auch fehlerhafte, sehr billige. Grüner Weg 102.
Jede Uhr
zu repariren und reinigen kostet bei uns unter Garantie des Gutgehens nur 1 Mk. 50 Pf. (außer Bruch). Kleine Reparaturen billiger. Großes Lager neuer und gebrauchter Uhren, getragene Uhren von 5 M. an. Neue silberne Cylinder-Memontoirs, 6 Steine, von 12 M. an, do. 10 Steine, von 16 M. an, goldene Damen-Memontoirs, 14-Karat Gold u. 24 M. an. Gold- und Silberwaaren in gr. Auswahl zu Fabrikpreisen.
E. Rothert & Stolz, Geschäft: Andreasstr. 62. Chausseest. 73.
Hermacher.

Halb und Halb.
Mampemit Pomeranzen
Feinste Liküermischung
Champagnerflasche Mark 1,25
Carl Mampe
Berlin, Veteraniensstr. 24.
Überall zu haben!

Brauerei Freienwalde.
Sonntag, den 10. Februar:
Ankündigung in diesem Jahre besonders gut gerathenen
Bockbiers.
Niederlage bei: **Marten, Gartenstr. 152.**

Künstl. Zähne 2 M. Vollst. schmerzlos. Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Reparatur. sofort. Theilzahlung. Zahnarzt **Wolf, Leipzigerstr. 22.** Spr. 3-7 Uhr. (2145b)

Bruchbandagen
aller Art (eigene Fabrikat), sowie sämtliche Artikel zur Bruchkur empfehle
J. Ch. Pollmann, Straße 30.
Lieferant für Orts- u. Hilfs-Krankenk.

Bekanntmachung!
Die zur Siegf. Grossmann'schen Konkursmasse gehörigen Waaren, bestehend in besseren Herren- und Knabengarderoben, werden Rosenthalerstr. 34/35 zu Tagespreisen ausverkauft. 13591.
Täglich, auch Sonntags Vorm. von 7-9 Uhr:
Verkauf von geflohtem Rind- u. Schweinefleisch
à 30-40 Pf. per Pfd.
Rückenfett à 45 Pf. per Pfd.
Verwaltung der Kochanstalt Central-Vieh Hof.

Alle Uhren 5462L.
werden sauber und sorgfältig reparirt unter Garantie des Gutgehens für 1,50 Mark (außer Bruch) bei
W. Winkler,
Berlin N., Reinickendorferstr. 2 g.
gegenüber der Dantes-Kirche.
Lager aller Arten Uhren, Uhrketten

Geschäfts-Verlegung.
Am 15. Februar ex. verlege ich mein
Möbel-Geschäft
von Böpenickerstr. 25 nach
SW. Blücher-Strasse 14.
Franz Tutzauer.
13987.

Achtung! Kein Laden.
Kontroll-Schuhmarke.
Für eigene Fabrikation, 25 Cigarren 1 Mark. Garantie rein amerikanische Tabake. Rippentafel 2 Pfd. 70 Pf. 1463L.
G. F. Pissolage,
Kottbuserstr. 4. Hof part.

Schuh u. Stiefel
mit Kontrollmarke. (1462L.)
Empfehle mein Schuh- und Stiefel-Geschäft Gr. Allee 1. Winter-Artikeln.
Louis Zaake,
Küstriner Platz Nr. 8.

Achtung!
Zahnersatz, auch Theilzahl., schmerzlos. 1 Mark. Guckel, Kaufstr. 12, 2. Etagestr. 12.

Gesang-Verein.
Großes Vereinszimmer mit Piano Mittwoch, Donnerstag, Freitag frei Neue Hofstr. 49.

Ein Vereinszimmer für 40 Pers. mit Piano zu vergeben Thurmstr. 82.

Restaurant zum Karpfenteich, Treptow.
Sonntag, den 10. Februar 1895:
Großes Schlachtfest,
wozu ergebenst einladet
13998
Hermann Otto.

Vereinszimmer zu vergeben Elsfasserstr. 58. (2573b)

Restaurants-Gründung!
Allen Genossen u. Freunden empfehle mein **Weiß- u. Raitzschbier-Sokal** in Schöneberg, GutsMuths-Platz 4, an der Ringbahn. H. Labs. 2480b

Stehbierhalle bestes Geschäft der Gegend, ist sofort wegen Uebern. eines gr. Restour. billig veräußert Alte Jakobstr. 137.

Oswald Grauer
121, Granienstr. 121.
Zimmer für Vereine mit Piano, 40-80 Personen fassend.
Kegelbahn.

Mart. Berndt's Bierstube
empfiehlt nach wie vor allen Freunden und Bekannten seinen vorzüglichen Frühstück-, Mittag- und Abendtisch. Jeden Sonnabend von 6 Uhr ab: st. Eisbeine. Für gute Biere ist selbstverständlich bestens Sorge getragen. Um zahlreichen Besuch bittet **Martin Berndt,** Granien- u. Alexandrinenstraßen-Ecke.

Fest-Saal mit Bühne
Brunnerstr. 188
(500 Personen) zu Versammlungen und Festlichkeiten noch einige Tage frei.
W. Gröndel.

Carl Tutzauer
Admiralstr. 38.
Säle für Vereine.
Kegelbahn
noch einige Tage frei.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den 2. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Sonntag, den 10. Februar,
im Lokale von Zubeil, Lindenstraße Nr. 106:
Abend-Unterhaltung,
bestehend in Tanz und geselliges Beisammensein.
Vortrag des Gen. P. Bornstein über: „Naturwissenschaft und bildende Kunst“.

Gr. Volksversammlung
zum Besten der
Arbeiter-Bildungsschule
am Montag, den 11. Febr., abends 8 1/2 Uhr,
im Lokale „Sanssouci“, Kottbuserstraße Nr. 4a.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Herrn Vogtherr über:
Die Schwebbahn und deren Einführung in Berlin.
(Mit bildlichen Demonstrationen.)
2. Diskussion.
Die Genossen aus dem Südosten werden hierauf besonders aufmerksam gemacht.
56/14
Der Einberufer.

Achtung! Achtung!
Genossen und Genossinnen!
Volks-Versammlung
für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Montag, den 11. Febr., abends 8 Uhr, in der Bockbrauerei
(Tempelhofer Berg).
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: **Schule und Erziehung im Lichte des Sozialismus.** Referent: Dr. Ed. David (Gießen). 2. Diskussion.
Um zahlreichen Besuch bitten
261/18
Die Vertrauenspersonen.

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter.
Montag, den 11. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Deigmüller,
Alte Jakobstr. 48a.
Versammlung!
Tages-Ordnung:
1. Fortsetzung der Debatte vom 28. Januar. Die Kollegen der Piano-
fabrik von Neumeyer sind hierzu eingeladen. 2. Vereinsangelegenheiten.
3. Verschiedenes.
Zur Beschluss der letzten Mitgliederversammlung wird die Versammlung
Punkt 8 1/2 Uhr eröffnet.
204/3
Der Vorstand.

Achtung! Achtung!
Lichtdrucker Berlins.
Montag, den 11. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale
des Herrn Röllig, Neue Friedrichstr. 44:
Große öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Kommission über die Firma Neumann & Co.
2. Lohn- oder Akkordarbeit? Referent: Kollege R. Schöpke.
3. Diskussion.
NB. Die Kollegen der Firma Hardorf & Schall sind besonders eingeladen.
Um zahlreichen Erscheinen ersucht
Der Einberufer.

Achtung! Buchbinder! Achtung!
Montag, den 11. Februar, abends 8 1/2 Uhr
Große Versammlung
aller in der Buchbinderei beschäftigten Arbeiter und
Arbeiterinnen
im großen Saale der Arminhallen, Kommandantenstr. 20.
Tages-Ordnung:
1. Tätigkeitsbericht des Vertrauensmannes. 2. Neuwahl der Ver-
trauenspersonen. 3. Die Wünsche in den Berliner Buchbindereien. Referent:
Kollege M. Sailer. 4. Verschiedenes.
Zu dieser Versammlung sind besonders die Kollegen und Kolleginnen
von den Firmen Haman, Weuthstraße, Probst, Dessauerstraße, Langer
& Co., Weuthstraße, Feilchenfeld, Kommandantenstr. 29, Bartels,
Blumenstr. 17, eingeladen.
76/12
Der Vertrauensmann.

Versammlung!
der Leder- und Galanteriewaaren-Arbeiter und
-Arbeiterinnen.
Montag, den 11. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Luisenstädtischen
Klubhaus, Annenstr. 16.
Tages-Ordnung:
1. Die Arbeitsverhältnisse bei Heinrich Lamy. 2. Bericht des Ver-
trauensmannes und Neuwahl desselben. 3. Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen erwünscht.
76/13
Der Vertrauensmann.

Knopfarbeiter und -Arbeiterinnen!
Montag, den 11. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Wiedemann,
Blumenstr. 39.
Oeffentliche Versammlung!
Tages-Ordnung:
1. Vortrag von Fel. Otilie Baader über: „Die technische Um-
wicklung und die Organisation der Arbeiter und Arbeiterinnen.“ 2. Diskussion.
3. Bericht des Delegierten der Gewerkschaftskommission und Neuwahl desselben.
Bericht des Kollegen Schneider über die Tätigkeit des Gewerbegerichts.
4. Verschiedenes.
Es ist Pflicht eines jeden Knopfarbeiters und jeder Arbeiterin, in dieser
Versammlung zu erscheinen.
Zur Deckung der Kosten findet Zellerfassung statt.
Die Arbeiter der Firmen Röhl, Rasche und Markert sind ganz be-
sonders eingeladen.
Der Einberufer: P. Schneider.

Achtung! Kaufen Sie nur echte Brantwein,
alten Nordhäuser, Cognak, Rum, Arrak.
O. J. Engelke, Neue Jacobstr. 26.
Kleinverkauf von 10 Pf. ab.

Unsern Genossen Hans Scharf nebst
Frau Martha Wagner zu ihrer
heutigen Hochzeitsfeier senden die besten
Glückwünsche
25726
Die Lübener Schweizer.

Achtung!
Den Mitgliedern des 284/15
Sozialdemokrat. Wahlvereins
des 6. Kreises
zur Kenntnis, daß das Mitglied
Carl Dörffer,
Buchdrucker,
am Sonntag, nachmittags 3 Uhr, von
der Königl. Klinik, Biegelstraße, aus
beerdigt wird.
Um zahlreiche Beileidigung ersucht
Der Vorstand.

Lese- und Diskutir-Klub
„der Freunde“.
Am Donnerstag früh 1 Uhr verschied
nach längerem Leiden unser altes Mit-
glied, der Schriftsteller Genosse
Karl Dörffer.
Die Beerdigung findet am Sonntag,
den 10. d. M., nachmittags 3 Uhr, von
der Klinik in der Biegelstraße nach dem
Elisabethkirchhof, Gesundbrunnen, statt.
Um recht rege Beileidigung ersucht
[166/10] Der Vorstand.

Verband aller in der Metall-
industrie beschäftigten Arbeiter
Berlins und Umgegend.
Todes-Anzeige.
Am Montag, den 4. Februar verschied
unser langjähriges Mitglied, der Dreher
Wilhelm Schummel.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag,
den 10. Februar, mittags 1 Uhr, von
der Leichenhalle der Charitee aus, nach
dem Charitee-Kirchhof (Müllerstraße)
statt. Um zahlreiche Beileidigung er-
sucht [193/10] Der Vorstand.

Achtung, Klempner!
Nach langjährigem Leiden ist unser
braver Kollege
K. Kirsch
gestern früh der Proletariatskrankheit
erlegen. [25916]
Ehre seinem Andenken!
Der Vertrauensmann.
Näheres in der morgenden Annonce.

Todes-Anzeige.
Allen Freunden und Bekannten hier-
durch die traurige Nachricht, daß nach
langem schweren Leiden mein lieber
Vater und Schwager Franz
Fiedler im 87. Lebensjahre am Mon-
tag gestorben ist. [2574b]
Dieses zeigen tiefbetrubt an
Die trauernden Hinterbliebenen.
Pauline Fiedler nebst Tochter.
Die Beerdigung findet Sonntag,
nachmittags 3 1/2 Uhr, vom alten Jakob-
kirchhofe am Rokling, aus statt.

Frauen-Begräbnis-Kasse
der Schriftgießer-Gehilfen
in Berlin.
Generalversammlung
am Montag, den 25. Februar d. J.,
abends 6 1/2 Uhr, bei Zimmermann,
Wilhelmstr. 2. [2576b]
Tages-Ordnung: 1. Halbjahres-
bericht und Jahresabrechnung. 2. Ver-
chiedenes.
Der Vorstand. J. A.: H. Jost.

Bekanntmachung
der Orts-Krankenkasse der Gels-
gießer zu Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß
der § 20 Satz 2 des Statuts folgender-
maßen abgeändert und genehmigt
worden ist. [2576b]
In Unterstützungsfällen, welche inner-
halb der ersten 26 Wochen der Mit-
gliedschaft eintreten, wird die Kranken-
unterstützung bis zur Dauer von
13 Wochen, bei längerer als 26wöchiger
Mitgliedschaft wird dieselbe bis zu
52 Wochen gewährt.
Dieser Nachtrag tritt am Montag,
den 11. Februar ex., in Kraft.
Berlin, den 8. Februar 1895.
Der Vorstand.

Verband
deutscher Korbmacher
(Filiale Berlin).
Sonntag, den 10. Februar, abends
7 Uhr, Komradstr. 38:
Versammlung mit Frauen.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des
Genossen Jahn über den Werth des
Lebens. 2. Diskussion. Nachdem Tanz.
Um zahlreichen Besuch bitten
158/9 Der Vorstand.
Geselliger Verein „Frohinn“.
Sitzung mit Dames. Abends 8 1/2 Uhr.
Aufnahme neuer Mitglieder. [93/9]
Restaurant C. Diebig, Goldensteinstr. 41.

Freie Volksbühne.

Sonntag, den 10. Februar:
Nachmittags 2 1/2 Uhr (National-Theater), IV. Abtheilung:
Kein Hüsung (Keine Heimstätte).
Nachmittags 3 Uhr (Lessing-Theater), I. Abtheilung:
Der Geizige. Vorher: Bauernreue (Cavalleria rusticana).
Der Vorstand der Freien Volksbühne.
500/4 J. A.: Julius Türk, O., Blumenstraße 21.

Achtung! Moabit. Achtung!
Vereins-Versammlung
des Frauen- u. Mädchen-Bildungsvereins (Filiale Moabit)
am Sonntag, den 10. Februar, abends 7 Uhr,
im Lokale des Genossen Hermerscheidt, Perlebergerstr. 28.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Gen. Thal. 2. Diskussion. 3. Vereins-
angelegenheiten und Verschiedenes. 118/7
Nach der Versammlung: Gemüthliches Beisammensein und Tanz.
Gäste willkommen. Zellerfassung findet statt. Die Bevollmächtigte.

Große öffentliche Versammlung
sämmlicher
Arbeiter der Tabaksbranche
sowie der Tabakinteressenten
am Sonntag, den 10. Februar, vormittags 10 Uhr,
im Feen-Palast, Wolfgang- u. Burgstr.-Ecke.
Tages-Ordnung:
1. Die neue Tabak-Fabrikatsteuer-Vorlage der
Regierung. Referent: Reichstags-Abgeordneter Zubeil.
2. Diskussion. 239/14
Die Kommission der Tabakarbeiter Berlins.

Achtung, Parteigenossen!
Keller's Festsäle, Koppenstrasse 29.
Sonntag, den 10. Februar 1895:
Grosse Matinée

unter Mitwirkung der Gesangsvereine: **Buchbinder-Männer-Chor,**
Gräderschaft, Comeralda, Freiheit (Mörschhof) u. Hoffnung (Friedrichs-
berg) (Mitgl. des A.-S.-B.), sowie des Gesangshumoristen G. Groß und des
Arbeiter-Turnvereins **Lichte.**
Die Musik wird von einer 20 Mann starken Kapelle der Zivil-Berufsmusiker
unter Leitung des Herrn Groß ausgeführt. — Gesangsleitung: Musikdirektor
H. Malmöer.
Eröffnung 11 Uhr. Programm 20 Pf. Anfang 11 1/2 Uhr.
Um zahlreichen Besuch bitten Die Vertrauenspersonen
des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises (Osten).
268/13

Soeben erschienen:
Prostitution oder Produktion? Eigenthum oder Ehe?
Studie zur Frauenbewegung von Johanna Löwenherz.
Im Selbstverlage der Verfasserin. Preis M. 1.50.
Verandt durch die Verlags-Buchhandlung der „Rhein. Zeitung“, Köln.
Zu beziehen durch jede Buchhandlung.
Wird die Sozialdemokratie den Frauen Wort halten?
Sonder-Abdruck aus der Studie
„Prostitution oder Produktion, Eigenthum oder Ehe?“
Von Johanna Löwenherz. Preis: 0.20 M. In Partien Rabatt.
Agentur für Berlin: Fr. Lenick, Zülsterstr. 7.
Verlags-Buchhandlung der „Rhein. Zeitung“, Köln.
15962*

Fritz Bock, Schneidermeister, Oranienstr. 204.
Herren- u. Knabengarderobe,
fertig und nach Maß. — Garantie für tadellosen Sitz.
Große Auswahl in deutschen und englischen Stoffen.
Bestellungen in kürzester Zeit. — Billigste, feste Preise.

Oranien-Bad, Oranienstraße 44,
3. u. 4. Stock u. Oranienplatz.
Bäder-Besitzer für sämtliche Krankheitsfälle Berlins u. Umgegend.
Dampfbäder, Packung in seidene Laken. Massage. Vereins-
mitglieder zahlen nur 75 Pf. pro Bad mit Packung u. Massage.
Wannenbäder. 3 Bäder mit Seife u. Handtücher 1 Mk.
Außerdem: Sool, Schwefel, Sitzbäder. Neu eingerichtete
Abtheilung: Güsse, Wickel etc. System Kneipp.

Große Berliner Schneider-Akademie.
1511L* Berlin C., Rothes Schloss nur No. 1.
Größte und bestkürteste Fachschule; alleiniger Unterricht nach
der unübertrefflichen und allgemein als beste anerkannten Methode
Auhn. Wirkliche Garantie für gediegene theoretische und besonders
praktische Auszubildung in der Herren-, Damen- und Wäsche-
schneiderei. Kostenfreier Stellennachweis. Prospekte gratis. — Empfehlenswerth:
Lehrbücher für Herren- und Damenschneiderei. — Man beachte genau
unsere Firma und Hausnummer: nur No. 1. Die Direktion.

Der Ausstoß unseres Bock-Bieres beginnt
Sonntag, den 9. Februar.
Brauerei Pichelsdorf.
15905*

Wichtig für Jedermann!
Gegen wolkige Lumpen aller Art liefern moderne, haltbare Alceder,
Unter- und Läuferstoffe, Schlafdecken, Teppiche, sowie Gudekin,
blau Chervot und Foden anerkannt billig. — Muster frei.
Gebrüder Cohn, Ballenstedt a. Harz 7.
Sammelstelle und Musterlager in Berlin: NW., Fährstraße 36 v. L.
bei Frau S. Jablonsky, sowie in deren Filialen: C., Gärtenstr. 21 und
Preussenerstraße 18, bei E. Baum; N., Fionshirch-Platz 3 bei
A. Gorbler. 1465L*